Preis 1,50 DM

1 H 3752 D

Roter Morgen

Zeitung der KPD

20. Jahrgang

RM

2. Mai 1986

Nummer 12

Albrecht in Bombenstimmung

von HELMUT WEISS

Ernst Albrecht versucht es noch so zu behandeln, als wäre es ein alter Keks: Nichts besonderes dran, nur muffig. Die niedersächsische Landesregierung könne schließlich mit ihrem Eigentum tun, was sie wolle. Ob Birgit Breuel profitträchtige Unternehmungen im Bekanntenkreis verscheuert oder der Innenminister eben mal eine Gefängnismauer hochgehen läßt: Für den Strahlemann an der Leine alles nur Teil der Bombenstimmung, die er im Lande verbreitet.

Diesen geistigen Höhenflügen des Exmanagers sollten zumindest drei Tatsachen gegenübergestellt werden.

1. Die seit Jahren stattfindende Debatte darüber, was es bedeutet, die Taktik der sogenannten V-Leute (altertümlich: Agents provocateurs) einzuschlagen, ist mit dem Bekanntwerden der Hintergründe des Celler Anschlags faktisch beendet. Alles das, was die Regierenden, einschließlich Albrecht selbst, den Kritikern am V-Leute-Wesen entgegenhielten, ist gegenstandslos geworden. Alle Kritiker haben Recht behalten, wenn sie stets betonten, dies müsse zu neuen Gesetzesverstößen führen.

Zwar wird so getan, als habe dies kaum etwas miteinander zu tun, allein die Tatsache bleibt trotz aller Windungen bestehen. „Die Falle im Rechtsstaat", wie bürgerliche Kritiker die V-Leute nennen, erweist sich als konsequenter Ausfluß der Solidarität der Demokraten.

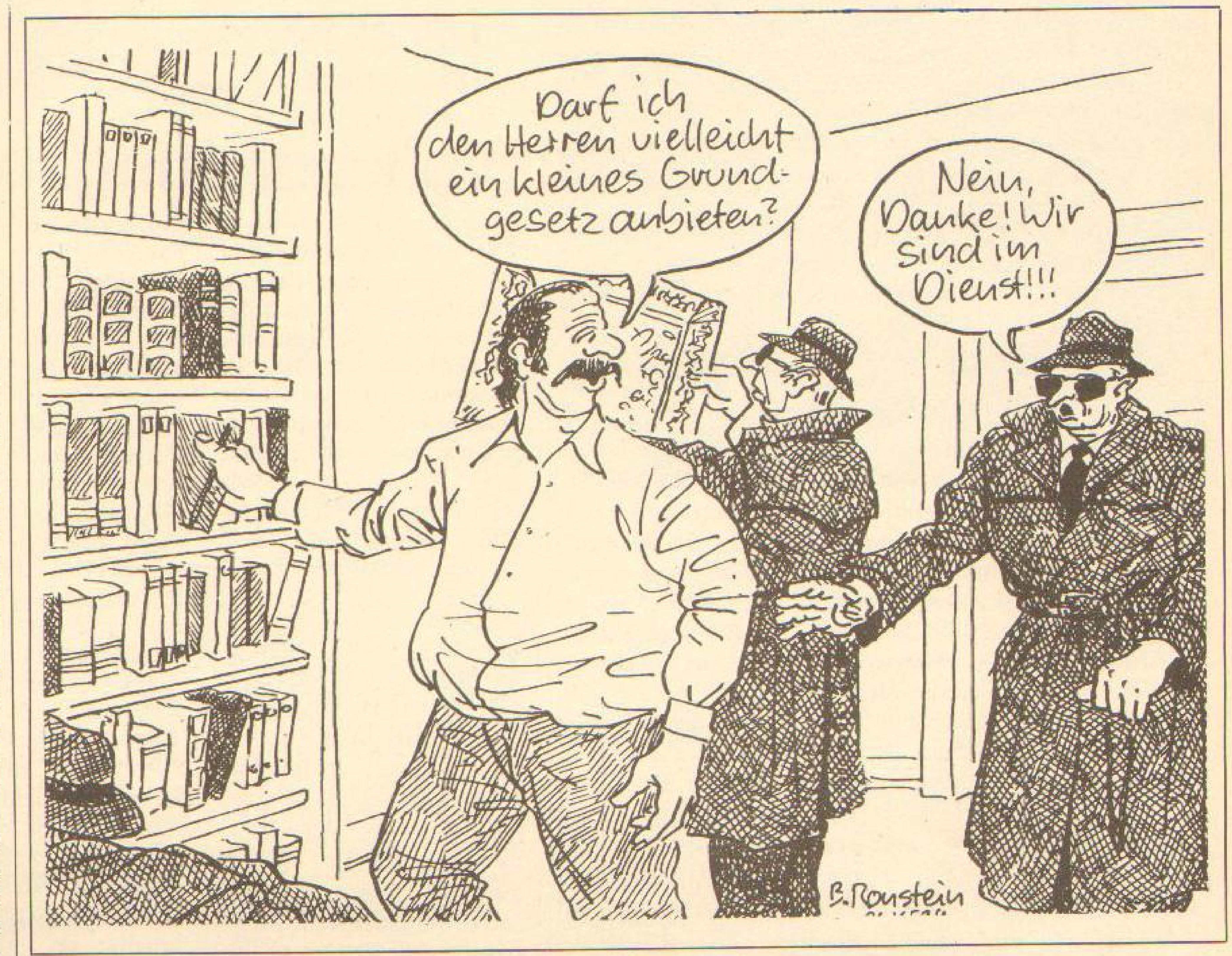
2. Die Bombe von Celle: Polizei, GSG 9 und Hannoveraner Innenministerium als Täter, kann jetzt bereits nur als erfolgreichste Maßnahme von Albrecht, Möcklinghoff und Co betrachtet werden — denn sie steht in einer ganzen Serie gerade in Niedersachsen bekanntgewordener Umtriebe polizeilicher Provokateure. Eingeschleuste Spitzel, die zur Gewalt aufriefen, wurden in den letzten Jahren bereits in Hannover, Göttingen und Braunschweig enttarnt. Dort blieb es ohne Resonanz, in Celle war man zuvor eben selbst zur Tat geschritten. Bleibt abzuwarten, welche Bomben noch von GSG9 und Co hochgelassen wurden — und bei welchen sie nur die Anstifter waren. Nach der Enttarnung der Celler Aktion ist keine Spekulation mehr abwegig.

3. Ist im Zusammenhang mit der Celler Bombe zu erwähnen, daß im Untersuchungsausschuß des Landtages von den Grünen die Forderung nach dem Rücktritt Möcklinghoffs nicht zuletzt deswegen erhogen wurde, weil er und sein Vorgänger den Privatagenten Mauss auch damit beauftragt hatten, Spitzel und Provokateure bei RAF und ähnlichen Gruppen einzuschleusen. Mauss, der „schwarze Sheriff" der Reichen und Herrschenden hatte vielleicht auch bei diesem üblen Bombenspiel seine Hand drin.

Neben seinen eigenen Vorgartenphilosophien hat Ernst Albrecht bisher Unterstützung hauptsächlich in zweierlei Beziehung erhalten. Zum einen von Heiner Geißler, der ja schon anläßlich des Überfalls auf Libyen deutlich gemacht hatte, daß ihm Bomben für seine Art Freiheit gerade recht sind. Zum anderen durch die breite Medienkampagne dazu, wer alles informiert gewesen sei. Wer noch alles Bescheid wußte, kann aber im Augenblick gegenüber der Frage, welche Konsequenzen Albrechts Bombe haben muß, nur zweitrangig sein — der Haupttäter ist klar. Daß beispielsweise ein Herr Wischnewski sein Lieblingskind GSG9 unterstützt, darauf kann gewettet werden. Aber auch dies ändert nichts an der Tatsache der Täterschaft von Albrecht und Gros.

Die Niedersachsen-Bilanz ist eindeutig. Dort wurden bisher die meisten Provokateure enttarnt — der Grund dürfte auch darin zu suchen sein, daß es besonders viele gibt. Dort ist die Zahl der Polizeiübergriffe besonders hoch — man erinnere sich nur an die langjährige gerichtliche Auseinandersetzung um aggressive Einsätze von Wasserwerfern. Und dort ist auch die Zahl der Besuche von Polizeifachleuten aus Diktaturen sehr groß — ein abgerundetes Bild, zu dem die Celler Bombe paßt.

Die Hannoveraner Wandlung des Ernst Albrecht ist jener des Eberhard Diepgen in Westberlin so unähnlich nicht: vom Strahlemann zum Dunkelmann. Eine sehr ehrenwerte Gesellschaft, in der Tat, die da die Wende zu ihrer Art Moral vollzieht.



Tschernobyl ist überall!

von HORST DIETER KOCH

Zur Stunde ist nicht klar, was im sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobyl wirklich passiert ist. Unklar ist vor allem, ob die sowjetischen Angaben, der Reaktorunfall habe zwei Todesopfer gefordert, zutreffen oder ob die tatsächliche Zahl der Opfer weit höher liegt. Unklar ist das Ausmaß der radioaktiven Verseuchung.

Klar ist, daß jene Experten, die angeblich stets bereit sind, für die Sicherheit der Atomtechnologie ihre Hand ins Feuer zu legen, eine beängstigende Figur abgeben: als uns die Nachricht vom brennenden Reaktor erreichte, entflammte der Streit der Experten darüber, wie 2000 t brennendes Graphit gelöscht werden können. Kaum glaublich, aber wahr: der Rat des einen erscheint dem anderen als heller Wahnsinn.

Klar ist den Experten nur eins: Was auch immer und wie in Tschernobyl, diesem „Primitivreaktor" geschehen ist, bei uns wäre es völlig unmöglich. Zimmermann könnte einen Eid darauf ablegen.

Platter Rat ist billig: Sauerkraut essen, Gemüse waschen, Stallmilch trinken, Jod-Tabletten in der vorteilhaften Spar-Packung. Wenn Tschernobyl Kalkar, Brokdorf oder Wackersdorf heißt, wird es nicht helfen. Weil es keinen vernünftigen Grund für die Annahme gibt, daß Tschernobyl nicht überall sein kann, gibt es aus der sowjetischen Reaktorkatastrophe nur eine vertretbare Konsequenz: AKWs abschalten, Schluß mit der Atomindustrie!



LYBIEN: In der Bundestagsdebatte über den US-Überfall hatte die „europäische Alternative" Hochkonjunktur — wie sie aussieht? **Seite 5.**
KONSERVATISMUS: Von Erhard zu Kohl, zu Späth, zu Biedenkopf — die neue Sicht der Konservativen — „zum thema": Wende zurück in die Zukunft — **Seite 7 - 10.** **MILCHHOF-HORROR:** Ein Gespräch über die Arbeitsbedingungen im Kölner Milchhof — **Seite 11.**

Volkszählung vom April 1986

Der 1983 unternommene Versuch der Bundesregierung, eine Volkszählung durchzuführen, war am Widerstand erheblicher Teile der Bevölkerung gescheitert. Nun, drei Jahre danach, liegt ein neues Volkszählungsgesetz für Mai 1987 vor.

Um nicht erneut eine Niederlage einstecken zu müssen, wurden im April 1986 in 25 Bezirken Testvolkszählungen durchgeführt. Schwerpunkte waren die CDU/CSU-regierten Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Westberlin. Hinzu kam das SPD-Land Nordrhein-Westfalen. Die hier eingesetzten Fragebögen (ein Wohnungs- und ein Personenbogen, die in dieser Form auch 1987 Verwendung finden sollen) unterscheiden sich von denen aus 1983 nur geringfügig. Der Geburtstag wird nicht mehr genau erfragt; statt nach dem Meldewohnsitz wird nur noch nach dem Hauptwohnsitz gefragt und natürlich danach, ob man noch eine weitere Wohnung hat. Anzugeben ist die Anschrift des Unternehmens, bei dem man beschäftigt ist.

Ein Abgleich der Daten mit den Meldeamts-Unterlagen soll nicht mehr stattfinden. Anonymität wird (wie bereits 1983) ausdrücklich zugesichert. Angeblich werden die Daten

Die Generalprobe

von KLAUS DILLMANN

benötigt für Sozialmaßnahmen des Staates (Wohnungs- und Verkehrsplanung, Arbeitsbeschaffung), doch besteht bei Volkszählungsboykott-Initiativen der keineswegs entkräftete Verdacht, daß lediglich die Überwachung der Bürger durch den Staat vervollkommnet werden soll und insbesondere die Polizei- und Geheimdienst-Dateien gefüttert werden sollen. Verwiesen wird hierbei auf die teilweise bereits verabschiedeten, teilweise noch zu erwartenden Staatssicherheitsgesetze sowie auf den Polizeigesetz-Musterentwurf.

Die Testzählung beruhte auf Freiwilligkeit der Befragten und sollte die Bereitschaft der Bevölkerung zur Preisgabe personenbezogener Daten erkunden. Genaue Ergebnisse über den Grad der Beteiligung lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Diese Preisgabe ist nach dem Volkszählungsgesetz für 1987 — trotz der vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebenen „informationellen Selbstbestimmung" der Bürger — Pflicht eines jeden Bewohners der BRD. Nachdruck verliehen werden soll dem bei Nicht- bzw. Falschbeantwortung durch ein abgestuftes Mahn- und Erzwingungsgeldverfahren. Laut Auskunft von Statistikamt-Bediensteten beträgt die Buße ca. 300 DM bzw. bei Nichtzahlung Erzwingungshaft bis zur Zahlung und entbindet nicht von einer neuerlichen Fragebogenbeantwortung. Das Verfahren kann also beliebig oft wiederholt werden. Voraussichtliche Kosten für die Volkszählung 1987: 1 Milliarde DM. All das allein zum Frommen der staatsfürsorglich so wohl behüteten Bürger und natürlich ganz und gar anonym, nicht wahr?

Dortmunder Zeitung der KPD April '86

POTTKIEKER



Volkszählungsboykott — olé

von BERND, DUISBURG

A fand in Bochum ein Treffen zum Thema Volkszählungsboykott '87 von ca. 30 Personen aus dem Bundesgebiet statt. Den Hauptteil des Treffens nahm die Berichterstattung und die Diskussion über den gelaufenen (10. - 16.6.85) und die vom 22.4. - 29.4. stattfindende Microzensus, auch „kleine Volkszählung" ein.

Der Microzensus (MZ) ist eine 1-Prozent-Stichprobe der Bevölkerung. Es werden sogenannte Klumpen, ca. 20 - 30 örtlich begrenzte Haushalte, gebildet. Der Mz ist wesentlich umfangreicher als die Volkszählung (Vz). Während die geplante Vz '83 nur 19 Fragen umfaßte, beträgt die Mz 79. Allein die Fragen zur Erwerbstätigkeit umfassen einen Block von 14 Fragenkomplexen. Z.B. Name des Arbeitgebers, Arbeitsausfall wegen Streik usw. Der Mz hat Gesetzescharakter, d.h. man ist verpflichtet, bei Androhung eines Zwangsgeldes bis zu 10000 DM, an ihm teilzunehmen.

Nach einer Anfrage der Berliner AL zum Mz '85 haben in Berlin von 12000 Befragten 2640 Menschen den Mz '85 (10.6. - 16.6.) bis September '85 noch nicht ausgefüllt. Ihnen droht damit Zwangsgeld, das nach Bezahlung, wie etwa beim Bußgeld, nicht vom Mz befreit. Ein Betroffener aus Hamburg berichtete, daß gegen ihn ein Zwangsgeld von 300 DM erhoben wurde, das man bei Nichtbezahlung von seinem Girokonto abbucht. Da nahezu der gesamte heutige Zahlungsverkehr wie Lohn, Rente, Alu, Alhi usw. nur noch über Girokonten läuft, sind die Konten vor dem Zugriff des Staates kaum sicher. Nach Berichten aus anderen Städten werden Verweigerer unterschiedlich behandelt. Es scheint, als wolle man die richtige Strategie für die Vz '87 ausprobieren.

Einen Hauptteil nahm die Diskussion um die Bewertung und Hintergründer der Mz sowie der Vz ein, wobei drei Zielpunkten besondere Beachtung geschenkt wurde:
1. Zur militärischen Erfassung, Zivilschutz, Inventarisierung (gleichzeitig laufen Befragungen von Betrieben nach Fahrzeugen, Produktionskapazitäten, Lagerungsmöglichkeiten etc. zur Zeit in Baden-Württemberg bei den Bäckern)
2. Staatliche Armutsplanung
3. Präventive Verbrechensbekämpfung.

Nahezu Einstimmigkeit herrschte darüber, daß alle drei Punkte als Gesamtes betrachtet werden mussen, und man nicht das Hauptaugenmerk z.B. nur auf den militärischen Aspekt, weil es momentan politisch opportun ist, legt. Z.B. geben die Sicherheitsgesetze erst dann einen Sinn, wenn die Bevölkerung durch die Vz inventarisiert und katalogisiert ist (Schleppnetzfahndung).

Die Hintergründe für den klammheimlichen (seit nahezu einem Jahr stehts nichts mehr davon in den Zeitungen) aber energischen Zugriff des Staates nach unseren Daten werden nicht zuletzt bei den 1968 verabschiedeten Notstandsgesetzen zu suchen sein.

Aber während man bei dem Erlassen von Gesetzen, Stationierung von Raketen auf den Willen der Menschen pfeifen kann, ist man beim Mz und der Vz auf die **Mitarbeit** eben dieser **angewiesen.** Und die Bereitschaft der Menschen, sich nicht erfassen zu lassen, Zwangs- und Bußgelder auf sich zu nehmen, ist relativ hoch und wird auch von „den Linken" unterschätzt. „Etwa 3 - 4 Prozent der angesprochenen Haushalte waren trotz der vorangegangenen Unterrichtung durch einen Kurzinformation zum Mikrozensus und trotz der Bemühung der Interviewer, den ausgewählten Haushalt zur Mitwirkung zu gewinnen, während des Interviewerbesuchs nicht zur Auskunft bereit ... Von der Möglichkeit, mit Zwangsmaßnahmen die gewünschten Auskünfte einzuholen, wurde von Statistischen Landesämtern bisher nur vorsichtig Gebrauch gemacht. So sind bisher nur knapp 1000 DM Zwangsgeld, bzw. Bußgeldverfahren eingeleitet worden. Erfahrungsgemäß dürfte sich diese Zahl nach Abschluß aller Mahnverfahren noch erhöhen." (Erfahrungsbericht über die Durchführung des Mikrozensus im Juni 1985, Statistisches Bundesamt, November '85)

Auf dem Treffen in Bochum einigte man sich darauf, daß u.a. ein Rechtshilfefonds für die vom Mz bzw. Vz Betroffenen eingerichtet wird.

Kontaktadressen:
VoBo — Gruppe Bochum-Langendreer, c/o Politische Buchhandlung, Universitätsstraße 26, 4630 Bochum 1, Di. 20.00 bis 22.00 Uhr, Tel.: (0234) 284477
Helga Schultheis, Werderstr. 69, 2000 Hamburg 13, Tel.: (040) 443840

Volkszählung vom April 1986

Wachsende Armut

Nach einer am 21.4.86 veröffentlichten Erhebung des Deutschen Städtetages ist die Zahl der Menschen, die Sozialhilfe erhalten, von 1984 auf 1985 erneut um 14 Prozent gestiegen. 1984 erhielten 2,6 Millionen Menschen Sozialhilfe.

In einem Drittel aller Fälle muß dieser Erhebung zufolge Sozialhilfe gezahlt werden, weil die Betroffenen ihren Arbeitsplatz verloren oder nach der Ausbildung bzw. nach einer Unterbrechung der Berufstätigkeit keine Stelle bekamen. In einigen Städten sind mittlerweile über 40 Prozent der Sozialhilfeempfänger arbeitslos.

Jeder zweite Sozialhilfeempfänger, der auf regelmäßige Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen ist, ist übrigens mittlerweile jünger als 25 Jahre.



So reich wie nie

Ein Rekordjahr war das Jahr 1985 für die Aktionäre. Sie konnten den höchsten Kursgewinn verzeichnen, der jemals an den Börsen der Bundesrepublik erreicht wurde. Der Kurswert der an deutschen Börsen zugelassenen Aktien stieg von '84 auf '85 auf 150 Milliarden DM. Nur 3 Milliarden davon beruhen auf der Ausgabe neuer Aktien. Und der Aufschwung für die Aktionäre hält an: am 7.4.86 erreichten die Kurse nach Angaben des Statistischen Bundesamtes eine neue Rekordhöhe — sie waren nämlich mehr als dreimal so hoch wie 1980!

Das durchschnittliche Einkommen der Arbeiter und Angestellten dagegen liegt heute auf dem Niveau von 1976/77!

Terror

Einen „Sturm auf Flensburg" hatten Skin-Heads für letzten Samstag angesagt, um „Führers Geburtstag" zu feiern. Rund 200 Skins kamen. Um für die richtige „Führer-Atmosphäre" zu sorgen, hatten Skins vorher in ausländischen Gaststätten angerufen und gedroht, sie würden „aufräumen".

Daraufhin blieben am Samstag viele Gaststätten geschlossen. Ein Ausländerfrühlingsfest wurde abgesagt. Türkische Kinder erhielten schulfrei mit der Emfpehlung, sich nicht in der Stadt blicken zu lassen. Einigen wurde geraten, an ihren Haustüren Namensschilder mit deutschen Namen anzubringen!

Ca. 450 Demonstranten protestierten gegen das Skin-Treffen auf dem Flensburger Markt. Die zum Zeitpunkt der Gegenkundgebung bereits versammelten ca. 40 Skins erhielten von der Polizei den erwünschten Schutz.

Die Masse der Skins kam allerdings erst nach Ende der Gegenkundgebung in Flensburg an. Ein Teil von ihnen zog in ein türkisches Wohnviertel, griff dort Ausländer und Demonstranten an und versuchte, eine Szene-Kneipe zu stürmen. Eine andere Gruppe von Skins machte mit einem VW-Bus Jagd auf Ausländer und „unliebsame" Deutsche. Diese Skins waren mit Messern und Schlaginstrumenten ausgerüstet und steuerten ihre Einsätze mit Walkie-Talkies. Die Polizei ging erst sehr spät gegen die Skins vor. 44 wurden vorübergehend festgenommen.

Keinen Urlaub

im Mai 1987 gibt es für diejenigen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, die bereits jetzt zu dem „Ehrenamt" verpflichtet wurden, als Zähler die einzelnen Haushalte aufzusuchen und mit Fragebögen zu behelligen. Für sie wurde für Mai 87 eine Urlaubssperre verhängt.

Südafrika: Neue Paßgesetze, neue Todesopfer

Die neuen Paßgesetze im südafrikanischen Rassistenstaat sollen beweisen, daß das Regime der Apartheid doch reformfähig sei. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache: Zur selben Zeit, als diese „Reform" angekündigt wurde, fielen erneut schwarze Menschen dem Polizeiterror der Botha und Co. zum Opfer. Die als Ersatz für die Paßgesetze zur Verabschiedung anstehenden Polizeierlasse halten an der brutalen Unterdrückung Schwarzer ausdrücklich fest — kein Wunder deshalb, daß nicht nur die Organisationen des Befreiungskampfes sich nicht täuschen ließen und auch nicht die Masse der Bevölkerung, sondern selbst die liberale Weltöffentlichkeit wollte Botha dies nicht als positiven Schritt abkaufen.



Freistaat Bayern

Seit 20 Jahren lebt der Ägypter Magdi Gohary in der Bundesrepublik, aber richtig kennengelernt hat er sie erst vor kurzem. Wahrscheinlich im Zusammenhang mit einem Einbürgerungsantrag, den Magdi Gohary vor einiger Zeit gestellt hat, wurde ihm nämlich von der Stadt München Redeverbot für linke Veranstaltungen erteilt. Das Verwaltungsgericht München hat diese unglaubliche Auflage jetzt bestätigt.

Konkret heißt es in dem Urteil des Verwaltungsgerichts, daß Magdi Gohary nur noch auf solchen Veranstaltungen als Redner auftreten darf, die nicht im bayerischen Verfassungsschutzbericht erwähnt sind. Das Redeverbot gilt u.a. für die „Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung (BIFA)" und die VVN. In „Zweifelsfällen", so wurde Magdi Gohary vom Vertreter des bayerischen Innenministeriums ausdrücklich erklärt, müsse er beim bayrischen Innenministerium anfragen, bevor er eine Einladung als Redner annehmen.

Begründung des Verwaltungsgerichts: Der deutsche Rechtsstaat brauche es nicht hinzunehmen, „daß Organisationen, die ihrerseits unmittelbar oder mittelbar, kurz- oder langfristig, gewaltsam oder gewaltlos die bestehende Staatsform und Gesellschaftsordnung beseitigen wollen, durch den Zulauf von Ausländern noch gestärkt werden."

Roter Morgen
RM

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund.
Erscheinungsweise zweiwöchentlich Freitags. Einzelpreis 1,50 DM, Abonnement: 40 DM für 1 Jahr, 20 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA" bei.

FAP-Verbot

Weit über 6000 Unterschriften sind bisher für Aufruf zum Verbot der FAP in NRW gesammtelt worden. (Der Text des Aufrufs wurde im RM 6/86 veröffentlicht.) Unterzeichnet haben auch das ZK und örtliche Leitungen der KPD.

Am 20.6.86 sollen die bis dahin gesammelten Unterschriften in Düsseldorf beim Landtag übergeben werden. Am 21.6. findet in Duisburg eine NRW-weite Demonstration für das Verbot der FAP statt.

Tunesien: Massenkundgebungen

Tunesien — nach NATO-Lesart eines der Länder, das am meisten unter dem sogenannten Terrorismus Ghaddafis zu leiden hat — war in der letzten Woche erneut Schauplatz großer Demonstrationen und Kundgebungen. Nachdem die Regierung in Tunis sich als einzige arabische Regierung jeglichen kritischen Wortes zum amerikanischen Bombenüberfall auf Libyen enthalten hatte, kam es zu zahlreichen Protesten. Diese vermehrten sich noch angesichts der gleichzeitigen Verurteilung von Mitgliedern der sozialdemokratischen Opposition zu Gefängnisstrafen.

Präsident Bourgiba, der für jeden Protest in seinem „Reich" den libyschen Nachbarn verantwortlich machen möchte, egal ob gegen Brotverteuerung, Arbeitslosigkeit oder Polizeiwillkür zum Widerstand aufgerufen wird, verzichtete für diesmal auf seine übliche Masche.

Flop

CDU und FDP wollten in Hannover praktisch beweisen, daß „König" Kunde längere Öffnungszeiten in den Geschäften wünscht: während der Dauer der beiden Frühjahrsmessen in Hannover durften die Geschäfte ausnahmsweise bis 21 Uhr geöffnet bleiben.

Resümee der Geschäftsleute, die sich an dem Experiment beteiligten: „Erbärmlicher Umsatz", „An keinem Abend hatten wir mehr als zwei oder drei Kunden." Die großen Kaufhäuser hatten sich von vornherein nicht beteiligt.

Eine königliche Entscheidung für die HBV also.

Streik im Gebäudereinigerhandwerk

Seit Oktober 1985 gibt es keine Lohnerhöhung für Frauen und Männer, die im Gebäudereinigerhandwerk beschäftigt sind, weil für Putzfrauen, die ohne Lohnsteuerkarte arbeiten, eine Nettolohnvereinbarung im Lohnrahmentarifvertrag festgeschrieben werden soll.

Nach einem Bundesfinanzgerichtshof-Urteil ist es dem Arbeitgeber nicht möglich, die Lohnsteuer pauschal am Lohn abzuziehen. Es war zwar bisher Praxis, daß die Frauen, die ohne Steuerkarte arbeiteten, die Lohnsteuer



selber trugen, aber nie im Lohnrahmentarif festgeschrieben. Um eine weitere Verschlechterung der Frauen ohne Lohnsteuerkarte und ohne Sozialversicherung und der Frauen mit Sozialversicherung zu verhindern, führt die IG BSE seit einer Woche Warnstreiks und Urabstimmungen durch. Auch am Freitag letzter Woche konnten sich die Tarifvertragsparteien nicht einigen. Deshalb soll es diese Woche zu Streiks kommen.

Belgischer Bergarbeiterstreik

In einen unbefristeten Streik sind in der letzten Woche die Arbeiter aller fünf noch existierenden belgischen Zechen getreten. Mit diesem Kampf wehren sie sich gegen einen erneuten Schließungsplan, der 20 Prozent der bestehenden 18500 Arbeitsplätze vernichten soll. Der Schließungsplan ist auf die nächsten vier Jahre geplant.

Noch ein Mißverständnis

Nicht leicht hat es der Bundeskanzler. Fühlte er sich schon bei den letzten Wahlen meist mißverstanden, so hat ihn jetzt nach dem rheinland-pfälzischen Untersuchungsausschuß auch die Koblenzer Staatsanwaltschaft nicht begriffen.



Seine 12seitige Erklärung, in der er seine Falschaussage vor dem Ausschuß als ein Mißverständnis (mißverständlich formulierte Frage) darzustellen versucht, hatte eigentlich, laut CDU-Kalkül dazu führen sollen, daß die Staatsanwaltschaft endlich die Ermittlungen einstelle. In der Erklärung aus Koblenz nach Eingang des Schreibens klingt es nun aber schon wieder ganz anders als der Kanzler möchte. Weitere Ermittlungen seien nötig, teilen die Staatsanwälte mit.

Dubiose Festnahme

Die - der Presse von Polizeiorganen zugespielte — Nachricht von der Festnahme Ahmad Hasis in der letzten Woche erweist sich zusehends als das, was Kritiker des „Rechtsstaats" sofort anmerkten: Im besten Falle eine übereilte Maßnahme. Im schlechtesten Falle allerdings weit mehr. Offensichtlich ist gegen Hasi keinerlei konkreter Festnahmegrund darzulegen, außer der Anklage gegen seinen Bruder in London. Jetzt wird auf Zeugensuche gegangen mit einem „Steckbrief" der beiden Brüder. Wer hat zwei Palästinenser zusammen in Westberlin gesehen? So ungefähr die Stoßrichtung der Aktion. Während die US-Propaganda gar eindeutige Beweise für eine libysche Beteiligung am Bombenattentat auf „La Belle" haben wollte, zeigt sich, daß in Wahrheit gar nichts vorliegt, auch nicht gegen den der Öffentlichkeit präsentierten Verdächtigen Hasi.

Dafür hat Rechtsanwältin Kihn, die kurzfristig seine Betreuung übernahm, auch bereits zahlreiche — anonyme, versteht sich — Telefondrohungen erhalten, kein Wunder, nach dem Schüren durch die Behörden.

Siegeszug

Zu einem regelrechten Siegeszug ist bisher die Rückkehr Benazir Bhuttos nach Pakistan geworden. Die Tochter des ermordeten Zulfikar Bhutto wurde von riesigen Menschenmassen begrüßt als die Vertreterin des Kampfes gegen die Diktatur Zia ul Haqs. Dies war so in den großen Städten wie Lahore oder auch in der Provinz.

„Die Aquino Pakistans" wolle sie sein, bekundete sie sofort bei ihrer Ankunft — und das war als Kampfansage an den Mann aufzufassen, der — wie so viele seiner „Kollegen" — in Bonn und Washington wohlgelitten ist und von dort aus massiv unterstützt wird. Noch ein Kandidat für einen Wohnsitz auf Hawai? Den Völkern Pakistans wäre es zu wünschen.

Brandt in Südafrika

Eine Woche lang war Willy Brandt in Südafrika. Demonstrationen gegen ihn — von stammdeutschen Rassistenfans organisiert, Unhöflichkeiten — vom Rassistenhäuptling Botha vorgetragen: Der Beweise genug, daß es sich beim SPD-Vorsitzenden um einen entschiedenen Gegner der Apartheid handelt?

Nun: Sicher kein Fan à la Strauß. Auch kein Sympathisant à la Kohl. Aber: erklärter Gegner? Muß man an die Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen gegenüber Südafrika erinnern? Oder darauf hinweisen, wie viele führende Sozialdemokraten, Verheugen und Brandt als bekannteste Beispiele, aus „deutschem Interesse" für eine Unterstützung des Kampfes gegen Apartheid werben — heute?

Sicher: Eine politische Haltung, die sich darauf beschränkt, an Vergangenes zu erinnern, ist niemandem nützlich. Eine, die keine Erklärung hinterfragt, aber ebenfalls nicht. Trotzdem: Brandts Reise und seine Stellungnahmen können dann positiv wirken, wenn sie im sozialdemokratischen Anhang den Prozeß der Solidarisierung mit dem Befreiungskampf in Südafrika, der ohnehin längst recht stark geworden ist, weiter vorantreiben. Nicht nur wegen Stimmung und besseren Bedingungen: So werden auch Fakten geschaffen.

Rätsel

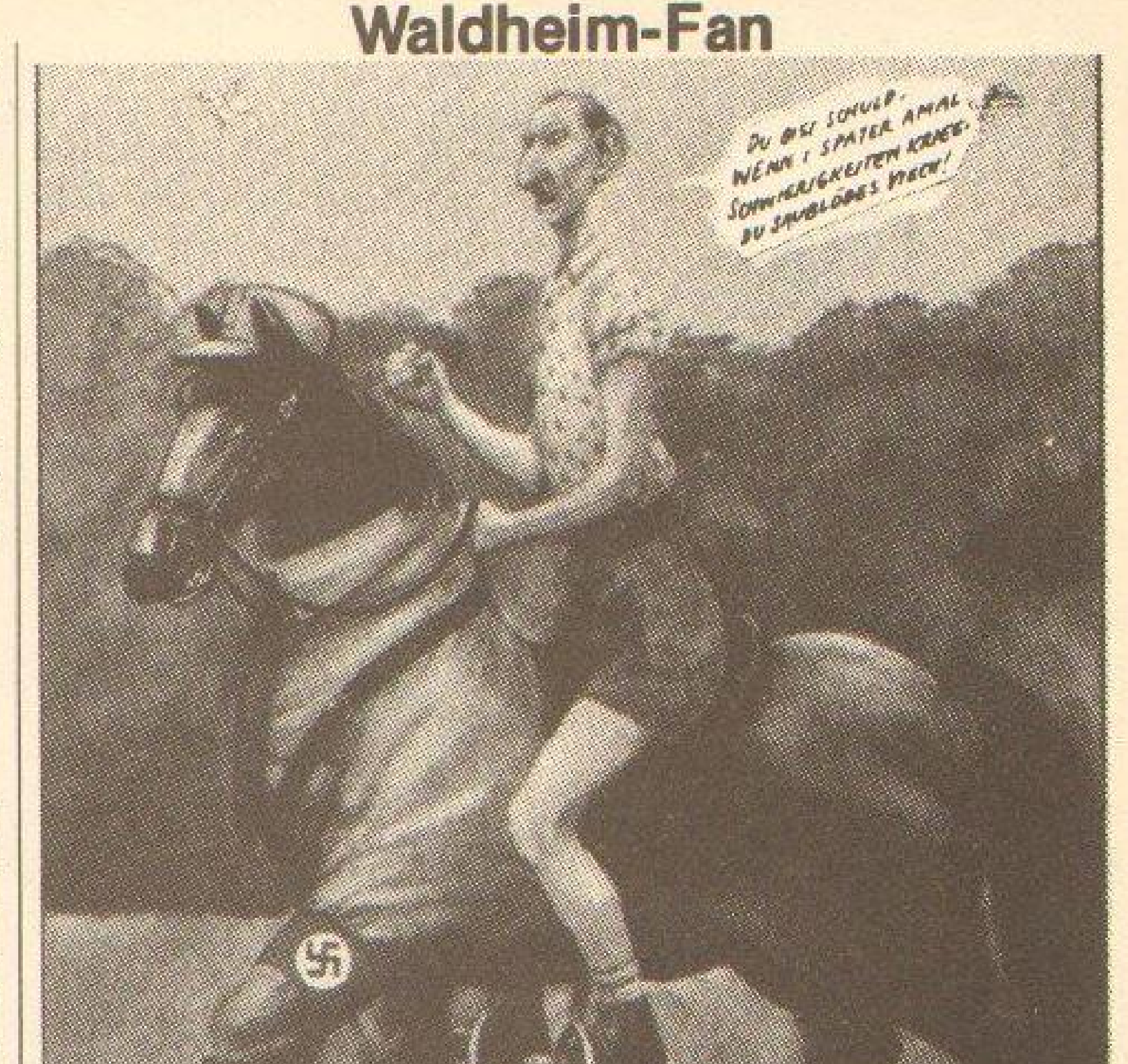


Was stellt das Foto dar? Antwort: Ostdeutsche Kultur in Gestalt eines ausgestopften Elches. Das jedenfalls ist die Ansicht des Bundesinnenministeriums.

In den jüngsten Informationen des BUMI wird mit diesem ausgestopften Vierbeiner für ein Aktionsprogramm zur Intensivierung der „ostdeutschen Kulturarbeit" geworben. 8 Mio. DM stehen 1986 insgesamt für diese „ostdeutsche Kulturarbeit" zur Verfügung. Das ist nahezu doppelt so viel wie 1983.

Und da sage noch einer, Zimmermann sei ein Kulturbanause.

Waldheim-Fan



Im Gegensatz zu allen Beteuerungen: Die Beweise gegen Kurt Waldheim, den früheren UN-Generalsekretär und heutigen konservativen Präsidentschaftskandidaten in Österreich über Mitwisser oder -täterschaft bei Nazi-Verbrechen auf dem Balkan sind zumindest so erdrückend, daß die US-Regierung ernsthaft überlegen muß, ihn zur unerwünschten Person (keine Einreisegenehmigung) zu erklären.

Waldheims Haltung selbst hat alles, was es an Reaktionärem in Österreich gibt, mobilisiert. Daß er auch die Unterstützung der einheimischen Faschisten hat, stört ihn ebensowenig wie der der gesamte profaschistische Charakter seiner Kampagne. Nicht daran stören tut sich auch sein erster erklärter ausländischer Fan: der Bundeskanzler. Nicht nur, daß er sich als Wahlhelfer betätigt, entgegen allen Regeln, er unterstreicht auch noch überdeutlich seine Wertschätzung Waldheims. Es wäre schon interessant zu wissen, wen der Bürger Helmut Kohl denn noch so alles wählen würde, wenn er dürfte — Kandidaten gibt es da, auch nach Marcos und Duvalier, auf der Welt noch viele.

Licht ins Dunkel!

Der Hunsrück ist mit Militär zugepflaster wie kaum eine andere Gegend in der Welt. Zu den alten Kriegsanlagen aus dem Kaiserreich und der Nazizeit sind nach dem letzten Weltkrieg immer noch mehr und immer noch schlimmere hinzugekommen: dank Bundeswehr, US-Army und NATO.

Neben unzähligen Kasernen, Waffendepots, Radar- und Luftabwehranlagen sind jetzt die Stellungen für die Cruise missiles in Bau. Mit diesen Atomraketen für den „Enthauptungsschlag" gegen die Sowejtunion rückt die Welt wieder ein Stück näher an den Krieg.

Die bundesdeutsche Friedensbewegung wird im Herbst mit Aktionen des zivilen Ungehorsams und der Großdemonstration am 11.10. auf die prekäre Situation im Hunsrück nachdrücklich hinweisen. Am 24. Mai, dem bundesweiten Friedensaktionstag, werden wir schon mal Zeichen setzen.

Die Aufrüster lieben es konspirativ, weil sie das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben. Deswegen ist es vielen Leuten immer noch nicht klar, welches Ausmaß die Militarisierung inzwischen erreicht hat. Und weil Aufklärung darüber bitter not tut, werden wir sie auf die Straßen schreiben.

Schreiben wir auf jede Militärstraße, daß sie nur in den Krieg führt! Nennen wir die Dinge beim Namen: Die Hunsrückhöhenstraße ist nicht für den Ausflugsverkehr gebaut, sondern für den Nazikrieg gegen Frankreich. Auch heute noch hat sie vorwiegend militärische Bedeutung. Das müssen wir aufzeigen.

Am Samstag, dem 24.5. werden wir im Hunsrück mit Schrift und Bld auf den Verkehrswegen, vor den Eingängen von Cruise-missiles-Basis, Flugplatz Hahn, Patriot-Stellungen etc. ihre Bedeutung darstellen, um uns mit allen Betroffenen dagegen zu wehren!

Dies allein reicht letztlich nicht aus, aber es ist für uns schon mal ein Anfang.

Kommt am 24. Mai in den Hunsrück, bringt Farben, Bild- und Textideen mit. Lernt die Militärregion Hunsrück kennen. Schaut euch die zerstörerische Aufrüstung an, aber trefft euch auch mit den Menschen, die das langsam satt haben und dagegen etwas unternehmen.

Eure Phantasie muß stärker sein als ihre Waffen! Im Hunsrück, bei uns zu Haus und überall!

24. Mai, 11.00 Uhr Treffen an den einzelnen Aktionsstellen, ab 15.00 Uhr Treffen an einem Zentralpunkt.

Vorbereitung bundesweit: Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam, Am Schwarzen Meer 67, 2800 Kassel, Tel.: (0421) 4985966. Verantwortlich für die Auftaktstellen: Kassel — GA Rheinbach, c/o Uwe Brodrecht, Grüner Weg 4, 5309 Meckenheim • CM-Stellung Hasselbach — FöGA, Königsallee 28a, 3400 Göttingen, Tel.: (0551) 62793

Berlin-Prozeß zum 1.


Angeklagter Anwalt Schmidt-Salzmann

Der Prozeß gegen den CDU-Politiker Antes und sieben weitere Angeklagte ist, kaum begonnen, schon unterbrochen worden. Die Zuständigkeit der Kammer soll erst mal geprüft werden. Das Riesenaufgebot von einem runden Dutzend Verteidiger ließ es solcherlei Anträge regelrecht hageln.

Rufe aus dem Zuschauerraum „Wo ist Diepgen?" blieben einstweilen unbeantwortet, wie überhaupt insgesamt der Versuch eindeutig zu erkennen ist, ein völlig „normales" Strafverfahren durchzuziehen. Die generelle Taktik der betroffenen Politiker jedenfalls liegt klar zutage: Nach der sogenannten Senatsumbildung soll nun, wie etwa im Bonner Spendenskandal, auf die lange Zeit gesetzt werden. Dabei sind die Dinge, die da zur Verhandlung stehen, solche Frage wie Mord und Erpressung, neben der Korruption. Aber für die Westberliner Dunkelmännerregierung kommt es darauf an, auch das möglichst normal erscheinen zu lassen.

Am Beginn einer Chronik dieses Prozesses — der wohl bis ins nächste Jahr hinein dauern wird, und dem zahlreiche andere folgen werden — bleibt festzuhalten, daß trotz der Bandbreite der Anklagen (bzw. der noch folgenden Anklagen) die zentralen Figuren der Berlin-Connection einstweilen unbehelligt blieben. Als da gefragt wurde: "Wo ist Diepgen?"

Selbstanklage



Natürlich: Der Antrag der Staatsanwaltschaft im Thälmannprozeß, einen Freispruch mangels Beweisen zu erlassen, ist skandalös.

Bedauernd: Diese Ungeheuerlichkeit ist die Krönung einer langen Kette von profaschistischen Justizvorgängen — ein prägendes Element der Justizgeschichte der BRD.

Sicher: Rechtsanwalt Heinrich Hannover hatte mit jedem Wort seines Plädoyers recht, mit dem er Ottos Verurteilung forderte.

Beim Lesen dieser Zeilen wird wohl den meisten bereits das Urteil bekannt sein. Was auch immer da passieren sollte, es bleibt ein Skandal, wie die Anklagebehörde sich verhält. Nach dem Motto, man lasse eine Anklage so lange unerhoben, bis mit einiger Wahrscheinlichkeit aufgrund der langen vergangenen Zeit Beweismangel herbeigeredet werden kann, reiht sich diese Plädoyer in die Reihe der Maßnahmen der bundesdeutschen Justiz ein, die getroffen wurden, um speziell eine Verurteilung der Mörder des Führers der KPD zu verhindern.

Damit dürfen sie nicht durchkommen!

Erster Tarifvertrag der IG Medien

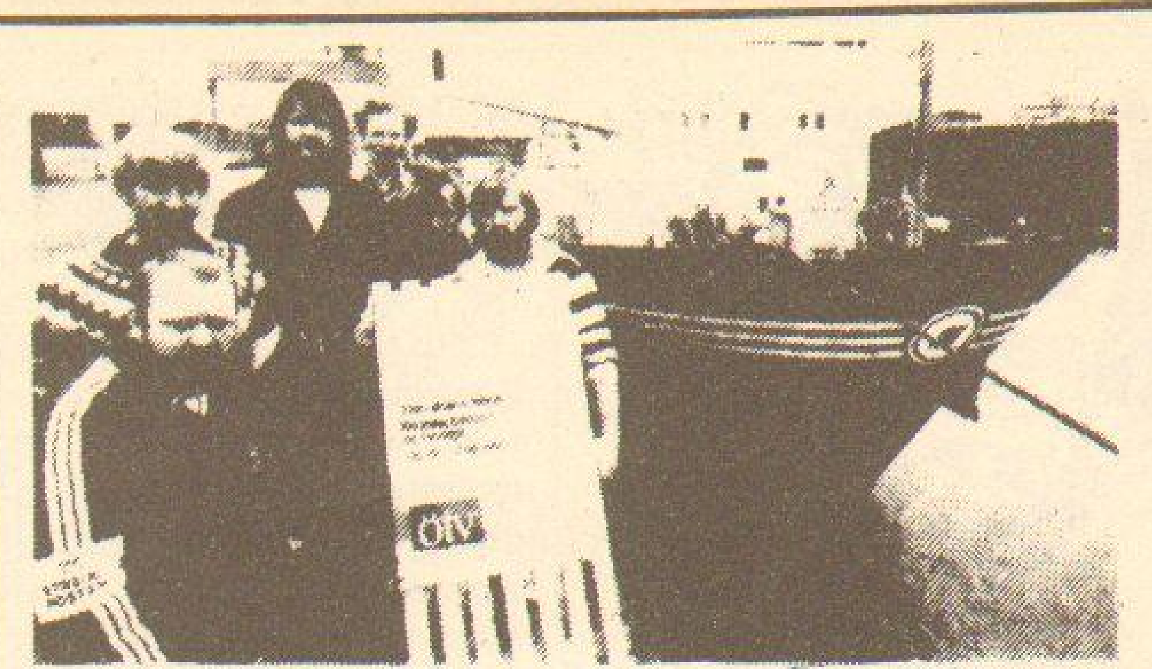
Ein historisches Ereignis ist zu vermelden. Erstmals unterzeichnet nicht die IG Druck & Papier, sondern die neugegründete IG Medien einen Tarifvertrag, nämlich den neuen Manteltarifvertrag für die papierverarbeitende Industrie. Wichtigste Punkte: Einführung der 38,5-Stunden-Woche ab 1. November 1986, 3,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt rückwirkend ab 1.2.86, 3 Prozent mehr ab 1.2.87, die Ausbildungsvergütungen werden um die gleichen Prozentsätze angehoben. Außerdem wurde ein Stufenplan zur Einführung der 100-Prozent-Jahresleistung und des 50-Prozent-Urlaubsgeldes vereinbart. Warnstreiks und eine zweitägige Schlichtung waren notwendig, um die Unternehmer dazu zu diesem Abschluß zu bewegen.

Noch immer 500

Rund 500 Menschen, noch von den Marcos-Schergen festgenommen, befinden sich als politische Gefangene in philippinischen Zuchthäusern. Nach Zeitungsberichten soll es innerhalb der neuen Regierung in Manila Auseinandersetzungen darüber geben, ob sie freigelassen werden sollen oder nicht. Der reaktionäre Flügel der Konstellation, die die neue Regierung stellt, will sie als Geißeln benutzen, um so den bewaffneten Befreiungskämpfern Bedingungen diktieren zu können.

Thomson: 1200 Arbeitsplätze

Der französische Elektronik-Multi Thomson, der in der Vergangenheit in Westdeutschland Firmen wie Telefunken, Nordmende, Saba und Dual aufgekauft hat, hat die Vernichtung von weiteren 1200 Arbeitsplätzen in den Standorten Villingen, Bremen und Hannover angekündigt. Thomson hat als Arbeitsplatzvernichter einen gefestigten Ruf (Videocolor). Von Gewerkschaftsseite wird dem Konzern seit langem vorgeworfen, vor allem an dem Erwerb von Markennamen — und damit von Marktanteilen — interessiert zu sein, nicht aber am Erhalt der Werke. Die Konzernzentrale hat darüber hinaus vage angedeutet, daß an die Schließung ganzer Standorte gedacht sei, wenn die beschlossenen Maßnahmen nicht zu einer deutlichen Verbesserung der Ertragslage führen sollten.



Streik in der Seeschiffahrt erfolgreich

Erhöhung der Jahresfreizeit um 16 Tage, ab 1988 um 18 Tage, Erhöhung der Seefahrtszulage um 100 DM monatlich — darauf einigten sich Reeder und ÖTV nach fünf Streiktagen. Abwehren konnte die ÖTV die Pläne der Reeder, die 56-Stunden-Woche wieder einzuführen. Die ÖTV beurteilt insbesondere die Jahresarbeitszeitverkürzung als wichtigen Erfolg.

NGG gegen Staatsterrorismus

Die 15. Ordentliche Landesbezirkskonferenz der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten Niedersachsen/Bremen verurteilt auf das Schärfste den **Bombenangriff v. 33 US-Kampfflugzeugen** auf die libysche Hauptstadt Tripolis und die Hafenstadt Bengasi am 15. April 1986 in der Zeit zwischen 2.00 Uhr und 2.30 Uhr.

Die US-Regierung rechtfertigt diese terroristische Vorgehensweise mit dem Hinweis auf Beweise dafür, daß der libysche Staatschef Ghaddafi mit verantwortlich sei für die Terroraktionen gegen US-amerikanische Bürger und Einrichtungen.

Abgesehen davon, daß diese Beweise der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit nicht vorliegen, wäre selbst bei einer solchen Beweisführung, die Bombardierung der libyschen Städte staatsterroristisch und völkerrechtswidrig.

Bei dem Angriff sind über 100 Menschen, darunter Frauen und Kinder, ermordet worden.

Der NATO-Partner USA bedroht damit nicht nur den Frieden im Mittelmeerraum, sondern in der ganzen Welt.

Die Landesbezirkskonferenz fordert die Bundesregierung in Bonn auf, sich **eindeutig und klar** von diesem brutalen völerrechtswidrigen Angriff zu distanzieren.

Der internationale Terrorismus kann nicht mit militärischer Gewalt bekämpft werden, sondern nur mit politischen Lösungen, die die berechtigten Interessen des palästinensischen und israelischen Volkes auf ein eigenes Staatsgebiet berücksichtigen.

In diesem Sinne wird die Bundesregierung in Bonn aufgefordert, mit den EG-Partnern in Brüssel eindeutig politische Lösungsvorschläge zu erörtern, um dem palästinensischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zu ermöglichen.

Die Bundesregierung wird weiterhin aufgefordert, sich kompromißlos für den Abzug von US-Militärs aus dem Krisengebiet einzusetzen.



Ohne soziale Komponente?

Die Lohntarifverhandlungen in der Metallindustrie spitzen sich offensichtlich auf die Frage der sozialen Komponente, also der besonderen Anhebung der unteren Lohngruppen, und auf die Frage der Anhebung der Ausbildungsvergütungen zu. Auch wenn das, was bezüglich des sogenannten „Verhandlungskorridors" in Sachen Lohnerhöhung zu hören war, noch nicht geeignet ist, die großen Sprüche vom „kräftigen Schluck aus der Pulle" zu rechtfertigen, gilt es jetzt eindeutig herauszustellen, daß ein Abschluß, der keine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen enthält, auch nicht „vertretbar" ist.

Die bisherige schroffe Ablehnung dieser Forderung durch die Unternehmer, die ansonsten nach der Auseinandersetzung um den §116 AFG und vor den nächsten Wahlen an einer „ruhigen Runde" interessiert zu sein scheinen, hilft, die Bedeutung dieser Frage zu verstehen. Die Unternehmer wollen die Lohnspreizung vertiefen, sie wollen vor allem die unqualifizierte Arbeitskraft im Preis drücken. Neben ökonomischen gibt es dafür politische Gründe: Spaltung und damit Entsolidarisierung in der Arbeiterklasse vorantreiben, um die Gewerkschaften zu schwächen. Ohne Kampf wird Gesamtmetall von dieser Linie kaum abrücken.

Druckindustrie: Verhandlungen gescheitert



Die Unternehmer haben die Lohntarifverhandlungen für die Druckindustrie für gescheitert erklärt. Angeboten hatten sie 3,4 Prozent. Dieses sogenannte Angebot hatten sie mit der Erklärung garniert, es sei „höchstens um wenige Stellen hinter dem Komma" noch verhandlungsfähig. Die IG Druck & Papier hatte schließlich einen Abschluß zwischen 4,7 und 5 Prozent vorgeschlagen. Daraufhin erklärten die Unternehmer die Verhandlungen für gescheitert. Der erste Schlichtungstermin wurde ergebnislos abgebrochen und auf den 16. Mai vertagt.

Scharfe Kritik

Scharfe Kritik am geplanten Verfassungsschutzgesetz haben die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern geübt. Die Gesetzentwürfe für die Bonner (Un-)Sicherheitsgesetze wurden am Donnerstag letzter Woche in erster Lesung im Bundestag beraten.

Die Datenschützer kritisierten u.a., daß die Aufgabenbestimmung des Verfassungsschutzes (VS) im Gesetzentwurf zu unpräzise ist, weil es dort ganz pauschal heißt, daß der VS bei „Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Ordnung" tätig werden soll. Ebenso fordern sie eine genaue Beschreibung der zulässigen nachrichtendienstlichen Mittel, die der VS verwenden darf. Kritisiert wird auch die Befugnis des VS, bei öffentlichen Stellen Auskünfte einzuholen sowie das Recht des VS, Informationen praktisch unbegrenzt weiterleiten zu dürfen — auch an die Stationierungskräfte oder ausländische Stellen. Kritisiert wird auch die Tat-



sache, daß Datenschutzbeauftragte nach dem neuen Gesetzentwurf zwar beschränkte Kontrollmöglichkeiten bei Dateien haben, Akten aber nicht kontrollieren dürfen.

BMW lehnt Vergleich ab

Der Kampf der Westberliner BMW-Gewerkschafter gegen ihre Entlassung ist mittlerweile auf über 50 Arbeitsgerichtsprozesse angewachsen. In der neuesten Mitteilung des Westberliner Solidaritätskomitees wird berichtet, daß auch die gegen Hans Köbrich nachträglich ausgesprochene Änderungskündigung, derzufolge Hans Köbrich in einer kleinen BMW-Niederlassung isoliert arbeiten mußte, von einem Westberliner Arbeitsgericht für unwirksam erklärt worden ist.

In einer Verhandlung vor dem Westberliner Landesarbeitsgericht über fünf Kündigungen gegen Peter Vollmer legte das Gericht einen Vergleichsvorschlag vor: Über längstens ein Jahr gestaffelte Weiterbeschäftigung der drei Entlassenen auf einem gleichwertigen Arbeitsplatz im alten Betrieb. Die Gekündigten sollen ausdrücklich die Eskalation der Auseinandersetzung bedauern und erklären, daß sie nicht sämtliche Aktionen des Solidaritätskomitees billigen. BMW müsse für einen gewissen Zeitraum ordentliche Kündigungen ausschließen. Peter Vollmer, Rainer Knirsch und Hans Köbrich betrachteten diesen Vergleich als akzeptabel. Die BMW-Vertreter lehnten ab. Wegen angeblich beunruhigender Vorkommnisse im Spandauer Werk sei die Weiterbeschäftigung dort ausgeschlossen.

Die Veröffentlichung der SDI-Vereinbarung und der Begleitbriefe hat klammheimliche Freude aufkommen lassen. Vor allem deshalb, weil die Absicht, die Dokumente geheimzuhalten, durchkreuzt wurde, nicht deshalb, weil die Dokumente größere Sensationen enthielten. Immerhin wird verständlich, warum Wirtschaftsvertreter, die politisch für



SDI sind, Kritik an den Vereinbarungen üben, weil sie die Wettbewerbsbedingungen westdeutscher Unternehmen ungünstig gestalten: Alles läuft im wesentlichen nach US-Recht, der amerikanische Druck auf verstärkte Kontrolle des Technologietransfers wird fast aus jeder Zeile deutlich, Störungen und weitere Beschränkungen im Osthandel sind praktisch vorprogrammiert.

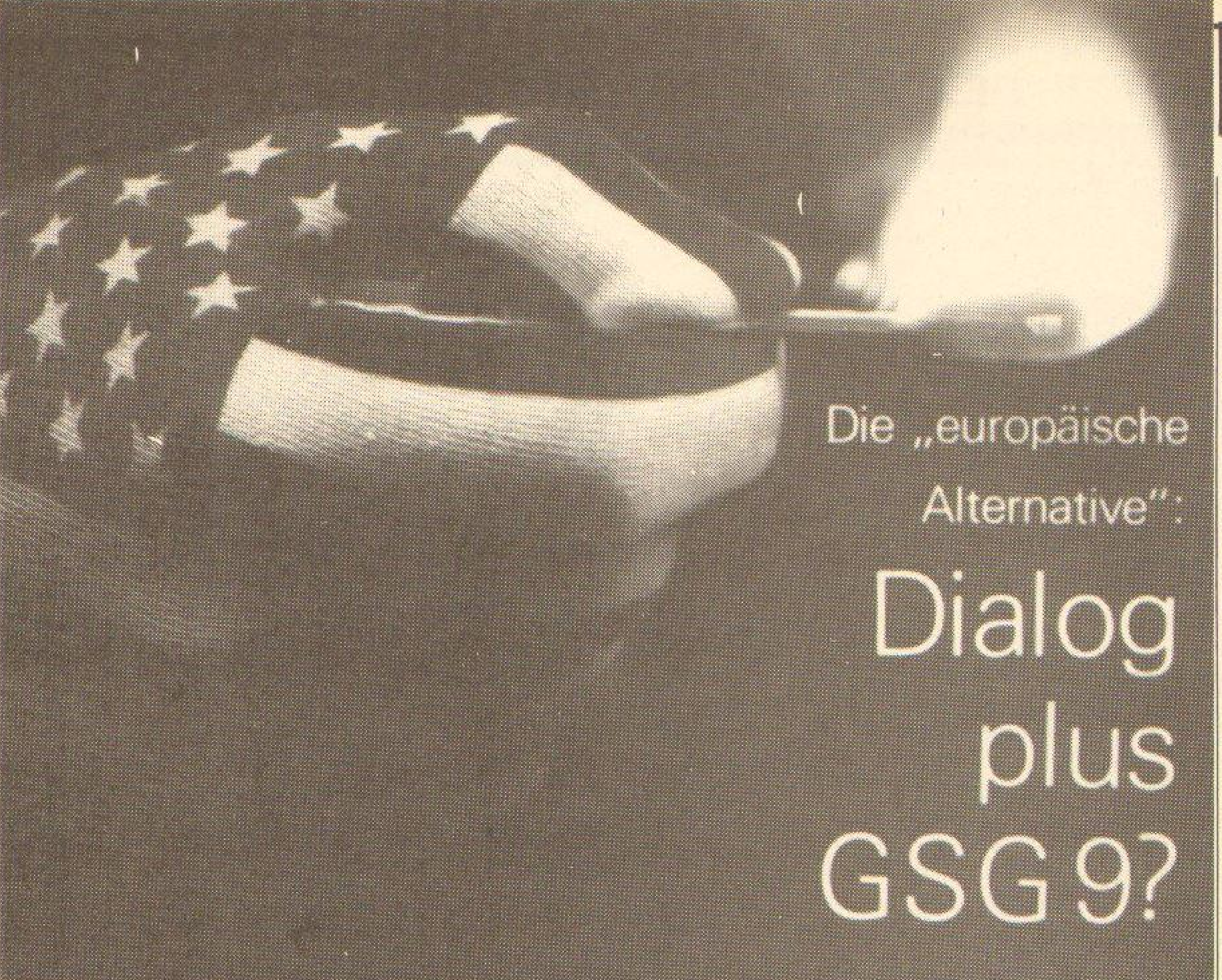
Unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten ist der Absatz 7.3. der Vereinbarung von Interesse: „Beide Regierungen werden alle ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Schritte unternehmen, um zu verhindern, daß im Rahmen dieser Vereinbarung übermittelte Informationen aufgrund einer gesetzlichen Vorschrift offengelegt werden ..." Mit Verlaub: Mit welchen rechtlichen Schritten will diese Regierung schon wieder welche gesetzliche Vorschrift umgehen?

Wenn man nicht schon geahnt hätte, daß das von Bundeswirtschaftsminister Bangemann geschlossene Abkommen entgegen den von Strauß kritisierten Regierungsbeteuerungen doch ein militärisches und kein Wirtschaftsabkommen ist, wäre vielleicht noch der Punkt 9 „Zusätzliche Informationen" von Interesse gewesen. Dort wird nämlich die enge Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungsministerien der BRD und der USA in Sachen SDI vereinbart — „in Anerkennung ihrer gemeinsamen Sicherheitsinteressen".

Aber wie gesagt, wir haben's ohnehin geahnt.

Armenhaustarifverträge für die Werften?

Das Bollwerk, Betriebszeitung der KPD für HDW/Kiel, nimmt in der jüngsten Ausgabe zu einer Anzeigenkampagne des Verbandes der Deutschen Schiffsbauindustrie Stellung, in der die Werftkapitalisten die Gewerkschaften zu Lohnabschlüssen auffordern, die unter denen in der Metallindustrie insgesamt liegen sollen, als Beitrag zur „Arbeitsplatzsicherung". Demgegenüber fordert „Das Bollwerk": „Volle Lohnerhöhung für die Werften! Volle Übernahme des Tarifabschlusses auf 100 Prozent HDW-Programmlohn! (Es darf auch mehr sein!)"



Die „europäische Alternative": Dialog plus GSG 9?

Die Bundestagsdebatte

Am 16. April debattierte der Bundestag über eine Regierungserklärung zur US-Aggression gegen Libyen. Als Ergebnis der Debatte wurden Anträge der SPD und der Grünen abgelehnt, die Erklärung, die der Kanzler vorgetragen hatte, mehrheitlich gebilligt.

Die Positionen, die in dieser Debatte vorgebracht wurden, wie auch die weitere Behandlung des Themas in Presse und Fernsehen machen deutlich, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Während die US-Regierung offen davon spricht, weitere ähnliche Aktionen — möglichst gemeinsam mit den europäischen NATO-Staaten — seien möglich, werden in Bonn und anderswo Alternativen dazu gehandelt.

Sowohl in der Regierungserklärung als auch in den Beiträgen der Redner der Regierungsparteien wurde die Weigerung deutlich, sich der Verurteilung des US-Aktes anzuschließen. Verurteilt war das amerikanische Kommandounternehmen sowohl von europäischen Regierungen worden, als auch von den sogenannten Blockfreien. Auf diese Weise ist Bonn, wie auch Frankreich und Großbritannien (durch deren gemeinsam mit den USA vorgetragenes Veto gegen einen dem UN-Sicherheitsrat von den Blockfreien vorgelegten Entschließungsentwurf) ein Stück weit in die politische Isolation geraten.

Gerade die Befürchtung einer solchen Isolation, angesichts einer von den USA unterschiedenen Interessenlage im Nahen Osten hatte zu einer differenzierten Haltung auch bei den Regierungsparteien, insbesondere bei der FDP geführt.

In Interessenunterschiede sowohl zwischen der EG einerseits und den USA auf der anderen Seite als auch zwischen den verschiedenen Mitgliedsstaaten der EG sind sowohl wirtschaftlicher als auch politischer und strategischer Art. Um nur die deutlichsten Beispiele zu nennen: Das arabische Öl spielt für Europa eine ganz andere Rolle als für die USA, und die EG versucht schon lange, sich als Partner „gemäßigter" arabischer Staaten für einen Dialog zu profilieren. Die Nah-Ost-Politik Frankreichs und der BRD — beispielsweise — weist schon lange deutliche Unterschiede auf.

Die Bestrebungen der bürgerlichen Parteien werden deutlich, wenn die Beiträge zu einem europäisch-arabischen Dialog, zur Haltung der EG gegenüber Libyen genauer betrachtet werden.

von HELMUT WEISS

„Die Vereinigten Staaten haben zu oft — und manches Mal nicht ohne Grund — sagen können, sie hätten sich allein gefühlt in ihrem Kampf gegen den internationalen Terrorismus."

So steht es in Helmut Kohls Regierungserklärung. Nachdem er lang und breit begründet hatte, wieso er die Bomben auf Tripolis und Bengasi nicht verurteilt, ging er ausführlich auf die europäische Alternative ein. Um nochmals deutlich zu machen, daß diese Alternative nichts mit einer Kritik an den USA zu tun hat, stellte er eingangs fest:

„Meine Damen und Herren, wer jetzt glaubt, die amerikanische militärische Aktion als Vehikel benutzen zu können, um einen primitiven Antiamerikanismus zu schüren, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen."

Dann, zur europäischen Sache:

„Das Europa der Zwölf kann — wenn es eng zusammenwirkt — einen wesentlichen Beitrag in der weltweiten Abwehrfront gegen den Terrorismus leisten. Von dieser Möglichkeit hat Europa — dies müssen wir auch selbstkritisch sagen — in der Vergangenheit nicht immer überzeugend Gebrauch gemacht. (...) Das freie Europa muß nicht nur mit einer Stimme reden, es muß auch gemeinsam verantwortlich handeln können.(...) Hier ist eine europäische Initiative überfällig, die zu einem europäisch-arabischen Dialog führen muß, der einen Beitrag zur Lösung des Nah-Ost-Konflikts leisten kann."

Der letzte Satz ist bei Kohl die einzige etwas konkretere Ausführung für künftige Maßnahmen. Aber der Kurs ist trotzdem deutlich. Was da über die Haltung der EG gesagt wird, kann sich nach der Lage der Dinge nur gegen jene EG-Regierungen richten, die sich bisher einem gemeinsamen Handlen getreu den Bonner Vorschlägen widersetzt haben.

Daß die EG Vorschläge aus Bonn nicht aufgegriffen hat, so wird es zwischen den Zeilen gesagt, das ist der Grund dafür, daß die USA sozusagen gezwungen waren, loszuschlagen, wofür er zwar Verständnis bekundet, aber keine Begeisterung, wie einige seiner Parteifreunde. Wesentlich konkreter wird da der Vertreter des Außenministeriums, Staatsminister Möllemann (FDP). Was sicherlich mit der Funktion des Außenministers zu tun hat, aber auch mit der traditionellen Politik der FDP, die seit langem intensivere Kontakte zu arabischen Staaten pflegt — nicht zuletzt Möllemann selbst.

„Wir haben angeregt, zunächst ein Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den sechs Staaten des Golf-Kooperationsrates anzustreben, das die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Staatengruppen in den Bereichen der Politik, der Wirtschaft, der Technologie aber auch der Inneren Sicherheit regeln soll."

Allgemeiner ju dem auch von ihm angepriesenen europäisch-arabischen Dialog:

„Wir wollen in einem solchen Dialog mutige Ansätze wie die Ägyptens aber auch Jordaniens unterstützen, damit es zum Ausgleich zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn kommt ..."

Hier wird der Kurs deutlicher. Die sechs Staaten des Golfrates — es ist nirgendwo ein Geheimnis, daß dies heißt, die Zusammenarbeit mit der führenden Regionalmacht Saudi-Arabien auszubauen. Und hier gibt es im „Sicherheitsbereich" jeglicher Richtung ja bereits einiges vorzuweisen. Daneben die Zusammenarbeit insbesondere mit Ägypten und Jordanien hervorzuheben, macht die politische Stoßrichtung ebenfalls klar: Alles dies soll der konkreten Isolierung antiimperialistischer Kräfte in der arabischen Welt dienen.

Den Unterschied macht auch der Polizeiminister in seinen Ausführungen bezüglich konkreter Maßnahmen in der BRD deutlich:

„Ghaddafi hat dabei auch zum verstärkten Kampf gegen den Imperialismus in Europa aufgerufen."

Und, Zimmermann weiter:

„Es versteht sich von selbst, daß wir bei allen diesen Schutzmaßnahmen in engem Kontakt zu unseren amerikanischen Verbündeten stehen. Ich werde mit meinen Kollegen aus den EG-Staaten in der nächsten Woche im Rahmen einer TREVI-Sitzung über die aktuelle Situation und die erforderlichen Bekämpfungsmaßnahmen beraten."

Die außenpolitische Übereinstimmung zwischen SPD und der Bundesregierung ist dabei größer als es die Grundzüge der Stellungnahmen zunächst vermuten lassen würden.

So sagte Jochen Vogel einerseits, im Gegensatz zu Helmut Kohl, ganz klar:

„Die Militäraktion der Vereinigten Staaten verläßt diesen Boden. Sie ist mit dem Völkerrecht nicht zu vereinbaren."

Um dann aber sofort fortzusetzen:

„Sie widerspricht auch den Geboten der politischen Klugheit."

Was im Verlauf seiner Rede noch angereichert wurde um Aussagen über den „Grundsatz der Verhältnismäßigkeit" und anderes mehr.

Dafür aber eindeutig:

„Wir haben auch keinen Grund, Ihrer Einschätzung des gegenwärtigen libyschen Regimes und der Verantwortlichen dieses Regimes zu widersprechen ..."

Und kommt dann zur Schlußfolgerung:

„Wenn es noch eines Anstoßes zur stärkeren Selbstbehauptung Europas, zur Notwendigkeit einer stärkeren Einflußnahme Europas auf Entscheidungen bedurft hätte, die für diesen Kontinent lebenswichtig sind, hier, in dieser Aktion ist dieser Anstoß gegeben."

Die beiden SPD-Abgeordneten Norbert Gansel und Hans Wischnewski sind für ihre Fraktion diejenigen, die übernehmen, die Rede ihres Wortführers zu konkretisieren.

Gansel nimmt sich dabei hauptsächlich das Problem vor, daß durch die amerikanische Aktion das Ansehen der NATO gelitten haben könnte.

„Die Versuche des Herrn Geißler, die gestrigen Demonstrationen als antiamerikanisch zu diffamieren, sind genauso fehl am Platz wie die Bemühungen der GRÜNEN, sie für ihre Forderungen nach dem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO zu vereinnahmen."

Und später:

„Die NATO ist nicht nur eine Verteidigungsgemeinschaft, sondern vor allem eine Gemeinschaft zur Erhaltung der Sicherheit und des Friedens, wie es in der Präambel des Vertrages heißt ... Wir verlassen die Wertegemeinschaft nicht, wir wollen sie erhalten."

Und schließlich:

„Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist die Aufgabe von Polizei und Justiz in internationaler Zusammenarbeit."

Diese Aussage traf Gansel, nachdem er sowohl den Antrag der GRÜNEN auf Kündigung des WHNS-Abkommens als auch eine eventuelle Ausdehnung des NATO-Vertragsgebietes abgelehnt hatte.

Wischnewski dann über seine Variante von Dialog und Polizeimaßnahmen:

„Ohne eine neue, wirkungsvolle und breit angelegte Friedensinitiative, an der beide Weltmächte beteiligt sein müssen, wird es keine neue Hoffnung in der Region geben."

Und, zu zweiterem:

„In diesem Zusammenhang bitten wir die Bundesregierung die Idee einer internationalen Polizeieinheit zur Bekämpfung des Terrorismus sehr genau zu prüfen ... aber aus den Erfahrungen, die wir im Jahr 1977 — ich kann mich sehr bitter daran erinnern — gemacht haben, wissen wir, daß es in vielen Ländern überhaupt gar keine Chance gibt, eine nationale Polizeitruppe zum Einsatz zu bringen. Sehr viel günstiger wären die Voraussetzungen mit einer internationalen Truppe, wenn man sich von vorneherein darum bemüht, mit vielen Ländern entsprechende Verträge abzuschließen."

Jenseits der Differenzen um die konkrete Einschätzung der konkreten US-Aktion besteht hier also eine Einheit in der Beurteilung Libyens, des „Terrorismus", der NATO und der Notwendigkeit europäischen politischen und polizeilichen Handelns.

Von daher fiel es den GRÜNEN zu, als einzige echte oppositionelle Gesichtspunkte in der Debatte zu vertreten.

Einige Passagen aus der Rede der Abgeordneten Borgmann machen diese Seite der Haltung der GRÜNEN deutlich.

„Die militärischen Überfälle der USA auf Libyen stellen einen eindeutigen Bruch internationalen Rechts dar. (...) US-Militärangriffe im Mittelmeer sind von der NATO nicht zu trennen. (!) Wir fordern aus diesem Grund erneut, diesen Vertrag (WHNS) zu kündigen und einen Prozeß zu beginnen, der die Bundesrepublik von der NATO distanziert."

Was die Haltung der GRÜNEN in dieser Debatte fragwürdig macht, sind nicht eindeutige Aussagen oder auch die offensichtlich wenig eindeutige letzte Passage, die wohl eher aus parteiinternen Auseinandersetzungen um die Frage nach NATO-Austritt entstanden sein dürfte. Fraglich wird die Grüne Haltung dort, wo dem Parlamentarismus à la Bonn allzu deutlich Tribut gezollt wird.

„Wir lehnen Terrorismus prinzipiell ab. Das haben wir an sehr vielen Stellen immer wieder deutlich gemacht. Jede Erscheinungsform von Terrorismus ist für uns verbrecherisch. Irgendwelche politischen Begründungen ändern dabei nichts."

Zwar wird diese einigermaßen abgeschwächt:

„Dabei ist es allerdings von Bedeutung, daß Widerstandshandlungen nicht automatisch zu terroristischen Aktionen abgestempelt werden dürfen."

Aber die grundlegende Aussage bleibt dennoch fragwürdig, läßt sie sich doch eindeutig bereits auf den Sprachgebrauch der „Solidarität der Demokraten" ein.

Relativiert wird eine berechtigte Haltung erst recht durch Ausführungen wie die des Grünen-Abgeordneten Lange:

„Es geht ja nicht nur um Terrorismus, es geht auch nicht nur um die Tatsache, daß hier offenbar ein Verrückter oder zwei Verrückte agieren: Oberst Ghaddafi auf der einen und der amerikanische Präsident auf der anderen Seite."

Und weiter:

„Die europäischen Staaten, jedenfalls die westeuropäischen Staaten, vor allem die Bundesrepublik, Herr Kollege Dr. Stercken, müssen zunächst einmal in dieser Region friedenspolitisch wirksam werden."

Das ist, mitsamt den Beteuerungen, schon fast die Einreihung in die Dialogforderung der anderen Bundestagsparteien.

leben — lieben — lachen — kämpfen

Zu einigen wichtigen Beschlüssen der IGM-Bundesjugendkonferenz

von JÜRGEN TOBEGEN

Im letzten RM dokumentierten wir drei Beschlüsse der Konferenz zur weiteren Auseinandersetzung um den § 116. All diese Beschlüsse sind nur Anträge an den IG-Metall-Gewerkschaftstag im Oktober, denn den Jugendkonferenzen steht nur ein Beschlußrecht für den Jugendbereich zu. In dieser Ausgabe wollen wir uns hauptsächlich mit den Beschlüssen der Konferenz zur Jugendarbeitslosigkeit/Berufsausbildung und zum weiteren Eingreifen in die Friedensbewegung auseinandersetzen, weil dies Beschlüsse sind, die die Politik der IG-Metall-Jugend in der kommenden Zeit maßgeblich prägen dürften.

„Stopp Jugendarbeitslosigkeit — Wer nicht ausbildet, muß zahlen!"

Die IG Metall beziffert die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in diesem Jahr mit 325 000. Darin sind sowohl die registrierten Arbeitslosen, die Dunkelziffer und Jugendliche in sogenannten „Warteschleifen" erfaßt. Für den Herbst dieses Jahres ist von der DGB-Jugend eine bundesweite Kampagne zur Jugendarbeitslosigkeit geplant, mit der im Vorfeld des Wahlkampfes die Forderung nach einer Umlagenfinanzierung weiter verankert werden soll. Die IG-Metall-Jugendkonferenz legten in mehreren Anträgen die Stoßrichtung ihres Eingreifens fest.

In einem Leitantrag des Bundesjugendausschusses wird die Forderung nach genügend Ausbildungsplätzen für alle gebündelt mit der Forderung nach einer qualifizierten Ausbildung, die sich an zukünftigen Entwicklungen in der Produktion orientiert, „uns nützt und Spaß macht". Es geht also nicht nur darum, „mehr Lehrstellen" zu fordern, sondern gleichzeitig „Fehlentwicklungen" der letzten Jahre zu bekämpfen und zu korrigieren. Denn die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze ist zwar gestiegen — weit weniger als Bedarf — aber sie ist gerade in den Betrieben und Berufen gestiegen, in denen es keinerlei oder kaum Zukunftsaussichten gibt, weil die Berufe aussterben, die Ausbildung „betriebsborniert" stattfindet, die Ausbildung auf die Einführung neuer Techniken nicht ausgerichtet ist usw. Bessere Rahmenbedingungen für diese Auseinandersetzung sind durch die Vereinbarungen zur Neuordnung der Metall- und Elektroberufe geschaffen worden. Sie versuchen die Berufsausbildung besser der rasanten Entwicklung neuer Techniken anzupassen. Wie weit daraus ein Vorteil für alle wird, wird sich in den nächsten Monaten bei der konkreten betrieblichen Realisierung zeigen müssen. Das Unternehmerinteresse an der Neuordnung heißt: „Qualifizierung ja, aber nur für wenige!", dem hält die IG Metall die Forderung nach „Qualifizierung für alle" entgegen. Die Schwäche der Rahmenbedingungen für die Neuordnung der Metallberufe liegt meines Erachtens darin, daß dem Element der Mitbestimmung und Mitentscheidung über die Ausbildung, durch die Azubis selbst, durch ihre Vertretungsorgane, nur wenig Rahmen gegeben wird. Formal sind dies zwei Paar Schuhe: Neuordnung der Berufe / Tarifvertrag, Rechte der Jugend- bzw. Ausbildungsvertretungen / Betriebsverfassungsgesetz, doch inhaltlich muß an diesen beiden Eckpfeilern die Verbesserung der Berufsausbildung ansetzen.

Forderungen nach einer Quotierung für Frauen und Ausländer bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen waren zwar beantragt, wurden von der Konferenz aber nicht ausdrücklich beschlossen. Genauso allgemein blieb die Forderung nach einer völligen Neuregelung der Ausbildungsfinanzierung. Die IG-Metall-Jugend geht davon aus, daß ausreichend Ausbildungsplätze und eine qualifizierte Ausbildung für alle nur dann erreicht werden können, wenn die alleinige Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Berufsausbildung durch staatliche Eingriffe eingeschränkt wird. Konkret will die IG-Metall-Jugend die betriebliche Finanzierung durch eine staatliche Umlagenfinanzierung ersetzen, bei der alle Unternehmen zur Ausbildungssteuer veranlagt werden und der Staat aus diesem Fond dann unter Auflage von Bedingungen die Ausbildung finanziert. Ein „Abfallprodukt" dieser Gesamtkonzeption ist die derzeitige Forderung nach einer Umlagenfinanzierung, die nur gegenüber Betrieben greift, die überhaupt nicht ausbilden. Dies sind z.B. in Niedersachsen immerhin 70 Prozent aller Industriebetriebe und 50 Prozent aller Handwerksbetriebe.

Ein weiterer Schwerpunkt des Aktionsherbstes wird der Kampf für die Übernahme in den erlernten Beruf sein, denn aus dem Ausbildungsplatzproblem wird zunehmend ein Übernahmeproblem werden. Ein Antrag aus Esslingen, der die Betriebsräte auffordert, keiner befristeten Übernahme und keiner Übernahme in Teilzeitbeschäftigung zuzustimmen, wurde dahingehend abgeschwächt, daß die „Betriebsräte dies mit allen Mitteln verhindern sollen". Für den Fall der Übernahme **nicht** im erlernten Beruf verlangte die Konferenz, daß die Betroffenen alle drei Monate eine 2-Wochen-Qualifizierung in der Lehrwerkstatt bzw. einem außerbetrieblichen Ausbildungszentrum unter Fortzahlung ihres Lohnes/Gehaltes zur Sicherung ihrer Qualifikation erhalten.

An Aktionsformen für den Herbst hat die Konferenz unter anderem vorgeschlagen: Kundgebungen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Besuche von Büros der Parteien, Besetzungen von Lehrwerkstätten, leerstehenden Fabrikhallen, „Klagemauer" (auf der alle Unternehmen, die nicht übernehmen, angeklagt werden).

Der Erfolg des Aktionsherbstes wird im wesentlichen davon abhängen, wie weit es der DGB-Jugend gelingt, durch betriebliche und außerbetriebliche Mobilisierungen so etwas wie Ansätze für eine Lehrstellen- bzw. Übernahmebewegung hinzukriegen. Im Kampf für die Übernahme gab es in den letzten Jahren vermehrt positive betriebliche Ansätze, während die Aktivitäten für die Umlagenfinanzierung sehr stark parlamentarisch ausgerichtet sind.

Jugendvertreter gegen Weltraumwaffen

In der friedenspolitischen Debatte legte die Konferenz eindeutig ihren Schwerpunkt auf den Kampf gegen SDI und Eureka als den wichtigsten Punkt zur weiteren Massenmobilisierung. Hierzu soll es einen eigenen Unterschriftentext der IG-Metall-Jugend geben. Positionen gegen die Orientierung der Friedensbewegung auf die Verhandlungen der beiden Großmächte, für einseitige Abrüstung, konnten sich nicht durchsetzen. „Wir wollen keinen Rüstungswettlauf, sondern einen Abrüstungswettlauf. Dieser Prozeß kann auch durch einseitige graduelle und zeitlich befristete Abrüstungsschritte ohne die Gefährdung unserer Sicherheit eingeleitet werden, die dann fortgesetzt werden, wenn sie von der anderen Seite entsprechen nachvollzogen werden", so der Antrag des Bundesjugendausschusses.

Ein erster praktischer Schritt nach der Konferenz ist eine Jugendvertreterkonferenz zum Thema Weltraumwafen in Nordbayern gewesen. Hier wurde eine bundesweite Jugendvertreter-Initiative gegen SDI und Eureka gefordert, die Jugendvertreter aus den Betrieben umfassen soll, die an der Entwicklung von SDI und Eureka beteiligt sind. Bislang konnte die Initiative, die nur auf den Raum Nordbayern/Franken beschränkt ist, 500 Unterschriften aus den Betrieben sammeln.

Die IG Metall von morgen

Während Hans Mayr in seinem Grußwort der IG-Metall-Jugend den Platz des „Gewissens der Organisation" zuwies, mit dem Recht, „Positionen einzubringen", aber der Pflicht, „Verantwortung für das Ganze zu übernehmen", formulierte die Konferenz ihr Selbstverständnis anders: „Wir sind die IG Metall von morgen". Eine IG Metall, die kämpferischer sein möchte als die IG Metall der Gegenwart.

Dennoch scheint es angesichts der gefaßten Beschlüsse verfrüht, von einem Linksruck auf dieser Konferenz zu sprechen. Weitergehende Forderungen, etwa nach der Vergesellschaftung der Stahl- und Automobilindustrie wurden nur als Material behandelt. Ein Aufruf zum Widerstand gegen die Sicherheitsgesetze und zum Boykott der Volkszählung mußte gegen die Empfehlung der Antragskommission — „Nichtbefassung, da kein Initiativbegehren erkennbar" — durchgesetzt werden.

Die IG-Metall-Jugend hat an Selbstbewußtsein dazugewonnen. Zwar gibt es auch im Metallbereich in rund 20 Prozent der Verwaltungsstellen keine funktionierende Jugendarbeit, doch der Mitgliederschwund ist gestoppt. Die IG-Metall-Jugend zählt 450000 Mitglieder. Sie hat sich durch die Aktivitäten für Nicaragua, durch die „ran-Kampagne", durch den Kampf für die 35-Stunden-Woche und gegen den § 116, durch ihr Eingreifen in die Friedensbewegung wieder eine solidere Basis schaffen können. Und in all diesen Aktivitäten hat sich gezeigt, daß die IG Metall sich durchaus auf die Jugend verlassen kann, umgekehrt die Jugend aber oft nicht auf die IG Metall. So wurden die Jugendlichen in den Tarifvertrag über die Arbeitszeitverkürzung nicht einbezogen. Nur 50 Prozent kamen über Betriebsvereinbarungen in den Genuß der 38,5-Stunden-Woche. So wurde der Gesetzentwurf für eine Ausbildungsvertretung nicht nur im Bundestag abgelehnt, auch viele Betriebsräte stellten sich quer, bei einer betrieblichen Regelung. So ist die Forderung nach Erhöhung der Ausbildungsvergütungen entsprechend der Erhöhung der unteren Lohngruppen in der IG Metall immer noch nicht durchgesetzt ...

Initiative

Keine Einschränkung des Streikrechts!
Für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung!

22.4.86

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Wir möchten Dich einladen zu einem Treffen der Initiative am 24.5.86 in Köln. (Tagungsort usw. s. Anmeldeabschnitt unten.) Positionspapiere werden allen, die sich anmelden, rechtzeitig zugeschickt. Wer zu den von uns vorgeschlagenen Themen eigene Positionspapiere hat bzw. an die Teilnehmer geben will, sollte sie in mindestens einem Exemplar an eine der untenstehenden Kontaktadressen senden. Wir bemühen uns, sie noch vorher an die, die sich zu dem Treffen angemeldet haben, rumzuschicken.

Als Tagesordnung schlagen wir vor:
1. Diskussion über und Auswertung der DGB-Kampagne gegen die Einschränkung des Streikrechts/Änderung § 116
2. Nachbereitung der inhaltlichen und aktionsorientierten Einflußnahme der fortschrittlichen Gewerkschafter/innen.
3. Diskussion über die Lage nach der Verabschiedung des neuen § 116 AFG:
- Welche Ziele und Inhalte stellt die offizielle DGB-Politik in den Vordergrund, welche Aktionsorientierung besteht nach der Unterschriftenkampagne?
- Wie hoch ist das Mobilisierungspotential nach der Unterschriftenkampagne einzuschätzen?
- Wie sind die Möglichkeiten der fortschrittlichen Gewerkschafter/innen einzuschätzen?
- Welche Folgen kann/wird die vollzogene Änderung des § 116 für die Tarifpolitik der einzelnen DGB-Gewerkschaften haben?
- Welche inhaltlichen Akzente sollten die Linken setzen?
- Mögliche Aktionsformen

Wir wollen die Debatte im Plenum und in Arbeitsgruppen führen.

In den letzten Wochen hast Du Dich wahrscheinlich genauso wie wir an der Auseindersetzung um die Änderung des § 116 beteiligt. In dieser Zeit, d.h. bis zur Verabschiedung, hatten fortschrittliche Gewerkschafter/innen in einem breiten Bündnis eine Initiative „Keine Einschränkung des Streikrechts! Für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung!" initiiert. Damit sollte dem Widerstand mit weitgehenderen Inhalten und Forderungen Impulse gegeben werden, die über die Verteidigung des alten § 116 AFG hinaus gehen. Bis zur Verabschiedung wurden innerhalb und außerhalb von Betrieben über 10000 Unterschriften gesammelt. Da es uns nicht sinnvoll erschien, neben der Abstimmungskampagne des DGB die Aktion fortzuführen, hatten wir einen Tag vor der Debatte im deutschen Bundestag die Unterschriften an die Fraktionen überreicht und die Aktion in einer Pressekonfrenz dargestellt. (s. Rückseite) Durch die Unterschriftenkampagne wurden Kontakte geknüpft, die wir gerne aufrechterhalten wollen. Da die Auseinandersetzung um die Änderung des § 116 AFG, seine Folgen und der weitere Kampf dagegen andauert, sehen wir es als nützlich an, an diesem konkreten Punkt die Zusammenarbeit zu intensivieren. Wir möchten Euch deshalb zu diesem Treffen einladen. Dabei genügt es sicherlich nicht, nur über die Erfahrungen in der Auseinandersetzung zu reden. Wir werden uns in diesem Rahmen auch über die Einwirkungsmöglichkeiten fortschrittlicher Kräfte auf den innergewerkschaftlichen Diskussionprozeß mehr Klarheit verschaffen müssen. Dabei soll möglichst anhand konkreter Vorschläge diskutiert werden.

Die Anmeldungen und Positonspapiere sollten möglichst schnell an eine der folgenden Kontaktadressen geschickt werden:

		Siggi Friess/
Jakob Moneta	Ute Melzig	Micha Schlickwei
Postfach 111326	Brunnenstr. 11	Bundeshaus-HT
6000 Frankfurt/Main	8501 Schwarzenbruck	5300 Bonn 1

Die Wirkungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes

Vor einem Jahr, am 1. Mai 1985, trat das Beschäftigungsförderungsgesetz in Kraft. Rechtzeitig zum Jubiläum legt die Gewerkschaft Textil und Bekleidung die Ergebnisse einer Erhebung vor, die Aufklärung über die Wrkungen dieses Gesetze bringt. Die Erhebung beruht auf den Angaben von Betriebsräten in knapp 2500 Textilbetrieben. Die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung:

- Im ersten Jahr des neuen Gesetzes wurden in der Textilindustrie ca. 10000 befristete Arbeitsverträge abgeschlossen.
- Diese befristeten Arbeitsverträge sind in der Regel für Arbeitsplätze abgeschlossen worden, die nach Beurteilung der Betriebsräte „ohnehin wiederbesetzt worden wären". Lediglich 917 der befristet besetzten Arbeitsplätze wurden von den Betrieben als „zusätzliche" eingestuft.
- Vor allem Frauen sind von der Ausdehnung der befristeten Arbeitsverhältnisse betroffen. 67,4 Prozent der befristeten Einstellungen betrafen Frauen. Um die Mutterschutzregelungen zu umgehen, sie für Frauen vorrangig die Befristung auf sechs Monate gewählt worden.

Der GTB-Vorsitzende Keller bewertete die Erhebung als eindrucksvollen Beweis dafür, daß das neue Gesetz die Position der Arbeitnehmer im Betrieb schwäche, ohne — wie von der Bundesregierung behauptet — zusätzliche Arbeitsplätze zu bringen.

Das Ministerium Blüm hat dagegen in einer Stellungnahme zum einjährigen Bestehen des Gesetzes erneut behauptet, befristete Arbeitsplätze hätten sich als Einstieg in unbefristete Arbeitsverhältnisse erwiesen. Auch für diese Behauptung scheint es einen statistischen Beleg zu geben; denn tatsächlich wird ein gewisser Teil der zunächst befristet Eingestellten nach Ablauf des befristeten Arbeitsvertrages übernommen.

Vergegenwärtig man sich aber das Ergebnis der Textil-Untersuchung, daß noch nicht einmal 10 Prozent der befristeten Arbeitsverträge sich auf neu geschaffene Arbeitsplätze beziehen, erscheint auch dieser gewisse Anteil von Übernahmen aus befristeten Arbeitsverhältnissen in unbefristete in ein völlig anderen Licht. Die Gewerkschaft Textil kommentiert zutreffend: Die Hintertür werde das neue Gesetz dazu genutzt, die tarifvertraglich festgelegte Höchstdauer (28 Tage) für Probezeiten auszuweiten, weil die Arbeitgeber den Neueingestellten bei guter Leistung die Weiterbeschäftigung in Aussicht stellten. Die Gewerkschaft weist darauf hin, daß damit nicht nur auf die Neuangestellten ein enormer Leistungsdruck ausgeübt werde, sondern auch eine starke Konkurrenz zur „Stammbelegschaft" erzeugt werde, die sich ihrerseits aus Sorge um den Arbeitsplatz zu höherer Arbeitsleistung treiben lasse.



Was ist konservativ?

Von der neuen sozialen Frage zur neuen Armut

von HELMUT WEISS

Definitionen darüber, was konservativ sei, gibt es fast so viele wie Autoren, die sich mit dem Thema befassen. 1968 verabschiedete die CSU ein neues Parteiprogramm in dem sich erstmals eine große Partei der BRD als konservativ bezeichnete. Dort, wie auch in allen ernsthaften Abhandlungen des Themas wird darauf verzichtet, solche Unterscheidungen wie „wertkonservativ" oder „neokonservativ" usw., usf. zu machen. Die traditionellen konservativen Parteien entstanden in der Regel als Vertreter großagrarischer Interessen in Zeiten bürgerlicher Umwälzungen. Dies war in der deutschen Geschichte zu einem wichtigen Teil noch in der Weimarer Republik so. Heute hat sich dies längst geändert, sind die Konservativen überall die extremsten Verfechter des Kapitalismus, der Verteidigung der bestehenden sozialökonomischen Ordnung einschließlich der darauf aufbauenden Privilegien, Ideologien usw. In diesen Parteien sind aber nicht nur wesentliche Vertreter des Monopolkapitals und ihre Beauftragten organisiert, sondern auch ausgesprochen überdurchschnittlich viele Selbständige und alle die vom Großagrariertum übriggeblieben sind oder Agrarkapitalisten wurden.

Da schien es vor rund 10 Jahren sehr seltsam, als die CDU eine neue Programmdebatte organisierte (die 78 mit dem neuen Parteiprogramm abgeschlossen wurde) als Heiner Geißler mit seinem Beitrag zur „neuen sozialen Frage" erschien. Zuvor hatte bereits Kurt Biedenkopf seine Kampagne gegen den „Filz" an der Ruhr organisiert.

Es war nicht das Wesen der Sache, daß sich die Konservativen nun plötzlich, entgegen ihrer Tradition, sozialer Fragen angenommen hätten. Das Wesen der Sache in beiden Fällen, und das sollte sich in der Politik durchsetzen, war, daß beide auf diesem Weg versuchten, die Bedeutung der Gewerkschaften herabzusetzen. Der eine, indem er die Lage der Industriearbeiterschaft sozusagen als problemlos darstellte, als gelöst, man müsse sich nun eben anderen Kreisen zuwenden und diese könnten nicht gewerkschaftlich organisiert sein; der andere, indem er die politische Bürokratisierung der Gewerkschaften anprangerte, die dazu führe, daß sie nicht mehr die Interessen der Arbeiterschaft ernsthaft vertreten könne.

Bereits damals lieferten beide keinerlei Vorschläge dafür, wie denn die Lage der Menschen, über die sie schrieben, ernsthaft verbessert werden sollte (außer verschiedenen Wahlversprechungen), sondern appellierten an „Tugenden" wie Solidarität, und arbeiteten im übrigen bereits damals die sozialpolitische These der Subsidiarität (Anschauung, die dem Staat nur die helfende Ergänzung der Selbstverwantwortung kleiner Gemeinschaften, besonders der Familie zugestehen will) des staatlichen Handelns weiter aus. (Weiter ausarbeiten soll hier heißen, setzten sie ausdrücklich in Gegensatz zur sozialdemokratischen These vom Sozialstaat, die ja ihrerseits die Subsidiarität stets mit einschloß wie die Förderung der Arbeit vor allem kirchlicher Wohlfahrtsverbände deutlich macht).

Worauf abgezielt wurde, machte bereits in jenen Jahren der später so profilierte Vertreter des Siemens-Konzerns, Heimo George, auf einer CDU-Konferenz deutlich, als er forderte: „Zuerst muß jede politische Maßnahme reversibel sein". Reversibel heißt umkehrbar, und gerade darum ging es.

Die Entwicklung, daß die Hochburgen der Konservativen heute vor allem dort liegen, wo die Rüstungsindustrie, die Zukunftsindustrien und der Großgrundbesitz zu Hause sind, ist in jeglicher Beziehung nicht zufällig.

Die Politik der kapitalistischen Modernisierung hat als Voraussetzung die möglichst schwache gewerkschaftliche Organisierung, die nicht zuletzt auf einer Verbreiterung mittlerer Angestelltenschichten beruht.

Alle diese Bedingungen und Entwicklungen gehören zu den heutigen Grundlagen konservativer Politik, was auch deutliche Unterschiede zum Konservatismus in den 60er Jahren bedeutet — eine stetige historische Erscheinung, diese Wandlungen des Konservatismus.

Reversibel mußten dabei vor allem tarifliche, sozialpolitische und rechtliche Beschränkungen der Unternehmerfreiheit sein — und dies zu erfüllen sind die Konservativen angetreten. Schlagworte, die früher in diesen Kreisen verpönt waren, wie etwa „gesellschaftlicher Wandel", werden heute mit größter Selbstverständlichkeit aber auch mit eindeutigem Inhalt vertreten.

Der Weg von der „neuen sozialen Frage" zur „neuen Armut" ist also weder sehr weit noch besonders unverständlich — eher naheliegend. Keine „Organisation", mehr „Möglichkeiten für den Einzelnen" — das sind die philosophischen Marksteine, mit denen der Weg zum Sozialabbau und zur Friedmannschen Wirtschaftspolitik gepflastert sind. Beseitigung von Hemmnissen für die Investitionen, verstärkte Möglichkeiten zur Eigenkapitalbildung, Staatsaufträge fast nur noch im Rüstungssektor — das sind Eckpfeiler der entsprechenden Wirtschaftspolitik, die durch staatliche Umverteilungsmaßnahmen abgerundet wird.



Eine Partei häutet sich

Die Entwicklung der CDU

Daß die CDU/CSU heute nicht mehr dieselbe Partei ist wie in den 60er Jahren, erscheint eindeutig: Die Entwicklung der Mitgliederzahlen und des Parteiapparates ist nur auffälligster Teil dieser Veränderung.

von HELMUT WEISS

In den großen Auseinandersetzungen jener Zeit war es stets die CDU/CSU, die sich nicht nur gegen gesellschaftliche Reformen, sondern auch gegen fast jegliche Neuerung wandte. Außenpolitisch mit der Hallstein-Doktrin, innenpolitisch (beispielsweise) mit dem Widerstand gegen jede Art Bildungsreform — in solchen Fragen gerieten die Konservativen zunehmend in Widerspruch zu Interessen wachsender Teile des Kapitals. Die Frage staatlicher Eingriffe in die wirtschaftliche Entwicklung, popularisiert in Schillers These von der Globalsteuerung — der Erhard und Co. ablehnend gegenüberstanden, rundete diese Lage in einer entscheidenden Frage ab.

Auch von der Basis der Partei her war sie eindeutig geprägt. Die große Rolle, die faschistische Kräfte damals in der CDU/CSU spielten, war sicherlich einer der Gründe für die teilweise Erstarrung, in die die Politik dieser Partei geraten war.

Dies alles zusammengenommen waren größtenteils die Gründe für die nachlassende Attraktivität der CDU/CSU, den Koalitionswechsel der FDP (der sich ja bereits in NRW angebahnt hatte) und für die Wahlerfolge der SPD sowohl 69 als auch, erst recht nach all den Auseinandersetzungen, 1972. Dies war aber nur die Haupttendenz, während sich zur selben Zeit die südlichen Bundesländer zunehmend zu Bastionen der CDU/CSU entwickelten.

Ohne Zweifel: Große Teile des Kapitals konnten sich nicht für eine SPD-geführte Regierung begeistern, wie es der Wahlkampf 72 überdeutlich machte. Aber verschiedene Gründe, keineswegs nur die Wahlerfolge, zwangen dazu, sich damit zu arrangieren. Damals wie heute war es keineswegs so, daß alle Bonner Parteien umstandslos gleichzusetzen waren oder nur modellhaft taktische Varianten einer Zentrale dargestellt hätten — ein Fehler in der politischen Haltung der keineswegs etwa nur von marxistisch-leninistisch orientierten Organisationen begangen wurde, sondern auch in weiten Teilen der gesamten Linken verbreitet war. Verschiedenste Tatsachen, die erst im Zusammenhang mit der sogenannten Spendenaffäre öffentlich bekannt wurden, machen deutlich, welche politische Vorliebe das Kapital in der BRD hat. Die politische Organisierung der Bourgeoisie in der CDU/CSU und um sie herum ist ebenfalls eindeutig. Trotzdem: Das Arrangement mit einer SPD/FDP-Regierung war nicht nur möglich sondern auch nötig. Sowohl wegen der FDP als auch wegen der Bereitschaft der SPD, sich nicht nur im Sinne des Kapitals als Regierungspartei zu betätigen, sondern auch sich gegen jegliche linkere Bestrebungen, außerhalb wie auch innerhalb der eigenen Reihen deutlich abzugrenzen und gegen sie vorzugehen.

In all dieser Zeit aber blieb es ein zentrales Anliegen des Kapitals, die CDU/CSU als Partei zu reformieren, sie für neue Anforderungen zu rüsten. Nach der Wahlniederlage von 72 wurde nicht nur der alte Parteivorsitzende weggekauft, sondern faktisch eine komplette neue Parteiführung organisiert.

Der Beginn einer „neuen" Politik läßt sich vor allen Dingen an drei Dingen festmachen. Das erste war die vom Henkel-Manager Biedenkopf gesteuerte Kampagne gegen die „Verfilzung" in NRW, deren zentraler Bestandteil, wenn auch meist im Hintergrund die Losung „Gegen den Gewerkschaftsstaat" war. Dazu gehörte Heiner Geißlers These von der „neuen sozialen Frage", die ja keineswegs nur als Wahlkampfbonbon für ärmere Schichten gedacht war, sondern auch zum Inhalt hatte, die Gewerkschaften seien nicht willens (bzw. aufgrund bürokratischer Erstarrung nicht fähig) sich den aktuellen Fragen zu stellen.

Erster Höhepunkt einer solchen Politik war die Wahllosung Kohls 1976 mit dem Slogan „Freiheit statt Sozialismus" — ein Schlagwort, das keineswegs gegen den „realen Sozialismus" gerichtet war, wie es verschiedene Theoretiker aus den Kreisen der DKP gerne dargestellt hätten, denn dieser besaß auch damals keinen Massenanhang, sondern gegen die mehr als bescheidenen sozialdemokratischen Reformen (sofern von ihnen noch was geblieben war) und wieder der Rolle, die die Gewerkschaften spielten, damals auch anhand der Auseinandersetzung um die Mitbestimmung. Diese Politik war gerichtet gegen Bildungsreformen (auch gegen die kastrierten Gesamtschulpläne) gegen Mitbestimmung und gegen den sogenannten Sozialstaat, also gegen Kernpunkte sozialdemokratischer Politik. Dabei wurde, teilweise sehr geschickt, an negative Erfahrungen breiterer Teile der Bevölkerung angesetzt und darauf entsprechend reaktionäre Antworten zu geben. Der „Filz" an der Ruhr (und anderswo), die bürokratische Gängelung im Sozialbereich, die sozialpartnerschaftliche Praktizierung der Mitbestimmung — alles das war real und stellte entsprechend konkreten Anknüpfungspunkte dar.

...und ein Tor schießen würde...

Erinnert sei daran, daß dies zu einer Zeit geschah, da das erste Mal in der Geschichte der BRD Millionenerwerbslosigkeit herrschte, da die, zum Zeitpunkt der beginnenden Krise noch vollen Kassen der Sozialversicherungen teilweise schon leer waren, die ersten Maßnahmen einer Wendepolitik von seiten der dafür installierten Schmidt-Regierung bereits getroffen waren oder in Vorbereitung waren, wie etwa das Rentenanpassungsgesetz.

Es war die Politik einer Partei, die einerseits mit dem Anspruch auftrat, modern, technokratisch und gestaltend zu sein, die andererseits „Fehlentwicklungen" der „sozialistischen Politik" korrigieren wollte und die neue Formen der Mobilisierung in erster Linie gegen die organisierte Arbeiterbewegung gefunden hatte.

Was früher als „zersetzend" oder „abenteuerlich" bekämpft wurde, wurde es nun wieder, unter anderen Schlagworten. Diese lauteten jetzt „Hemmnis" oder „beengend" oder „rückständig". Es gibt zu wenig Führungskräfte? Zu wenig Nobelpreise? Also eine Gegenreform im Bildungsweeen, neue Eliten müssen her. Ein neues Programm zur Förderung der Forschung, das vielleicht modernste der Welt mit zahlreichen Folgerungen für alle gesellschaftlichen Bereiche, die teilweise bereits eingetreten sind und oft genug noch nicht überall zur Kenntnis genommen wurden. Die politische Untermauerung solcherart Politik ist vor allem in den Büchern und Aufsätzen von CDU-Vertretern wie Biedenkopf und Späth zu finden, aber auch die „neue Frauenpolitik" von Geißler/Süßmuth ist davon Ausdruck. Die gesamte Partei präsentiert sich heute als Partei der kapitalistischen Modernität, die die — im wesentlichen aber nicht nur — gewerkschaftlichen Hemmschuhe für die Zukunft beiseite räumt. Es ist der Prozeß der Häutung einer Partei, die alte gesellschaftspolitische Ziele mit neuen Methoden unter neuen Bedingungen zu erreichen sucht. Es ist eine Politik, die sich nicht zuletzt auf die wachsende Schicht städtischer mittlerer Angestellter stützt (mit dem US-amerikanischen Ausdruck „yuppies" als eigene Schicht bezeichnet) und so eine Massenmobilisierung gegen die organisierte Arbeiterbewegung versucht.

„Union Busting" — nur anderswo?

DIE Schärfe der Konfrontation zwischen den konservativen Regierungen in England und den USA ist ohne Zweifel deutlicher als hierzulande. Dies führt auf der Linken bei verschiedenen Kräften dazu, einen Konfrontationskurs der Bonner Regierung weitgehend überhaupt abzuleugnen und die daraus entstehenden Auseinandersetzungen als vorwiegend sozialdemokratische Wahltaktiken darzustellen.

Eine solche Bewertung setzt sich über eine ganze Reihe von Fakten hinweg, die für die tatsächliche Entwicklung aber wesentlich sind.

1. Die Ausgangslage in den verschiedenen Ländern ist unterschiedlich. Eine solche Stellung, wie sie der DGB in der BRD einnahm, hatte der TUC in Großbritannien niemals, auch nicht zu Zeiten der Labour-Regierungen. Die verschiedenen Versuche der TUC-Führung, Modellen der zentralen Aktionsgemeinschaft (vergleichbar etwa mit der konzertierten Aktion) zuzustimmen, wurden durch den Widerstand breiter Teile der Gewerkschaftsbasis immer wieder durchkreuzt. Eine Offensive gegen die Gewerkschaften ging von daher für die Londoner Regierung von zwei unterschiedlichen Ausgangspunkten aus: Erstens waren die Gewerkschaften ausdrücklich maßgeblicher Teil der Linkskräfte, zweitens mußten keine ausdrücklichen Aufkündigungen vorgenommen werden.

2. Die ersten Auseinandersetzungen in den verschiedenen Ländern liefen unterschiedlich. Reagan begann sein „Werk" mit der Zerschlagung der Fluglotsengewerkschaft zu einer Zeit, da in der US-Industrie rund 50 Prozent aller Tarifabschlüsse Lohnsenkungen oder Einfrierung bedeuteten, und dies nicht etwa nur „real" sondern ausdrücklich. Thatcher begann ihren Kampf mit Siegen über kleinere Gewerkschaften (etwa Aslev) und schuf so eine Basis dafür, immer offensiver zu werden. Die erste große Konfrontation in der BRD, unabhängig davon, wie man ihren konkreten betrieblichen Ausgang genau bewerten mag, bedeutete jedenfalls keinen Sieg der Regierung — sie hatte sich gegen die 35-Stunden-Woche erstmals seit langem massiv exponiert und stieß auf eine für viele überraschend geschlossene Gewerkschaft. Die Streikurabstimmung der IG Metall war, das wurde nüchternen Betrachtern schnell deutlich, eine eindeutige politische Niederlage der Regierung, der ihr Plan zu spalten nicht gelungen war.



3. Die Ausgangssituation der konservativen Parteien selbst ist sehr unterschiedlich. Während in den USA die politische Differenzierung zwischen konservativ und sozialdemokratisch-reformistisch keineswegs eindeutig ausgebildet ist, was auch bereits Regierungen der Demokratischen Partei wesentlich mehr reaktionären Spielraum verschaffte, ist es in Großbritannien.so, daß die konser-

Fortsetzung auf Seite III

Fortsetzung von Seite II

vative Partei keineswegs eine erklärte Volkspartei ist. Mit einem Mitgliederanteil von unter 1 Prozent Arbeitern (CDU rund 11, CSU rund 16 Prozent) ist sie (und durch eine ganze Reihe weiterer konkreter Unterschiede) eine eindeutige Partei des Bürgertums. Aber auch politisch gibt es Unterschiede. Sowohl Reagan als Thatcher erkämpften sich die Führung ihrer Parteien in massiven Auseinandersetzungen und sie vertraten jeweils den dezidiert rechten Flügel. Frau Thatcher vertritt keineswegs etwa eine Linie „zurück zu Macmillan“ oder ähnliches: Ihre Absage galt sowohl der Labour-Party als auch der Tradition früherer konservativer Regierungen, etwa der Edward Heaths. Demgegenüber ist die innere Konstellation der CDU wesentlich mehr durch Bündnisse verschiedener Kreise charakterisiert und von daher auch anfälliger, wie alle bisherigen Auseinandersetzungen gezeigt haben.

Diese drei kurz angerissenen Punkte machen ohne Zweifel Unterschiede der politischen Entwicklung, des Grades, der Schärfe der jeweiligen Konfrontation aus.

Nichtsdestotrotz: Das Regierungsprogramm der Bonner Koalition ist von den „Wendeorganisatoren“ des BDI und Co. fabriziert worden und dementsprechen sieht es aus. Offene Parteinahme bei der Auseinandersetzung um die „35“, direkte Verweigerung auch nur geringer Mitbestimmungsmöglichkeiten in dem ganzen Problemkreis des Schlagwortes „Neue Technik“,



das sind erst mal Fakten, die dastehen. Der Kampf um § 116 AfG — der von verschiedenen Seiten wieder mal ausdrücklich als im wesentlichen Manöver beurteilt wird — reiht sich darin ebenso ein wie die, aufgrund leidvoller Erfahrungen wohl zurückzustellenden Pläne bezüglich des BVG. Von anderen Maßnahmen wie Änderungen der Arbeitszeitordnung oder der serienweisen Bescheidung von Schutzrechten ganz zu schweigen. Der Verlauf ist ein anderer, die Vorgehensweisen sind andere, die Schärfe ist teilweise geringer — das Wesen der Sache aber ist ähnlich, resultiert diese Politik doch aus den Erfordernissen kapitalistischer Interessen in der heutigen Zeit. „Union busting“ — die Zerschlagung der Gewerkschaften (womit nirgends die faschistische Methode gemeint ist) das ist ein zentraler Programmpunkt aller konservativen Regierungen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern.

Die konservative „neue Sicht der Dinge“

Zu den Auffassungen von Späth und Biedenkopf

von HORST DIETER KOCH

Eine Prognose für die Bundestagswahl 1987 soll an dieser Stelle nicht gegeben werden. Die grundsätzliche Debatte im konservativen Lager, wie sie vor allem durch die Bücher von Lothar Späth (Wende in die Zukunft — Die Bundesrepublik auf dem Weg in die Informationsgesellschaft) und Kurt H. Biedenkopf (Die neue Sicht der Dinge — Plädoyer für eine freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung) ausgelöst wurde, ist jedoch nur unter der unerklärten Voraussetzung zu verstehen, daß es auch in führenden Unionskreisen große Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung Kohl gibt.

Die Unzufriedenheit, die etwa Späth und Biedenkopf mit der aktuellen Bonner Regierungspolitik formulieren, begründet sich im wesentlichen nicht in den von der konservativ-liberalen Regierung durchgeführten praktischen Maßnahmen. Im Gegenteil: der ungeheure Sozialabbau, der Abbau von Schutzrechten der Arbeitnehmer, die Ausweitung von Teilzeitarbeit, befristeten und ungeschützten Arbeitsverhältnissen, die auf die Schwächung der Gewerkschaften abzielende Politik die steuerliche Begünstigung der Unternehmen, die Steigerung der staatlichen Mittel für die technologische Forschung, die Verkabelung der Republik, die Teilnahme an SDI — alles das geht auch nach Ansicht von Späth und Biedenkopf in die „richtige Richtung“, ebenso wie sie sich mit Kohl und Kabinett einig sind in der Ablehnung staatlicher beschäftigungspolitischer Initiativen zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Das alles geht auch nach der „neuen Sicht der Dinge“ durchaus in die richtige Richtung — aber es ist noch nicht die Wende. Es reicht nicht, um die ökonomischen und politischen Probleme des westdeutschen Kapitalismus zu lösen. Aber diese ersten Schritte haben die Anziehungskraft der konservativen Parolen, die den Triumph bei der letzten Bundestagswahl ermöglichte, weitgehend erschöpft. Die Wahlniederlagen bei Kommunal- und Landtagswahlen machen die Schwierigkeiten bei der Anhangbildung des Konservatismus mehr als deutlich. Im Gegensatz zu Kohl sehen Späth und Biedenkopf das nicht vorrangig als ein Problem der Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der aus Koalitionskreisen vielstimmig vorgetragenen Behauptung, die „Erfolge“ der Regierungspolitik würden schlecht verkauft. Ihren Überlegungen liegt das unausgesprochene Eingeständnis zugrunde, daß der Konservatismus in für die Mehrheitsbildung in der Gesellschaft wesentlichen Frage im Begriff ist, in die Defensive zu geraten. Stichworte: Arbeitszeitverkürzung, Arbeitslosigkeit, Umweltschutz u. a.

Vielleicht noch deutlicher als Wahlen und Meinungsumfragen wird das daran sichtbar, daß die Gewerkschaften, deren Isolierung zentrale Punkt jeder kapitalistischen Krisenlösungsstrategie sein muß, seit der Bonner Wende zu Massenmobilisierungen fähig waren, die zu den größten in der Geschichte der Bundesrepublik gehören.

Wo ist die Mehrheit, die sich gegen die organisierte Arbeiterbewegung ins Feld führen läßt? Welche Interessen lassen sich gegen die klassische Arbeiterbewegung mobilisieren? Welche Werte, gesellschaftlichen Leitbilder, Ideologien also lassen sich gegen die von der Arbeiterbewegung repräsentierten Werte wie Solidarität, soziale Gerechtigkeit u.a. aktivieren?

„Eine Welle neuer Selbständigkeit?“

„Eine Welle neuer Selbständigkeit“ — so lautet eine Kapitelüberschrift in dem Buch von Lothar Späth. Historisch machten die Selbständigen den Kern der sozialen Massenbasis des Konservatismus aus. Heute ist die Mehrheit der abhängig Beschäftigten in der Gesellschaft natürlich erdrückend. Gestützt auf die Selbständigen lassen sich hierzulande keine parlamentarischen Wahlen gewinnen. Mancher ärgerlicher Ausfall aus Unionskreisen in Richtung „Zahnärzte-Partei“ FDP hat mit diesem Problem zu tun, daß die Formulierung von Selbständigeninteressen als Politik nicht mehrheitsfähig ist. Insofern erscheint es zunächst verwunderlich, daß Späth auf der Suche nach der neuen konservativen Mehrheit beim darin folgt. Nur geht es Späth nicht einfach um den alten Begriff von Selbständigkeit. Hinter der prognostizierten „Welle neuer Selbständigkeit“ verbirgt sich die Behauptung, daß nicht nur die Klassenteilung der Gesellschaft überwunden sei, sondern auch die entfremdende Lohnarbeit, wie sie die Industrialisierung hervorgebracht hat. Nun ist es nicht neu, daß der Konservatismus die Existenz von Klassen, Klassenkampf, Ausbeutung, Entfremdung usw. bestreiten. Die entfremdete Arbeit, von früheren konservativen Ideologen eher als sinngebendes und gottgefälliges Schaffen idealisiert, wird von ihnen bei aller gebotenen Vorsicht durchaus kritisiert. Sie wird gleichzeitig der alten Industrie zugeordnet, die angeblich im Sterben begriffen ist. Die neuen Technologien, gewachsener Wohlstand, veränderte Wertvorstellung haben laut Biedenkopf und Späth seit geraumer Zeit die Überwindung dieser Art von abhängiger entfremdeter Arbeit eingeleitet und dieser qualitative gesellschaftliche Fortschritt wird in nächster Zukunft völlig zum Durchbruch kommen. Aus diesem Versprechen soll das von Späth und Biedenkopf entwickelte konservative Gesellschaftsbild seine eigentliche Anziehungskraft entwickeln. Es ist kein Zufall, daß etwa Späth nicht einfach alte konservative Ideologen als Kronzeugen bemüht, sondern beispielsweise André Gorz, (Abschied vom Proletariat), daß Späth und Biedenkopf sich erstaunlich offen zeigen für Versatzstücke grün-alternativer Vorstellungen, auch wenn sie politisch zur **Partei** der GRÜNEN von Annäherungsversuchen weit entfernt sind.

Worin also soll sich die Welle neuer Selbständigkeit zeigen? Sowohl Kohl aus auch Biedenkopf gehen von einer tatsächlichen Wiederbelebung des selbständigen Kleinunternehmers aus. Diese Prognose basiert auf verschiedenen Behauptungen, die besondert betrachtet werden müssen. Da wäre etwa die These, daß große Unternehmen für die moderne Entwicklung zu starr seien, während Kleinstunternehmer flexibler auf sich stark differenzierende Nachfrage am Markt reagieren könnten. An dieser These ist wohl richtig, daß Riesenbetriebe mit Belegschaften in Kleinstadtgröße, wie sie für die Prozeßindustrien (Stahl, Großchemie), aber auch für die Automobilindustrie typisch waren und noch sind, heute nicht mehr errichtet werden. Daß die neueren Werke von Siemens oder BMW spezialisierter sind und mit weitaus kleineren Belegschaften auskommen, hat allerdings nichts zu tun mit einer Vermehrung der Selbständigen. Das Problem hat mehrere Aspekte. Ein Gesichtspunkt aber ist auch, daß die Standortdifferenzierung Bestandteil der Konzentrationsstrategie der Großkonzerne war und ist.

Ohne Zweifel lassen sich etwa auf dem Computersektor unterschiedliche Tendenzen feststellen: einerseits eine Beschleunigung der Kapitalkonzentration — die gegenwärtige Stellung von IBM etwa ist ohne Beispiel in der Geschichte des Kapitalismus, andererseits sind tatsächlich viele Kleinfirmen entstanden — etwa Programmanbieter. Ähnliches ist auf anderen Gebieten der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien zu beobachten. Daraus die Tendenz zur Ausdehnung selbständiger Kleinbetriebe zu schlußfolgern, ist gewagt. Erstens bleibt abzuwarten, was nach Abschluß der experimentellen Phase tatsächlich noch Domäne der Kleinbetriebe bleibt, und was, nachdem es seine Profitabilität unter Beweis gestellt hat, von den Großunternehmen übernommen wird. Zweitens geht von den neuen Technologien offenkundig auch die völlig entgegengesetzte Tendenz aus. So machen etwa werkstattprogrammierbare Maschinen auch die Produktion sehr kleiner Stückzahlen, die einst die Domäne von kleinen Spezialbetrieben waren, für Großunternehmen rentabel. Hier fördert die durch neue Technologien gewonnene größere Flexibilität des Produktionsapparates eher die Tendenz zur Kapitalkonzentration. Die These, daß die neuen Technologien zur Renaissance des Kleinunternehmers führen, steht jedenfalls auf wackligen Füßen. Sie wird auch nicht dadurch plausibler, daß Lothar Späth sie niederschrieb, als sein praktischer industriepolitischer Gestaltungsdrang gerade damit beschäftigt war, dem Aufstieg von Daimler zum größten westdeutschen Industriekonzern politisch den Weg zu ebnen.

So muß die „Welle neuer Selbständigkeit“, auf der Späth und Biedenkopf in die Zukunft surfen wollen, ohne nennenswerte Ausdehnung des „Selbständigen-Anteils“ in der Bevölkerung auskommen. Die neue Selbständigkeit soll vor allem große Gruppen der abhängig Beschäftigten erfassen.

Freiheit durch Flexibilität?

Die neuen Technologien bringen mehr Selbständigkeit für die Beschäftigten, insofern die körperlich schwere, aber monotone Arbeit, die dem Beschäftigten keinen kreativen Gestaltungsspielraum beläßt, zunehmend beseitigt wird. Späth verkündet das Ende des Taylorismus, also der Zerlegung der Arbeit in ihre einfachen Bestandteile, so daß der einzelne Arbeiter nur noch wenige Handgriffe auszuführen hat und im wesentlichen als verlängerter Arm der Maschine fungiert. Inbegriff des Taylorismus ist das Fließband. Demgegenüber behauptet Späth, die durch die

Fortsetzung auf Seite IV



Fortsetzung von Seite III

neuen Technologien geprägten Arbeitsplätze würden an die Beschäftigten vielseitigere Anforderungen stellen, also mehr Selbständigkeit im Sinne von Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Tätigkeiten.

Neue Selbständigkeit soll den Beschäftigten aus den neuen Technologien auch insofern erwachsen, als sie Arbeitsabläufe ermöglichen, die größere individuelle Wahlmöglichkeiten bei der Verteilung der Arbeitszeit eröffnen. Das gelte nicht nur für die Ausdehnung von Gleitzeit in gewerbliche Bereiche hinein. Die Entkoppelung von persönlicher und betrieblicher Arbeitszeit vorausgesetzt, seien neue Schichtenmodelle denkbar, Bündelung von freien Tagen, Verteilung der tariflichen Wochenarbeitszeit auf weniger Tage, schließlich längere Arbeitspausen, die zur beruflichen Weiterqualifizierung genutzt werden könnten usw.

Neue Technologien sollen schließlich mehr Selbständigkeit und Gestaltungsmöglichkeit dadurch eröffnen, daß neue Formen von Beschäftigungsverhältnissen ermöglicht bzw. auf breiter Front ermöglicht werden. Die Ausdehnung der Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit sollen es dem progressiven Jungehepaar endlich möglich machen, daß Frau und Mann gleichberechtigt arbeiten und die Kinder betreuen. Frau und Mann sollen sich aber auch in bestimmten Abständen am Arbeitsplatz abwechseln können, die ausgedehnten Möglichkeiten zur Heimarbeit am Bildschirm erleichterten die Übereinstimmung von notwendiger Erwerbstätigkeit und Familienleben zusätzlich usw.

Die Botschaft ist einfach und attraktiv: Die alte Fabrik zwang alle abhängig Beschäftigten unter ihr starres Regime — ohne Rücksicht auf individuelle Bedürfnisse. Die neuen Technologien eröffnen die Möglichkeit für an individuelle Bedürfnisse angepaßte Lösungen.

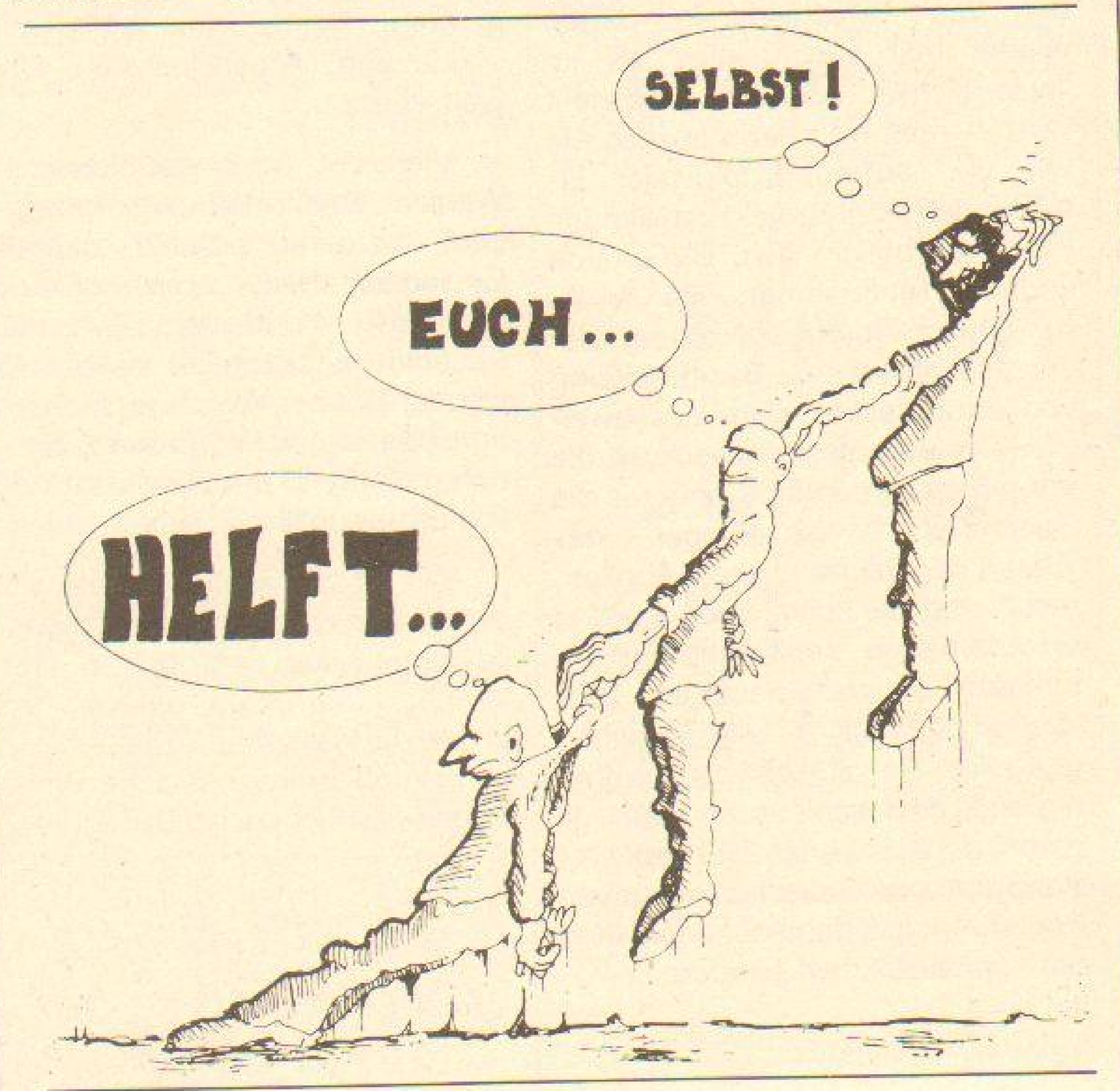
Aber die bisherigen Erfahrungen mit der Einführung neuer Technologien sprechen eine deutlich andere Sprache: Beobachtet werden kann, daß durch die Einführung moderner Maschinerie schwere körperliche Arbeit entfällt, gleichzeitig steigt die Intensität der Arbeit, so daß etwa bei jüngsten Erhebungen der IG Metall die Mehrheit der Beschäftigten sich stärker als früher belastet fühlte. Es gibt Umstellungen in der Produktion, die eine gewisse Rücknahme der taylorischen Zerstückelung komplexer Arbeit bedeuten, dem stehen aber Tendenzen zur weiteren Zerlegung komplexer Arbeit entgegen. Im Bereich Büro und Verwaltung kann man mit einigem Recht sogar davon sprechen, daß die Zerlegung komplexer Tätigkeiten in einfache und monotone Arbeit erst mit der neuen Technologie auf breiter Front begonnen hat. Es gibt infolge der Modernisierung der Produktion die Tendenz in manchen Bereichen, den Akkordlohn abzubauen, was aber einerseits oft mit erheblichen Lohnverlusten verbunden ist, andererseits mit verstärkter Einführung von Programmlöhnen, die sich in ihrer Druckwirkung vom Akkordlohn kaum unterscheiden. Es gibt verstärkt Anwendung von Gleitzeit auch im gewerblichen Bereich. Aber sie ist häufig verbunden mit der Einführung elektronischer Arbeitszeiterfassung für die gesamte Belegschaft.

Festhalten wollen wir: Die Unterordnung der Lohnarbeit unter das Kapital prägt auch die Auswirkungen der neuen Technologien für die Masse der abhängig Beschäftigten. Geklärt sind auch vom marxistischen Standpunkt aus die Wirkungen der neuen Technologien noch keineswegs. Daß sie die abhängig Beschäftigten ins Reich der Freiheit befördern, wie Späth und Biedenkopf versprechen, steht im Widerspruch zu den bisher gemachten Erfahrungen und ist für die Zukunft so lange nicht zu erwarten, so lange das kapitalistische Verwertungsinteresse den Einsatz der neuen Technologien lenkt.

Sozialstaat und Gewerkschaften — Schranken der Freiheit?

Die Flexibilisierung und Reindividualisierung der Arbeitsverhältnisse ist nach Späth und Biedenkopf Voraussetzung dafür, daß die Lohnarbeit in der alten Form überwunden werden kann. Die Gewerkschaften, einst als notwendiger Schutz der Lohnarbeiter gegen zügellose Ausbeutung begründet, hätten sich nun zu einer Schranke des Fortschritts entwickelt. Sie hielten verbissen am starren Prinzip der Kollektivität fest und verhinderten damit, daß die Freiheit des einzelnen, die aufgrund der neuen Technologien realisierbar wäre, tatsächlich zur Entfaltung kommen kann. Laut Späth und besonders akzentuiert bei Biedenkopf entspricht das keineswegs dem Interesse der Arbeiter und Angestellten, sondern dem Besitzstanddenken der Gewerkschaften als Großorganisation, deren Macht und Einfluß eben darauf beruhe, daß Arbeitsverhältnisse kollektiv geregelt werden.

Derartige Argumentationen sind wirklich nicht neu. Unterschätzen darf man sie nicht. Wenn sie in den Zusammenhang einer ideologischen Kampagne unter dem Motto „Gegen die Macht der Masse — für die Freiheit des Einzelnen" gestellt sind, knüpfen sie durchaus an Bewußtseinslagen an, denen der Gewerkschafter heute im Betrieb begegnet. Späth und Biedenkopf wollen die Gewerkschaften keineswegs „zerschlagen", vielmehr sollen diese sich freiwillig bescheiden — etwa auf die Aufgaben, die Späth ihnen noch zubilligt: „Die Gewerkschaften werden um die Erkenntnis nicht herumkommen, daß es besser ist, ihren Betriebsräten mehr Freiheit zu geben und sich selbst als Dachorganisationen mit einer Art Richtlinienkompetenz in Form von Rahmentarifverträgen zufriedenzugeben, als an der Ideologie einer nicht mehr vorhandenen kollektiven Industrie- und Arbeitnehmerstruktur festzuhalten. Sie werden ihr Augenmerk verstärkt auf jene richten, die zu den ‚Gewinnern' des technologischen Wandels zählen wollen, und ihnen Wege weisen müssen, ihr Ziel zu erreichen. Der Abschluß von Tarifvereinbarungen, in denen betriebliche und überbetriebliche Weiterbildungsmöglichkeiten mit entsprechenden zeitlichen Freistellungen bindend vorgeschrieben werden, wäre ein Schritt auf diesem Weg. Beim Aushandeln individueller, betriebsbezogener Arbeitsverträge beratend und unterstützend mitzuwirken, so daß der einzelne seine Zeitdisposition nach familiären Gesichtspunkten treffen und auf die Arbeitsbedingungen neigungs- und interessengemäßen Einfluß nehmen kann, wäre ein weiterer zukunftsträchtiger Ansatz." (S. 38)



Die zweite Schranke, die Späth und Biedenkopf für den endgültigen Durchbruch zur individuellen Freiheit ausgemacht haben, ist der sogenannte Sozialstaat, insbesondere die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung und die für Sozialausgaben verwendeten öffentlichen Gelder. Auch hier geht es angeblich um den Gewinn von mehr „Selbständigkeit" für die abhängig Beschäftigten. Biedenkopf:

„Die ‚Unselbständigkeit' des Arbeitnehmers ist heute auch eine Beschreibung seines Verhältnisses zum Sozialsystem und der wirtschaftlichen Macht, die dieses besitzt. Wer über rund 60 Prozent eines Einkommens von 4470 DM fremd verfügt — und sei es ausschließlich zum Schutz des Betroffenen — der übt soziale Macht über ihn aus." In einer Fußnote erläutert Biedenkopf das Zahlenbeispiel: die 4470,— DM sind sämtliche vom Betrieb verbuchten Lohn- und Lohnnebenkosten, das Bruttoeinkommen betrüge 2550 DM, als Nettoeinkommen verblieben 1687 DM. (S. 392)

Abgesehen davon, daß es fraglich ist, ob Biedenkopf seine Behauptung, ein Arbeiter mit einem Nettoeinkommen von knapp 1700 DM hätte vor allen Abgaben ein verfügbares Einkommen von 4470 DM, mit dem Unternehmerverband abgesprochen hat, ist das Anknüpfen an die hohe Abgabenlast sicher populär. Läßt man die Lohsteuer einmal außenvor, weil sie ja nur kleineren Teil für soziale Fragen ausgegeben wird, man die Lohnsteuerquote also senken könnte, ohne daß notwendigerweise die öffentlichen Sozialausgaben gekürzt werden müßten, ergibt sich aber, daß der gleiche Kollege, würde er aus dem Sozialversicherungssystem in die konservative „Selbständigkeit" entlassen, keineswegs in der Lage wäre, mit dem scheinbar großen Batzen Geld, den er nun bar auf die Hand kriegen würde, sich auch nur annähernd dem jetzigen Sozialversicherungsniveau entsprechend gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Alter abzusichern, vor allem dann nicht, wenn er etwa tatsächlich schwer erkrankt oder früh erwerbsunfähig würde.

Biedenkopfs Zahlenbeispiel — ohnehin, was die Höhe der Lohnzusatzkosten angeht, unrealistisch — täuscht eine freie Verfügbarkeit von Geld vor, die im gesellschaftlichen Durchschnitt nicht besteht. Um Mißverständnissen vozubeugen: Die Höhe der Abgaben ist zu hoch, skandalöserweise werden etwa ausgerechnet im Gesundheitswesen von den Krankenversicherungsbeiträgen Profitraten finanziert, die zu den höchsten auf dem Markt gehören. Das aber ist nicht die Stoßrichtung der Biedenkopfschen Kritik. Er will das System kollektiver sozialer Sicherung abschaffen. Die Losung heißt: Entkoppelung von Arbeit und Sozialverhältnis, Reduzierung des Solidaritätsprinzips und Ausweitung der Subsidiarität.

Das bedeutet, Aufgabe staatlichen Eingreifens bleibt beschränkt auf die Abwendung von menschenunwürdiger Not, also bei einer „Grundsicherung", die die geltenden Sozialhilfesätze nicht überschreiten würde. Alles andere bleibt der privaten Vorsorge bzw. der Subsidiarität vorbehalten. Unter Subsidiarität versteht man, daß zunächst die kleinere Einheit für die Regelung eines Problems aktiv wird, bevor die nächst höhere Einheit eingreift. Konkret auf unser Problem bezogen: für Notfälle ist die Familie zuständig. Weil die Rente der Großeltern nicht reicht, müssen sie zu ihren Kindern ziehen, der Frühinvalide ist auf die Hilfe der Eltern oder der Kinder angewiesen usw. So würde die konservative „neue Selbständigkeit" praktisch aussehen.

Eine aggressive Strategie gegen die Arbeiterbewegung

Nun wird deutlich, auf wen die konservativen Bemühungen um eine mehrheitsfähige Strategie abzielen: auf jene, die zu den „Gewinnern des technischen Wandels" (Späth) zählen wollen, auf jene, die einkommensmäßig stark genug sind (oder es sich einreden lassen) einen geldwerten Vorteil zu erzielen, wenn sie mit der Beseitigung der kollektiven Sicherungssysteme auch aus der Mitverantwortung für die ökonomisch schwächsten Bevölkerungsgruppen entlassen werden. Damit zielt die konservative Strategie potentiell auf durchaus nicht unbeträchtliche Teile der Beschäftigten ab, stößt in Spaltungslinien hinein, die als Problem der praktischen gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb und der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung sehr geläufig sind.

Mit ihrer Forderung nach weniger Staat, weniger Reglementierung, mehr Dezentralisation, weniger Bürokratismus usw. greift diese konservative Richtung offensiv sehr verbreitete und prinzipiell berechtigte Stimmungen auf.

Indem sie als Sachverwalter der technologischen Erneuerung auftritt, streift sie den Muff klerikal geprägter Rückständigkeit ab, kann gleichzeitig eine gewisse utopische Dimension entwickeln, indem sie auf diesen technischen Wandel völlig ungedeckte Schecks ausstellt.

Andererseits: Mit der faktischen Beseitigung des Tarifvertragssystems und der kollektiven sozialen Sicherungssysteme könnten die Unternehmer eine ungeheure Verbilligung der Ware Arbeitskraft durchsetzen, eine Umschichtung im Staatshaushalt wäre möglich, die selbst bei weiterem Absinken der Staatsquote enorme staatliche Mittel für eine zielgerichtete Industriepolitik, die auf der Förderung der neuen Technologien und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Industrie auf dem Weltmarkt konzentriert wäre, freisetzen würde. Diese Strategie entspricht durchaus den Ansprüchen ausschlaggebender Kapitalskreise, die heute die „konsequente Wende" fordern.

Vor allem die Staats-, Zentralismus-, Bürokratismuskritik und das Eintreten für „personale Freiheit" wirken äußerst liberal und könnten zu der Annahme verleiten, Späth und Biedenkopf würden eine gemäßigte, gegenüber der Arbeiterbewegung weniger aggressive Richtung des Konservatismus repräsentieren. Beide Bücher wurden in sozialdemokratischen Gewerkschaftskreisen durchaus nicht immer so unfreundlich aufgenommen, wie sie es verdienen. Beide formulieren bei durchaus wichtigen Unterschieden im Herangehen, die wir hier nicht behandelt haben, eine durchaus chancenreiche Strategie zur Isolierung und weitgehenden Ausschaltung der Gewerkschaften.

„Das grenzt an Horror"

oder: „Ganz unten" im Kölner Milchhof

Die Veröffentlichung von Günther Wallraffs „Ganz unten" brachte die Spitze des Eisberges aus Ausländerfeindlichkeit, miesesten Arbeitsbedingungen und schlechtester Bezahlung an die breite Öffentlichkeit. Nicht nur im modernen Sklavenhandel, der Leiharbeitsbranche geht es so übel zu. Selbst in „renommierten" Unternehmen werden massenhaft Menschen gewzungen, ihre Arbeitskraft zu Bedingungen jenseits aller erkämpften Rechte der Arbeiterschaft zu verkaufen. Die in Köln-Nippes erscheindende Stadtteilzeitung „Zehn nach sieben" führte ein Interview mit einem, der mehrere Monate beim Milchhof Rheinland „ganz unten" war. Wir drucken einen Vorabdruck des Interviews mit freundlicher Genehmigung der „Zehn-nach-sieben"-Redaktion:



? :Wie sieht ein normaler Arbeitsplatz beim Milchhof aus?

! : Normal geht es da eigentlich nirgendwo zu. Egal, ob du ganz einfache Sachen machst, z.B. in der Joghurt-Produktion an der Becherstraße Becher einlegst, oder am Band stehst oder Paletten bepackst — alles machst du unter unvorstellbarem Streß. Normal ist es z.B., Überstunden zu kloppen. Die fragen dich gar nicht, ob du willst, das wird als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt.

? : In welchen Größenordnungen bewegt sich das?

! : Ich hatte in einem Monat neulich 43 Überstunden. Es gibt aber auch Leute, die kommen regelmäßig auf noch mehr.

? : Wie sehen die Arbeitsbedingungen im einzelnen aus?

! : An der Becherstraße stehst du z.B. den ganzen Tag und machst immer dieselben Handgriffe. Das geht unheimlich ins Kreuz. Beim Palettenstapeln bewegst du am Tag so deine 10 bis 12 Tonnen. Außerhalb der Pausen ist es so gut wie unmöglich, den Arbeitsplatz zu verlassen, noch nicht mal zur Toilette kannst du gehn. Es ist keiner da, der für dich einspringt. Der ganze Betrieb läuft auf totaler Minimalbelegschaft. Besonders übel geht es in der Creme-fraiche-Produktion zu. Die Produktionsanlage liegt im Keller. Du hast den ganzen Tag dieses fürchterliche Neonlicht. Die Belüftung ist ganz schlecht. Du mußt die Tür aufmachen, um überhaupt ab und zu Frischluft zu kriegen. Der Meister hantiert den ganzen Tag mit heißem Wasser, um die Behälter, die er zum Ansetzen der Creme fraiche benutzt, wenigstens einigermaßen sauber zu bekommen. Nur am Rande: Die hygienischen Verhältnisse im Milchhof wären ein Thema für sich. Was da alles in unmittelbarer Nähe der Produktionsanlagen sich tummelt ... wie bestialisch es an vielen Stellen riecht ... Jedenfalls stehst du den ganzen Tag in einer Wasserdampfwolke. Das ist kaum auszuhalten! Deine Arbeit besteht daraus, die Abfüllmaschine in Gang zu halten. Es würde zu kompliziert, das hier im einzelnen zu erklären. Du mußt Becher und Deckel nachfüllen und aufpassen, daß nichts verkantet etc.

? : Und wenn etwas nicht glatt läuft?

! : Das gibt meist eine ziemliche Sauerei — Creme fraiche überall. Du kannst sehen, wie du das wieder sauber kriegst. Ich habe Kollegen schon bei laufender Maschine Fehler beheben sehen. Du stehst vom ersten bis zum letzten Becher unter totaler Anspannung. Es ist dort unten ein dermaßener Krach, daß du dich, wenn überhaupt, nur laut schreiend „unterhalten" kannst.

? : Gibt es keine Gehörschützer?

! : Solange ich da gearbeitet habe, habe ich nur einmal welche gesehen — und die hatte ein Lehrling privat von seinem Vater, der in einem anderen Betrieb arbeitet, besorgt.

Ab und zu mußt du auch diese riesigen Kessel transportieren. So ein Ding wiegt locker seine 400 Kilo. Da stehst du dann mit dem Kessel und deinem Hubwagen und kannst sehen, wie du damit fertig wirst. Da laufen zwar jede Menge Typen in weißen Kitteln rum, aber du brauchst überhaupt nicht zu denken, daß die dir mal helfen. Dafür sind die sich zu fein.

? : Und wie lange arbeitest du da unten?

! : Offiziell gibt es zwei Schichten. Das haben sie mir am Anfang jedenfalls erzählt. Ich habe sehr schnell mitbekommen, daß das nicht stimmt. In der Tat aber arbeitest du von morgens sechs Uhr bis der letzte Becher raus ist — und das kann zehn, elf oder auch schon mal 12 bis 13 Stunden später sein.

? : Und das jeden Tag?

! : Ja. Es gibt Leute beim Milchhof, die arbeiten schon zehn Jahre oder länger so. Die sind auf das Geld angewiesen, haben sich dermaßen verschuldet, daß sie ohne die dauernden Überstunden nicht klarkommen finanziell. Das grenzt an Horror, echt! Die Leute malochen sich kaputt. Ich habe das noch nirgendwo so extrem erlebt.

? : Wird auch samstags und sonntags gearbeitet?

! : Samstags wird grundsätzlich gearbeitet. Das kostet dich einen Heidenstreß, wenn du mal nicht kommen willst. Sonntags wird nur gearbeitet vor Feiertagen.

? : Wie sieht die Bezahlung aus?

! : Ich habe mit 11,20 DM angefangen, ein sehr guter Lohn für den Milchhof. Frauen fangen dort mit 8,— DM an.

? : Werden Ausländer schlechter bezahlt als Deutsche?

! : Ja. Ein Teil der Ausländer, auch welche, die dort schon zig Jahre arbeiten, bekamen weniger als ich. Einige, mit denen ich darüber gesprochen habe, erzählten, sie würden mit 9,— DM nach Hause gehen. Die haben genau dieselbe Arbeit gemacht wie ich.

? : Was für Leute arbeiten im Milchhof?

! : Hauptsächlich Ausländer. Viele Türken, aber auch Italiener.

? : Und wie werden sie behandelt?

! : Ähnlich wie der Wallraff das in seinem Buch beschreibt. Das würde ich durchaus vergleichen. Was mich echt schockiert hat, wie häufig deutsche Kollegen ausländische in die Pfanne hauen. Das Klima insgesamt war so schlimm, wie ich das noch nirgends erlebt habe. Die Leute haben sich noch untereinander fertigzumachen versucht.

? : Wie verhalten sich die Vorgesetzten?

! : Meistens noch schlimmer. Oft sind sie gegenüber den Ausländern sehr schlimm.

? : Sind die Kollegen beim Milchhof gewerkschaftlich organisiert?

! : Die meisten, die ich getroffen habe, nicht.

? : Und der Betriebsrat?

! : Die lassen sich einmal im Monat sehen, drücken jedem die Hand, und das war es dann auch schon.

? : Du warst beim Milchhof, als der Wallraff sein Buch veröffentlicht hat. Gab es darauf irgendwelche Reaktionen?

! : Von Seiten des Betriebsrates kam da gar nichts. Die meisten Kollegen haben das nur am Rande mitbekommen. Nach der Maloche Kriegst du aber auch wirklich nicht mehr viel mit. Wenn du nach der Arbeit nach Hause kommst, ißt du noch was, guckst vielleicht noch kurz in die Glotze und legst dich dann ins Bett. Du bist einfach zu kaputt, um noch irgendwas zu tun. Ich habe an mir selbst gemerkt, wie ich abgestumpft bin, desinteressiert.



Der folgende Artikel wurde von Necati Mert für die Zeitschrift „Die Brücke" geschrieben. Er ist ein Aufruf zur verstärkten Diskussion über die Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft, weshalb wir ihn gerne abdrucken.

Necati Mert stellt die Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft den Forderungen nach kommunalem Wahlrecht und Niederlassungsrecht entgegen. Das mag verwundern, gibt es doch politische Kräfte, so unsere Partei, die kommunales Wahlrecht und doppelte Staatsbürgerschaft fordern. Tatsächlich hat Necati Mert aber an dem Punkt recht, wo er behauptet, daß sich hinter den jeweiligen Forderungen ausländerpolitische Gesamtkonzepte verbergen. Für uns ist die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht ein realpolitischer Ansatzpunkt, die Bestrebungen für politische Rechte der Ausländer, insbesondere auf „deutscher Seite", etwa in den Gewerkschaften, zu stärken. Anders wird diese Forderung oft von den Ausländern selbst beurteilt, die sich dem Doppeldruck von Verdrängung und Assimilation erwehren müssen, gegen den das kommunale Wahlrecht kraftlos ist. (jt)

Kommunales Wahlrecht? Niederlassungsrecht?

Obligatorische Einbürgerung und doppelte Staatsbürgerschaft!

Die Einwanderer-Bürgerrechtsbewegung scheint an einen Wendepunkt gelangt zu sein. Die im Rahmen der offiziellen Integrationspolitik praktizierte »Ausländerarbeit« verliert an Gewicht und Anerkennung, d.h.: die Einwanderer geben sich nicht zufrieden mit Betreuungsmaßnahmen, die sie als Sozialfälle degradieren. Eine »Ausländerarbeit« und »Ausländerpolitik« ohne die aktive und wirkungsvolle Beteiligung der Einwanderer selbst hat keine langen Lebenschancen mehr. Eine junge Generation von Immigranten-Schriftstellern und -Künstlern setzt sich direkt mit den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen auseinander. Die religiösen Vereine der Einwanderer islamischer Herkunft treten als Interessenvertreter dieser Gruppe auf, besonders in kulturellen Angelegenheiten. Eine multikulturelle Gesellschaft ist schon lange die Realität, auch wenn dies kaum gesehen wird. Gescheitert scheint nicht nur die »Ausländerarbeit« im Rahmen der bisher praktizierten Ausländerpolitik zu sein, sondern auch die politischen Forderungen wie die nach »Kommunalwahlrecht« und »Niederlassungsgesetz«. In diesem Wendepunkt sind neue grundsätzliche Überlegungen notwendig. Nehmen wir an:

Kommunales Wahlrecht

Diese minimale Forderung wurde bisher damit begründet, daß ihre Durchsetzung mit einfachen Mehrheiten in den Landesparlamenten möglich sei. Mit dieser Forderung wird nicht von den lebenswichtigen Interessen der Einwanderer ausgegangen, sondern von der Praxis anderer Länder wie beispielsweise Schweden. Nicht einmal genau wurden die Voraussetzungen der Praxis in diesen Ländern untersucht. Da das kommunale Wahlrecht als leicht machbar galt, wurde kaum bedacht, wie wenig es den Betroffenen, den »Ausländern«, eigentlich bringen würde. Von Gleichberechtigung oder Rechtssicherheit kann aufgrund des Kommunalwahlrechts überhaupt noch nicht die Rede sein. Was soll zum Beispiel ein eingewanderter Arbeiter davon halten, wenn er heute (kommunal) wählt, aber morgen mit »Wegförderung« bedroht wird? Welche Sicherheit bringt das kommune Wahlrecht einem Stadtratsmitglied gegenüber der Abschiebedrohung, wenn sein Asylantrag abgelehnt wird oder wenn er Sozialhilfe beantragen muß. Manche behaupten, durch das kommunale Wahlrecht würden sich die Politiker gezwungen sehen, die »Ausländer« als potentielle Wähler zu betrachten und ihre Meinung oder Einstellung dementsprechend zu ändern. Solche Erwartungen sind aber nicht sehr realistisch, wenn man sich vor Augen führt, welchen winzigen Einfluß die Stimmabgabe auf das tatsächliche Handeln der Politiker hat, und wenn man die Funktion der Wahlen als Legitimationsmittel der Herrschaft bedenkt. Im Laufe der verstärkten Debatte um die Beschränktheit des kommunalen Wahlrechts wurden andere weitergehende Überlegungen angestellt, die zur Forderung führten nach einem:

Niederlassungsgesetz

Aber: berücksichtigt diese Idee ausreichend die mit der Forderung nach kommunalem Wahlrecht gemachten Erfahrungen? Ist sie aus der historischen Realität abgeleitet und begründet? Bestehen überhauptChancen, daß ein Niederlassungsgesetz als Reform durchgesetzt werden kann?

Es wird eingeräumt, daß das Niederlassungsrecht die völlige Gleichberechtigung nicht schafft, es sei aber auf diesem Wege ein Schritt. Auch hier werden die Rechte, die den Menschen zustehen, abgestuft. Mit anderen Worten: Man verlangt von Rechtlosen, daß sie sich mit »Ratenzahlungen« von Rechten zufrieden geben sollen.

Die Philosophie dieses Unternehmens besteht darin, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist. Die Forderung geht von der Tatsache aus, daß die eingewanderten Menschen von den grundsetzlichen Rechten ausgeschlossen sind: Familientrennung, Benachteiligung im Arbeitsleben, in der Ausbildung, Verwehrung des Beamtenstatus, Ausschluß von der politischen Mitentscheidung usw. Der Entwurf des »Niederlassungsgesetzes« will nur Rechtgleichheit schaffen, wobei die »Ausländer« mit den Deutschen gleichgestellt sein sollen. Die Hindernisse bei der Familienzusammenführung sollen beseitigt werden. Der Zutritt zum Öffentlichen Dienst (Beamtenstatus) soll geöffnet, allgemeines Wahlrecht ermöglicht, die Einbürgerung erleichtert werden. Die Einwanderer bleiben bei alledem weiterhin Staatsbürger ihre Herkunftsländer, was bedeutet, daß die Zwangsassimilation, die Germanisierung verhindert wird.

In der Tat aber bleiben die Einwanderer hier weiterhin »Ausländer«, und eine »Rassentrennung« ist vorprogrammiert. Denn für die Einwanderer gelten weiterhin Sondergesetze, und sie tragen gleichzeitig einen »Niederlassungspaß«, der ihnen die gleichen Rechte verleihen soll.

Die Idee des Niederlassungsrechts läßt die »Ausländer« immer noch Ausländer bleiben; deshalb nützt sie den Einwanderern nicht viel oder gar nichts. Sie ist nicht aus den realen Voraussetzungen abgeleitet worden und ist deshalb unwissenschaftlich, sprich: eine Utopie. Wenn wir davon ausgehen, daß die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist, daß sich in ihre eine multikulturelle Gesellschaft entwickelt hat — es existieren in ihr ethnische und kulturelle Minderheiten, die jedoch keine Bürger- oder Menschenrechte besitzen —, dann müssen wir die **wirklich logischen** Konsequenzen ziehen: Die juristische Folge der Einwanderung muß die Gewährung der Staatsbürgerschaft sein. Die Einwanderung bedeutet, daß man in die bestehenden rechtlichen und politischen Verhältnisse eingetreten ist, wenn auch nich in solche, wie man sie sich vorstellt. Die Folge der Einwanderung in die Bundesrepublik ist also:

Der Anspruch auf die Staatsbürgerschaft

Als nach dem Zweiten Weltkrieg, aber auch bis heute noch, Millionen von »deutschstämmigen« Menschen in die Bundesrepublik einwanderten, stand ihnen die Staatsbürgerschaft als Recht zu. Als ergänzende Arbeitskraft sind die sogenannten »Vertriebenen«, »Spätaussiedler« usw. von den **angeworbenen** Arbeitskräften aus den Südländern nicht zu unterscheiden. Aber die herrschende, teilweise rassistische, teilweise revanchistische Politik machte diesen Unterschied und unterstellte die Arbeitsimmigranten nichtgermanischer Abstammung Sondergesetzen, da sie nur als rein wirtschaftlicher Faktor betrachtet wurden, während die »deutschstämmigen« Einwanderer gleichzeitig als wirtschaftlicher und politischer Faktor zur Beibehaltung des »Rechtes« auf das in den Grenzen von 1936 liegende Deutsche Reich verstanden wurden.

Mit dieser Unterscheidung praktizierte man gegenüber den Arbeitsimmigranten aus den Südländern eine rassistische Politik, die auch in den Maßnahmen des Integrationsvorhabens ihren Ausdruck findet. Man sprach und spricht ihnen das Recht auf Staatsbürgerschaft ab, isolierte sie, schnitt sie von Bürger- und Menschenrechten ab und stellte sie vor die Wahl: entweder Assimilation oder Abwanderung. In diesem Sinne wurden die Einbürgerungsparagraphen und -richtlinien aktualisiert. Es widerspricht jeder Logik der Einwanderung, daß die Einwanderer die Voraussetzungen der Einbürgerungsbestimmungen erfüllen müssen, die eine Assimilation oder Germanisierung erfordern, auch wenn diese, wie es in dem Entwurf des »Niederlassungsgesetzes« steht, erleichtert werden sollen.

Diese Paragraphen und Richtlinien sind nicht nur veraltet und passen nicht zu den später entstandenen Verhältnissen; sie sind auch rassistisch, weil sie die Staatsbürgerschaft mit der nationalen Zugehörigkeit gleichsetzen. Wer von den Immigranten verlangt, durch Erfüllung der Voraussetzungen dieser Paragraphen sein Recht auf Staatsbürgerschaft zu erlangen, der vertritt eine rassistische Politik.

Anspruch auf die Staatsbürgerschaft ist die einzig überzeugende und der Realität entsprechende Forderung. Daher rufen wir noch einmal alle auf, zu dieser Forderung Stellung zu nehmen, die unsere Zeitschrift mehrmals »obligatorische« oder »automatische Einbürgerung« nannte.

Natürlich gibt es bei der Durchsetzung dieser Forderung Schwierigkeiten. Auf der einen Seite zwingen die herrschenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse die Einwanderer, sich gegen die Assimilation zu wehren, auf der anderen Seite ermöglichen die technischen Kommunikationsmittel ihnen den festen Kontakt zu ihrer heimatlichen Kultur. Gleichzeitig wollen die Einwanderer ihre hier entstandene Subkultur nicht aufgeben, durch die sie sich auch wehren. Gerade die kulturelle Vielfalt stellt eine Möglichkeit dar, die rassistischen Züge in der Gesellschaft zu bekämpfen. Aber geht man von der Tatsache aus, daß die Einwanderer kein Vertrauen gegenüber der herrschenden Nation mit ihrem Staat haben, so muß eine Möglichkeit zur Diskussion gestellt werden:

Die doppelte Staatsbürgerschaft

Dieser Staat und seine Institutionen haben aufgrund ihrer Praxis jedes Vertrauen bei den Einwanderern aus den Südländern verloren. Da dieser Staat über eine Gesellschaft herrscht, die Keime des Rassismus, des Chauvinismus und des hegemonistischen Nationalismus in sich trägt, darf nicht der alleinige Vertreter der eingewanderten ethnischen Minderheiten sein. Er zeigt keine Bereitschaft und bietet keine Garantie, daß er auch unter der Voraussetzung der obligatorischen Einbürgerung auf den Druck und die restriktiven Maßnahmen verzichten wird, sein Ziel der kulturell einheitlichen Nation aufzugeben. Dieser Staat ist nicht und kann nicht bereit sein, die Sündenbock-Politik für die Verewigung der Macht und Herrschaft der Kapitalgiganten aufzugeben. Die Einwanderer haben seit über zwanzig Jahren diese Erfahrung gemacht, und ihr Mißtrauen gegenüber diese Staat ist berechtigt. Daher ist ihr Wunsch nach Bewahrung ihrer alten Staatsbürgerschaft eine gerechte Forderung.

In Anbetracht der realen Lage ist daher die Forderung nach der doppelten Staatsbürgerschaft kein Wunschtraum, sondern eine Forderung, die aus den Interessen und Bestrebungen der immigrierten Minderheiten hervorgeht. Dazu kommt, daß Herkunftsländer wie Spanien und die Türkei schon heute bereit sind, Voraussetzungen zur Durchsetzung dieser Forderung zu schaffen. Die anderen Länder hätten auch keinen Grund, sich gegen diese Lösung zu stellen. Wenn es beispielsweise um die Ableistung des Militärdienstes ginge, hätten sie kein großes Interesse daran, einen in der Bundesrepublik geborenen und aufgewachsenen jungen Mann für kurze Zeit unbedingt zu ihrer Armee zu ziehen. Und sie hätten nichts davon, wenn sie darauf bestehen würde, eine Menschengruppe, die in die Bundesrepublik ausgewandert ist, auf Ewigkeit in einer unsicheren Lage zu lassen. Alle logischen Überlegungen deuten darauf hin, daß die Lösung hauptsächlich und in erster Linie, vielleicht einzig und allein, in der Bundesrepublik liegt.

Hindernisse vor dieser reformistischen Lösung seien, wie manche behaupten, der Paragraph 9 Abs. 1 Nr. 1 RuStAG sowie Nr. 5.3. der Einbürgerungsrichtlinien, nach denen die Vermeidung von Mehrstaatlichkeit zur grundsätzlichen Voraussetzung für die Einbürgerung gemacht wird. Das zweite Hindernis hieße dann das Europaratsabkommen vom 6.5.1963, das die unterzeichneten Länder verpflichtet, bei Einbürgerungen ihrer Staatsangehörigen den Verlust von deren bisherigen Staatsangehörigkeit zur Voraussetzung zu machen. Selbst diese Abkommen wurde bis jetzt nur von Italien ratifiziert, das zu den Herkunftsländern der Arbeitsimmigranten gehört.

Demnach käme es darauf an, die oben genannten Gesetzesbestimmungen zu ändern bzw. aufzuheben und das Übereinkommen vom 6.5.1963 zu kündigen. Auf jeden Fall hätte diese Forderung eine Chance, von breiteren gesellschaftlichen Kreisen vertreten zu werden, vor allem aber von den eingewanderten Minderheiten selbst. Wichtig ist vor allem, daß die Leute genau wissen müssen, auf welcher Seite sie stehen, wenn sie überhaupt argumentieren; also auf der Seite der Interessen des Staates, der in der Rechtlosigkeit eines Teiles der Bevölkerung den Erfolg seiner Politik sieht, oder auf der Seite der Bevölkerungsgruppe, der die Bürger- und Menschenrechte vorenthalten werden.

Kultur-Autonomie

Selbstverständlich muß den eingewanderten Minderheiten das Recht auf kulturelle Autonomie zugestanden werden. Automatische Zuerkennung der Staatsbürgerschaft bedeutet nicht: stärkere Knechtung, Druck zur Aufgabe von eigener Kultur usw.! Im Gegenteil; sie gewährt erst die Rechte, die die Voraussetzung zur freien Entfaltung in jeder Beziehung sind.

»Einwanderergesetz«

All diese und weitere Forderungen sind in einem Einwanderergesetz zu regeln. Dieses Gesetz soll definitiv die Einwanderung anerkennen, die Bestimmungen der obligatorischen Einbürgerung regeln. Das Gesetz soll die Kultur-Autonomie anerkennen (die Sprachen als Amts- und Unterrichtssprachen, die Religionen wie Islam und Orthodoxe) und die Minderheiten-Selbstverwaltung institutionalisieren. Das Gesetz soll auch Paragraphen zum Minderheitenschutz beinhalten und jeden Versuch von Rassentrennung verbieten. Außerdem soll das Gesetz die Flüchtlings-Frage zu lösen helfen, indem Asylbewerber und »Illegalen« als Einwanderer anerkannt werden, wobei das Recht auf politisches Asyl erhalten bleiben muß.

Also Vorschläge, die als Grundlage für eine weitere und tiefgehende Diskussion gedacht sind.

NM

Das Krankheitswesen in Namibia



von PETER SCHRÖDER

Namibia hat sich bis heute nicht von der (deutschen) Kolonialzeit (1884 - 1915) erholen können, in der unter anderem ganze Volksstämme wie die Hereros zu Hunderttausenden ausgerottet wurden (1904).

Von 1920 bis heute wurde es von Südafrika verwaltet, bis 1966 als Protektorat unter Aufsicht des Völkerbundes (UN).

Namibia ist seit 1966 illegal besetzt von der Republik Südafrika, die 1966 das Mandat für Namibia (damals Südwestafrika) nicht abgab, wie von der UN verlangt, sondern die Unabhängigkeit Namibias seitdem verhindert. Für Südafrika heißt das Land weiterhin SWA, „South West Africa“.

Die große Mehrzahl der Namibianer (ca. 90 Prozent der Bevölkerung sind „nicht weiß“) darf weder wählen noch sich frei in ihrem eigenen Land bewegen. 1978 verabschiedete die UNO die Resolution 435, die freie Wahlen in Namibia fordert. Diese wurden bis heute, 1986, von Südafrika mit immer neuen Tricks verhindert.

Die von den Vereinten Nationen seit 1964 anerkannte Volksvertretung SWAPO (= South West African People's Organisation, gegründet 1960) wird als kriminelle terroristische Vereinigung im Land verboten und von den herrschenden Südafrikanern verfolgt.

Tausende werden wegen politischer Aktivitäten verfolgt und eingesperrt. Folter und Mord an Häftlingen beschäftigt seit vielen Jahren z. B. Amnesty International und die UN-Menschenrechtskommission.

In Namibia besteht wie in Südafrika ein System von „Bantustans“ — „Homelands“, in dem die schwarze Bevölkerungsmehrheit eng zusammengedrängt auf oft unfruchtbaren Böden leben muß.

Das nördliche Drittel von Namibia wurde von Südafrika als Sicherheitszone deklariert. Dort sind wesentliche Grundrechte nicht gültig. Von hier aus finden die andauernden Invasionen südafrikanischer Truppen nach Angola statt.

Zehntausende von namibischen Flüchtlingen leben in Lagern in Angola, in Lebensgefahr bei jedem südafrikanischen Angriff.

Namibia mit seinen 1,3 Millionen Einwohnern ist seit inzwischen 102 Jahren unter fremder Vorherrschaft. Südafrika erklärte noch im Herbst 1985 unverhohlen, „daß Südafrika bzw. sein in Namibia eingesetzter Generaladministrator weiterhin allein verantwortlich für das Territorium Südwestafrikas bleibt.“ Diese „Verantwortung“ wird unterstrichen durch einige Zehntausend südafrikanischer Soldaten, die in Namibia stationiert sind. Die Gründe dafür sind a. wirtschaftlich, da Südafrika weiterhin u. a. Diamanten und Uran in Namibia abbaut und b. militärisch, da Südafrika von Namibia aus den unerklärten Krieg gegen Angola führt.

***

Soviel mal zum äußeren Rahmen des Landes, über dessen Gesundheitssystem ich schreiben soll. Der Rahmen stellt ja bekanntlich Grenzen der Gesundheit dar, die ich hiermit aufzeigen wollte.

Nun zu einigen direkteren Gesundheitsproblemen Namibias:

Wasser: Wasser ist allgemein knapp durch die vorherrschende Halbwüste und unregelmäßige, oft spärliche Regenfälle. Diese Dürre betrifft vor allem die Subsistenzschaft.

Land: Das Land ist sehr ungerecht verteilt. Nur ein Drittel der Gesamtfläche (ca. 3 x die BRD) steht den 90 Prozent Schwarzen der Bevölkerung zur Verfügung. Außerhalb dieser Gebiete können sich die Schwarzen nur mit Einschränkungen bewegen und dürfen nur getrennt von den Weißen wohnen und leben.

Einkommen: Das Verhältnis des Einkommens der Schwarzen zu dem der Weißen ist 1 : 12 (Stadt) bis 1 : 25 für die ländlichen Gebiete.

Ernährung: Obwohl Namibia Nahrungsmittel exportiert (45 Prozent der Exporte 1979), gibt es in den (meist im Norden gelegenen) Homelands Unterernährung und Fehlernährung.

Schul- und Weiterbildung: Auch in diesem Sektor herrscht Apartheid, also strikte Rassentrennung. Die Chancen für nichtweiße Kinder, einen qualifizierten Abschluß zu erreichen, sind schlecht. Die Analphabetenrate beträgt noch 1983 über 45 Prozent.

Gesundheitserziehung: Es gibt in Namibia keine Abteilung für Gesundheitserziehung im Gesundheitsministerium. In fast jedem afrikanischen Land gibt es solche „Health Education Units“.

Demokratische Selbstbestimmung: findet für 90 Prozent nicht statt.

Gesundheitliche Vorsorgemaßnahmen: Direkte Vorsorgemaßnahmen werden durch die Gesundheitsabteilung der Homelands verwaltet, die wiederum sehr knapp an Geld und sonstigen Mitteln sind. Systematische Durchimpfungen der Bevölkerung finden nicht statt. Weiße werden etwa vier mal öfter geimpft als Nichtweiße.

Behandlung von Krankheiten: Spätestens hier fällt auf, wie wenig verläßliche Daten für Namibia vorliegen, da Südafrika sich weigert, solche Daten für Namibia zur Verfügung zu stellen. Deshalb ist man hier auf Schätzungen und auf internationale Veröffentlichungen z. B. der WGO oder der UNO angewiesen. Mit diesem Vorbehalt sind auch die folgenden Zahlen zu betrachten.

Die Säuglingssterblichkeit 1980 war bei Schwarzen 10mal höher als bei Weißen (120 vs. 12 pro 1000 Geburten). Dies Verhältnis von etwa 10 : 1 gilt im Prinzip für alle Krankheiten in Namibia, wird allerdings häufig noch größer (z. B. bei Tuberkulose 25 : 1, bei Masern sogar 40 : 1).

> **Über das „Gesundheitswesen“ in Namibia soll ich schreiben, aber wie kann ich über „Gesundheit“ in einem solchen Land schreiben?**

Im folgenden sollen nur die häufigsten Krankheiten genannt sein: Unterernährung ist häufig vor allem bei Kindern unter 14 Jahren.

Durchfallerkrankungen sind die Haupttodesursache bei Säuglingen.

Tuberkulose ist bei Schwarzen in Namibia häufiger als in allen benachbarten unabhängigen Staaten, die absolute und auf die Bevölkerung bezogene relative Häufigkeit nimmt laufend zu.

Vermeidbare Krankheiten sind nach wie vor häufig, manche nehmen sogar seit 1975 zu: Cholera, Malaria, Keuchhusten, Diphterie, Kinderlähmung, Typhus, Wundstarrkrampf, Masern, Virushepatitis.

Infektionskrankheiten sind z. T. häufiger als in Nachbarstaaten.

Krankheiten wie Übergewicht, Herz-Kreislaufkrankheiten, Zucker, Zahnkaries und Bluthochdruck sind dagegen bei den reichen weißen Bevölkerungsgruppen häufig und im Zunehmen.

Es wird hoffentlich deutlich, daß die klassischen Armutskrankheiten noch sehr verbreitet sind, obwohl Namibia als Ganzes gesehen durchaus kein armes Land ist. Das Bruttosozialprodukt etwa war 1980 mit 1 200 Mill. US-Dollar mehr als doppelt so hoch wie im Nachbarland Botswana mit einer etwa gleichgroßen Bevölkerung. Botswana dagegen kennt Krankheiten wie Kinderlähmung, Wundstarrkrampf, Masern oder Cholera schon seit vielen Jahren nicht mehr. Ob das wohl daran liegt, daß alle Menschen in Botswana (auch da gibt es 5 Prozent Weiße) gleichberechtigt sind und zumindest seit der Unabhängigkeit ihre Angelegenheiten selbst in der Hand haben?

Keine Gesundheit ohne Unabhängigkeit!

Peter Schröder, Arzt, Osterdeich 69, D 2800 Bremen, 5. 4. 86 (Literaturangaben beim Autor)
(Ich habe 1974 Staatsexamen gemacht, mehrere Jahre in verschiedenen Krankenhäusern gearbeitet, dann 1980 bis 1983 als Arzt in einem Regierungshospital in Serowe, Botswana. In dieser Zeit habe ich auch Südafrika und Namibia besucht.)

Bericht über die gemeinsame ZK-Sitzung von GIM und KPD

Am 19./20. April fand in Köln die gemeinsame Sitzung der ZKs von GIM und KPD statt, auf der über die bis dahin durch die Verhandlungskommissionen vereinbarten Grundlagen für die Vereinigung beider Organisationen beraten werden sollte.

Zu der Sitzung lagen aus den vorangegangenen Verhandlungen vor:
a. ein Vorschlag für ein Programm der gemeinsamen Organisation
b. ein Vorschlag für ein Statut der gemeinsamen Organisation
c. ein Vorschlag für eine Resolution zum Selbstverständnis der gemeinsamen Organisation
d. ein Vorschlag zur Regelung der Frage der IV. Internationale.

Diese Vorschläge wurden nacheinander beraten. Programmentwurf, Statutentwurf und der Entwurf über die Vereinbarung zur IV. Internationale wurden als gemeinsamer Vorschlag der ZKs von GIM und KPD verabschiedet. Der Entwurf über das Selbstverständnis der gemeinsamen Organisation konnte noch nicht abschließend behandelt werden, es wurde aber beschlossen, ihn gemeinsam mit den anderen Dokumenten als Vorschlag der Verhandlungskommission in einer Broschüre über die vorgeschlagenen Vereinigungsdokumente zu veröffentlichen und auf einer weiteren Sitzung am 25. Mai abschließend zu behandeln.

Mit den Ergebnissen dieser gemeinsamen ZK-Sitzung und der Veröffentlichung der Dokumente sind die Voraussetzungen geschaffen, die vom Sonderparteitag der KPD und der Nationalen Konferenz der GIM für den Vereinigungsprozeß unserer Organisationen beschlossen worden waren. Auf der nächsten Sitzung der beiden ZKs soll außerdem über ein Papier beraten werden, daß die unmittelbaren, praktischen Aufgaben nach einer Vereinigung von GIM und KPD umschreiben soll. Weitere Themen auf der Sitzung waren die Bundestagswahlen und Bestrebungen zu besseren Zusammenarbeit klassenkämpferischer Gewerkschafter/innen.

Dabei wurde zu den Bundestagswahlen andiskutiert, wie ein Eingreifen aussehen könnte, ohne daß es ja zu einer Kandidatur eines revolutionär-sozialistischen Bündnisses kommen wird. Dabei wurde betont, daß wir uns einen nützlichen Beitrag im Kampf gegen die Wendeparteien bemühen müssen und uns auch für eine gemeinsame politische Position der revolutionär-sozialistischen Kräfte zur Stärkung der sozialistischen Kritik in der Wahlauseinandersetzung einsetzen sollten. Es wurde vereinbart, daß wir im Beilagenkreis eine gemeinsame Plattform hineintragen werden, die auch auf der nächsten gemeinsamen ZK-Sitzung als Vorlage für die weitere Diskussion der ZKs dienen soll.

Bei dem Punkt der besseren Zusammenarbeit klassenkämpferischer Gewerkschafter/innen wurde beschlossen, die Bemühungen zu unterstützen, die eine Auswertung der Kampagne gegen die Änderung des § 116 und für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung vornehmen wollen. Dort sollte von unserer Seite die Frage der besseren Zusammenarbeit der linken Gewerkschafter/innen hineingetragen werden.

Einige Ergebnisse des Treffens der Bundesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus/ Ausländerpolitik der KPD am 12. April in Köln

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen folgende Fragen:

- Politische und organisatorische Probleme der antifaschistisch-demokratischen Arbeit der Partei und Selbstverständnis der AG
- Die Bedeutung des Kampfes für Auflösung und Verbot faschistischer Organisationen und konkret einer Kampagne gegen die FAP
- Die „Sicherheitsgesetze“ der Bundesregierung

Zum 1. Punkt:
Es gilt, die inhaltliche Ausrichtung der Partei in Fragen des antifaschistisch-demokratischen Kampfes zu verbessern, die Diskussion um wesentliche Fragen nicht nur im „Expertenkreis“ sicherzustellen, aktuelle Schwerpunkte zu setzen, die Mobilisierbarkeit der Partei für wichtige Arbeiten und Aktionen zu gewährleisten.

Dabei gehen wir davon aus, daß die Partei sich bereits gute, entwickelte grundsätzliche Standpunkte erarbeitet hat. Die Politik die damit gemacht wird, hat aber große Mängel, ist zur Zeit auch nicht gut koordiniert. Der letzte Parteitag hat es zudem versäumt, eine konkrete Aufgabenstellung für die Partei zu entwickeln. Daraus ergibt sich schon, daß auch die Bundes-AG hier Akzente setzen und Arbeits- und Diskussionsvorschläge machen muß.

Inhaltlich gehört zum Bereich unserer AG das gesamte Gebiet antifaschistisch-demokratischen Kampfes, also sowohl die Frage der Neonazis als auch der Rechtsentwicklung, das Problem der Faschisierung insgesamt (die inhaltliche Diskussion über diesen Begriff ist eine der anstehenden Aufgaben) und die Ausländerpolitik, soweit sie damit erfaßt wird (die Ausländerpolitik hat auch noch andere Aspekte) usw.

Zur Organisierung der Parteiarbeit streben wir folgende Grundkonzept an:

- Einrichtung von Arbeitsgruppen zu dem Thema auf Ortsebene (**neben** den Parteizellen, nicht als Grundeinheiten). Auf dieser Ebene ist eine **offene Arbeit** wünschenswert, d.h. daß interessierte Antifaschist(inn)en zu den Treffen eingelassen werden und in die Arbeit einbezogen werden.
- Einrichtung entsprechender Arbeitsgruppen auf Landesbezirksbzw. Bundeslandsebene.
- Einrichtung einer Bundesarbeitsgemeinschaft, die sich in der Regel etwa alle halbe Jahre trifft.
- Einrichtung einer entsprechenden Abteilung beim Zentralkomitee, die die Verantwortung für die Entwicklung der Arbeit trägt und unter anderem dafür sorgt, daß das Thema fester Bestandteil der politischen Diskussion im Zentralkomitee ist.

Bekanntlich hat die Arbeit in dieser Richtung angefangen, wobei sie auf den unteren Ebenen erst zum Teil so organisiert ist.

Über die AGs findet eine Zuarbeit für die jeweilig zuständigen Leitungen der Partei statt sowie für den „Roten Morgen“.

Dabei ist ein Aspekt besonders zu betonen, der für das Grundverständnis unserer Parteiarbeit von Bedeutung ist: Fragen des antifaschistisch-demokratischen Kampfes sind keine von der allgemeinen Parteiarbeit, insbesondere ihrer Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, losgelösten Fragen. Sie können nicht Genoss(inn)en zugewiesen werden, die in irgendwelchen Stadtteilinitiativen arbeiten, während man sich in den Betrieben mit Tarifpolitik beschäftigtund nur die großen, existentiellen Fragen wie z.B. §116, Aussperrung u.ä. behandelt. Wenn es zum Beispiel um eine Frage wie das Nazi-Verbot geht (siehe Punkt 2), müssen die Genossinnen und Genossen der KPD zu denen gehören, die sich am aktivsten für die Einbeziehung und Mobilisierung von Kolleginnen, Kollegen, Gewerkschaftsorganisationen usw. in entsprechende Aktionen einsetzen. Diese und ähnliche Fragen sind Probleme der **Arbeiterbewegung** und können auch nur politisch erfolgreich gelöst werden, wenn sich die Arbeiterbewegung ihrer entsprechend annimmt; dementsprechend hat die Arbeit einer kommunistischen Arbeiterpartei auch auszusehen.

Zum 2. Punkt:
Die AG bekräftigt die wiederholt dargelegten Gründe, aus denen die Partei dem Kampf für Auflösung und Verbot aller faschistischen Organisationen im Rahmen ihres antifaschistischen Kampfes große Bedeutung beizumessen hat. Aktueller Hauptansatzpunkt unserer Politik in dieser Hinsicht ist der Kampf gegen die FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei, ANS-Nachfolgeorganisation). Schwerpunkt ist NRW, wo eine entsprechende Kampagne angelaufen ist (der RM berichtete) — hier sind Genossinnen und Genossen der Partei aktiv beteiligt, hier muß die Partei insgesamt noch stärker einbezogen werden. Wir streben an, diese Aktivitäten über NRW hinaus auszuweiten, sie unter Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten zu einer Sache der Partei in allen Bundesländern zu machen, wo die Kühnen-Bande existiert. Der Kampf für die Zerschlagung der FAP ist momentan der greifbarste Anhaltspunkt, auch etwa der NPD zu Leibe zu rücken, unserem Ziel, der politischen Reaktion wichtige Hilfstruppen zu nehmen, näher zu kommen.

Inhaltlich mehr dazu im Mai: Die AG schreibt für den RM ein „zum thema“.

Zum 3. Punkt:
Ein Genosse referierte die Absichten der Bundesregierung zum Ausbau des Überwachungsstaates (siehe dazu auch das entsprechende „zum thema“ im RM). Die Arbeit der Partei in Fragen der Organisierung des Widerstandes dagegen ist sehr schwach entwickelt, wir haben auch nicht viel Möglichkeiten gesehen, hier aktuell schnell weiterzukommen.

Als verwandtes Thema wurde über die geplante Volkszählung '87 gesprochen. In Dortmund hat sich die KPD in die Organisierung von Aufklärung und Widerstand anläßlich einer Probezählung eingeschaltet. Näheres dazu muß auch im RM noch folgen.

Weitere Punkte:

- Volksfront: Auch wenn die Entwicklung der Volksfront sehr viel anders verlaufen ist, als es die meisten von uns wollten — sie ist jetzt mehr eine Bündnisorganisation revolutionärer Sozialisten, auch wenn es z.T. Neuaufnahmen interessierter „ungebundener“ Antifaschist(inn)en gibt — sehen wir keinen Grund, die Mitarbeit aufzugeben. Die Möglichkeiten der Volksfront sollten im Gegenteil besser genutzt werden. Der „Antifaschistische Nachrichtendienst“ der Volksfront wurde als besonders nützlich angesehen, wobei er gerade von der Partei zu wenig genutzt wird.
- VVN: Die Partei hat sich bisher insgesamt zu wenig mit der VVN auseinandergesetzt. Wir wollen eine Beschäftigung mit den Positionen der VVN gerade anhand neuerer Dokumente (z.B. eines umfangreichen Diskussionspapiers des VVN-Präsidiums zum Thema „Neofaschismus in der BRD“ von Januar '86) organisieren. Dabei geht es auch um die Frage der Mitarbeit in der VVN.
- Ausländerpolitik: Wurde auf diesem Treffen nur andiskutiert. Falls es noch irgendwie machbar ist, halten wir die vor einiger Zeit vom Frankfurter Appell vorgeschlagene Kampagne für ein Niederlassungsrecht und Wahlrecht für Ausländer mit Hinblick auf die Bundestagswahl '87 nach wie vor für wünschenswert. Damit wird sich ein nächstes Treffen ausführlicher befassen müssen.

Soweit zu unserem ersten Treffen. Ihr werdet noch mehr von uns hören.

Im Namen der AG
Dietrich Lohse

Urabstimmung

Der Parteitag der KPD hatte beschlossen, seinen eigenen Beschluß gegen eine Teilnahme an der Bundestagswahl in einer Urabstimmung der Parteimitgliedschaft überprüfen zu lassen. Das Zentralkomitee der KPD hatte diese Urabstimmung so terminiert, daß sie bis Mitte April zu Ende sein sollte.

Zwar gingen bisher nur die Stimmergebnisse von 12 der 14 Landesbezirke der KPD ein (und auch dort kamen eine Reihe von Genossinnen und Genossen nicht dazu, sich zu beteiligen), aber das Ergebnis, wie es bisher vorliegt, ist bereits ausreichend, um das gesamte Ergebnis deutlich zu machen.

Von den Mitgliedern dieser 12 Bezirke beteiligten Sich 82 Prozent an der Urabstimmung. Davon enthielten sich 0,6 Prozent der Stimme. Gegen eine Wahlbeteiligung stimmten 68,7 Prozent der Teilnehmer/innen, für eine Wahlbeteiligung 30,7 Prozent. Diese Entscheidung ist so eindeutig, daß auch der Eingang noch fehlender Stimmen daran nichts Wesentliches mehr ändern wird.

Damit hat die Parteiurabstimmung den Beschluß des 6. Parteitags bekräftigt. Die zentrale Schiedskommission der KPD hat Verlauf und bisheriges Ergebnis dieser Urabstimmung geprüft und gebilligt.

Nach dem Angriff auf Libyen:

Kein Frieden mit der NATO

Im folgenden wird versucht, den Ablauf der Tagung und einige zentrale Positionen kurz darzustellen. Wir werden versuchen, uns in weiteren Ausgaben des „Roten Morgen“ mit den verschiedenen, auf dem Kongreß vorgetragenen Positionen auseinanderzusetzen. Dies wird uns dadurch erleichtert werden, daß Materialien, die nicht bereits in dem Reader „Frieden mit der NATO?“ erfaßt sind, wie Referate etc. zu einem baldmöglichen Termin herausgebracht werden sollen. Dies gilt auch für den Ablauf der Diskussion in der Arbeitsgruppe 8: Friedenspolitische Konzepte im Vergleich — Friedliche Koexistenz / Sicherheitspartnerschaft / einseitige Abrüstung / Raus aus der NATO. Das Interesse an dieser Arbeitsgruppe war dank der Themenstellung und dem relativ breiten Spektrum der Referenten (Volker Böge, wiss. Mitarbeiter der Grünen im Bundestag, Andreas Zumach, Aktion Sühnezeichen, D. Schulze-Marmeling, BUF) so groß, daß ca. 120 von insgesamt ca. 400 Teilnehmern mit der Partie waren.

NATO — aggressiv von Anfang an

Zu Beginn des Kongresses wies Thomas Becker (BUF) darauf hin, daß die Beschäftigung mit der NATO-Frage v.a. deshalb so wichtig ist, weil die NATO in der BRD zur Frage der „Staatsräson“ geworden ist mit all den Konsequenzen, die üblicherweise „in diesem unserem Lande“ auf diejenigen zukommen, die diese Staatsräson bekämpfen, nämlich Kriminalisierung. Ferner sei die NATO für die Menschen in der BRD ein lebensgefährliches Bündnis, das zum Abgrund führen kann, wie z.B. das Verhalten der USA gegen Libyen.

Bernd Gremer (Friedensforscher, Hamburg) sprach m.E. folgende interessante historische Tatsachen bei der Herausbildung der NATO nach dem Krieg an: Bereits Anfang der 40er Jahre gab es in den USA einen breiten Konsens, daß die 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem „amerikanischen Jahrhundert“ werden sollte.

Dies wurde ab 1945 insofern Realität, als die USA eine militärische Führungsrolle mit einer atomaren Option gegenüber der SU hatten und politisch die Schwächung des sozialistischen Lagers von Anfang an im Auge hatten. Die NATO erschien ihnen hierbei als optimales Instrument zur politischen Disziplinierung der kapitalistischen Länder. Der Boden bei diesen wiederum war bereitet durch die Tatsache, daß nach 1945 ein innerkapitalistischer Krieg nicht (mehr) optionsfähig erschien sowie durch den Machtverlust Englands, Frankreichs und Deutschlands, die eine gemeinsame Organisation zur Durchsetzung kapitalistischer Interessen erforderlich machte. Diese sollte sich v.a. gegen das sozialistische Lager, die Befreiungsbewegungen in der 3. Welt und die nach dem Krieg relativ starke Arbeiterbewegung richten.

Obgleich die NATO v.a. von den USA, aber auch von Frankreich und Britannien, als Instrument zur „Eindämmung“ Deutschlands gedacht war, hob B. Gremer hervor, daß die NATO für die BRD die Möglichkeit eröffnete, im Windschatten der USA segelnd, Spielräume für Eigeninteressen zu entwickeln. Anders gewendet, die BRD war bisher prinzipiell nicht Opfer, sondern Nutznießer der amerikanischen NATO-Konzeption.

Differenzen in der NATO — Ansatzpunkt für die Friedensbewegung?

Bei dieser Aussage sollte es sich um **einen** der „roten Fäden“ handeln, die sowohl mehrere Arbeitsgruppen wie die Podiumsdiskussion durchzogen. Die Diskussion entzündete sich dort, wo versucht wurde, v.a. heute Differenzen innerhalb der NATO, vornehmlich zwischen den europäischen Staaten und den USA auszumachen und Strategien aus diesen „Differenzen“ herzuleiten. Weitgehend konsensfähig war, daß objektiv unterschiedliche **militärische** Machtpositionen zwischen den USA und Westeuropa innerhalb der NATO bestehen, z.B. dadurch, daß allein der amerikanische Präsident über den Einsatz von A-Waffen von **Europa aus** entscheidet. Auch die geostrategische Verwundbarkeit ist von Anfang an zu Gunsten der USA verlagert. Daß aber die BRD immer mehr sich einbinden ließ in die weltweite „Arbeitsteilung beim Rohstoffimperialismus“ (Lafontaine) durch Übernahme von zusätzlichen militärischen Lasten (NATO-Infrastrukturprogramm, Wartime Host Nation Support-Abkommen) wurde kontroverser eingeschätzt. Die Mehrheit der Teilnehmer sah jedoch in der jüngsten Entwicklung, die gekennzeichnet ist von der Entwicklung einer globalen Kriegsführungs- und **Kriegsgewinnungsstrategie**, keinen Ansatzpunkt für Differenzen, die da die imperialistischen Interessen gegenüber Dritten (SU wie Dritte Welt) beim US-Imperialismus wie beim BRD-Imperialismus aus ökonomischen Gründen über weite Strecken deckungsgleich sind.

Für DKP-orientierte Teilnehmer war jedoch diese wirtschaftliche Deckungsgleichheit nicht der hauptsächliche Ansatzpunkt. Vielmehr verweisen sie auf die mögliche Perspekte der Selbstvernichtung auch der westeuropäischen Eliten bei einem Krieg in Mitteleuropa, der durch die US-amerikanischen Strategien immer drohender wird. Auf diesem Hintergrund eröffnet sich ihnen das „heilsbringende Bündnis“ zwischen der Friedensbewegung und „vernünftigen Teilen“ des westeuropäischen Imperialismus mit dem Ziel, das eigenständige Gewicht Europas zu entwickeln, wie es für die Gattung Mensch zu spät ist.

Wie geht's voran?

Daß die Auswirkungen des NATO-Bündnisses viel breiter in das Bewußtsein der Menschen gerückt werden müssen, war ebenfalls Konsens. Die Diskussion, die in Köln begonnen wurde, wird darüber entscheiden müssen, **wie** das geschehen kann und zu welcher Radikalität die Friedensbewegung fähig ist: Wird die Forderung „Raus aus der NATO“ so mit vorhandenen Konfliktpunkten wie Abbau der Pershing, SDI/EVI, Wartime Host zu verbinden sein, daß bei diesen Auseinandersetzungen klar wird, daß sie ihre Ursache in der NATO-Frage haben oder kommt man an die NATO-Frage heran durch **einseitige** Abrüstungsschritte? Jedenfalls wurde in Köln ein weiterer Schritt zur Klärung dieser Fragen gemacht, dem weitere Schritte folgen müssen.

leserbriefe

Wahlkampfmunition für die SPD?

Betr.: RM Nr. 7/86, HDKs Ausführungen zum § 116 AFG

Werter Horst Dieter,
Am Anfang muß doch mal festgestellt werden, daß es das Streikrecht in der BRD überhaupt nicht gibt. Es darf unter ganz bestimmten, eng begrenzten Umständen gestreikt werden. Genauso muß festgestellt werden, daß die DGB-Gewerkschaften noch nie geschäftsschädigend für die Kapitalisten waren.

Es ist doch einfach Unsinn, wenn behauptet wird, die Änderung des § 116 AFG stellt einen Angriff auf das Streikrecht dar. Die alte Fassung des § 116 hat die Zahlung bei Streiks unter ganz bestimmten Umständen ausgeschlossen. Die IGM hat dies mit ihren unterschiedlichen Forderungen unterlaufen. Was ja bei dem Streik um die 35-Stunden-Woche dazu geführt hat, daß der Streit, ob bezahlt wird oder nicht, bei den Gerichten gelandet ist. Der Streik selbst wurde damals geführt, obwohl durch den „Franke-Erlaß" nicht bezahlt wurde. Natürlich haben die Kapitalisten ein Interesse, wenn den Gewerkschaften das Streiken schwerer gemacht wird. Nur durch die Änderung des § 116 hat sich fast nichts geändert. Der DGB und speziell die IGM muß sich nun eine neue Taktik überlegen, wie sie die neue Fassung umgehen kann. Was ihr wahrscheinlich auch gelingen wird. Die Kapitalisten werden dies wieder, wie in der Vergangenheit, anzweifeln, und der Streikt landet wieder vor den Gerichten. Alles wie gehabt. Was bleibt, ist ein guter Wahlkampfaufhänger für die SPD. Und Wahlkampfmunition für die SPD ist auch der Hauptgrund, warum der DGB die Änderung des § 116 so hochspielt. Und die Kommunisten? Traurig, traurig!

Mit freundlichen Grüßen
Hubert Markl

WIR LASSEN UNS NICHT AN DIE KETTE LEGEN!

IGM-Jugendkonferenz

Betr. RM Nr. 11/86, Seite 6

Liebe Genoss(inn)en!
Über den Abdruck von drei Anträgen, die auf der Bundesjugendkonferenz der IGM verabschiedet wurden, habe ich mich gefreut. Doch, warum fiel dabei der Abschnitt 2. c. des Antrags weg?

Dabei geht es doch gerade darum, nicht allein für die alte Fassung des § 116 AFG einzutreten, sondern stattdessen die Unternehmer zahlen zu lassen. Sie sind es doch, die, aufgrund geänderter Lagerhaltung, im Streikfall den Beschäftigten kein Material zum Be- und Verarbeiten geben können. Ich bitte euch, zusammen mit dem angekündigten Artikel, auch den Rest noch abzudrucken. (Der Hamburger IGM-Vertreterversammlung wird der genannte Antrag auch zur Beratung und Abstimmung vorliegen.)

Mit solidaritschem Gruß
P. Still

Anmerkung: Die Kürzung des Antrages geschah aus Platzgründen. Leider ist uns der volle Wortlaut jetzt nicht mehr vor, so daß wir den gewünschten Abschnitt nicht nachdrucken können.
Die Redaktion



Ohne Erklärung

Betr.: „Bayer unterstützt die grüne Revolution, RM 10/86, S. 14

Liebe Genossinnen und Genossen,
sicher freuen wir uns, wenn ihr aus unserer Betriebszeitung einen Artikel abdruckt. Gewundert haben wir uns, daß ihr den letzten Absatz und die sich anschließenden Dokumentation über einen Anschlag der Roten Zora weggelassen habt. Bitte gebt uns nach Möglichkeit eine politische Begründung dafür und druckt doch mit diesem Leserbrief den letzten Absatz unseres Artikels und die Dokumentation ab.

Mit revolutionären Grüßen
KPD Bayer-Leverkusen

Lieber Achim, mir schien das Problem eigentlich umgekehrt zu liegen: Es braucht eine besondere politische Begründung, wenn im „Roten Morgen" eine Stellungnahme der Roten Zora oder ähnlicher Gruppierungen abgedruckt wird, zumal die Sache schon so weit zurücklag, daß die Aktualität keine Begründung mehr liefern konnte. Inhaltlich war die Stellungnahme der Roten Zora zum Verständnis eures Artikels nicht notwendig. **(HDK)**

Zur Einheit mit dem BWK

Betr.: „6. Delegiertenkonferenz des BWK", RM Nr. 11/86, S. 14

Liebe Genossinnen und Genossen!
Auf die Schnelle möchte ich noch einige Anmerkungen zur DK des BWK machen.—

„Eine solche Vereinigung (der revolutionären Sozialisten, der Verf.), für die wir sind, müßte sich deswegen vor allem durch praktische Zusammenarbeit auf dem Publikationssektor einleiten und aufbauen ..." (aus den DK-Materialien, zitiert nach RM 11/86)

Dieser Satz führte mir einmal wieder in größter Deutlichkeit vor Augen, wo die eigentlichen Hindernisse für Annäherung und Vereinigung von KPD und BWK liegen. Statements beider Organisationen erwecken oft den Eindruck, daß die Haupthindernisse Fragen wie z.B. die verschiedenen Einschätzungen der Länder des Warschauer Paktes sind. Guckt man sich allerdings die nahe Verwandtschaft der entsprechenden Position der GIM zu der des BWK an, so wird hier schon deutlich, daß die Meinungsverschiedenheit auf **diesem** Gebiet zwischen der Mehrheit der KPD und dem BWK entgegen vielen Verlautbarungen unserer Leitenden nicht zu den schwerwiegenden Hindernissen gehören können.

Der Kern unserer Schwierigkeiten mit dem BWK (und dessen mit uns) scheint mir von der oben zitierten Aussage berührt. Nach ihr hät der BWK offensichtlich gemeinsame Propaganda für den wesentlichen Schritt auf dem Weg zur Vereinigung. Diese Position ist Ausdruck einer Herangehensweise an den Klassenkampf, die sich von der der KPD gründlich unterscheidet. Während die KPD sich ein sehr differenziertes Verständnis der Entwicklung der Klassenkämpfe erarbeitet hat und z.B. bei ihren Aktionen und ihrer Propaganda immer am ewußtsein der Angesprochenen versucht anzuknüpfen, spielen Stand von Bewegungen und Massenbewußtsein in den Analysen des BWK kaum eine Rolle. Der BWK hält immer noch an der alten KBW-Marotte fest, daß es die Hauptaufgabe der Kommunisten sei, die „richtigen" Forderungen aufzustellen und zu propagieren. Das Ergebnis sind dann jene langweiligen und unlesbaren Bleiwüsten, die in großer Zahl als Flugblätter unter die Leute gebracht werden.

Diese unterschiedlichen Herangehensweisen sind meiner Meinung nach Ergebnis der unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung. Während der BWK äußerst wenig oder gar keine Betriebszellen hat, wenig Arbeiter und relativ viele Akademiker organisiert hat, verhält es sich bei der KPD genau umgekehrt.

Un bei der GIM auch. Deshalb und wegen der Ähnlichkeit der Schwerpunkte und des (differenzierten) Herangehens an den Klassenkampf sind sich GIM und KPD so nah.

Diese eigentliche Trennungslinie innerhalb der revolutionären Sozialisten sollte in Zukunft mehr beachtet und möglichst beseitigt werden. Gegebenenfalls müssen wir uns konkret überlegen, wie sie **innerhalb** (was mir einfacher erscheint) einer gemeinsamen revolutionären Partei zu überwinden ist.

Die Suche nach Kompromißformulierungen in Programmfragen zwecks Anbahnung einer baldigen Hochzeit lenkt meiner Meinung nach vom oben beschriebenen Kern der Übereinstimmung zwischen GIM und KPD unnötig ab. Außerdem wird das Ergebnis dieser Suche Einigkeit in Fragen vortäuschen, über die innerhalb einer gemeinsamen Organisation fruchtbar diskutiert werden könnte und müßte. In diesem Sinne war auch meine Äußerung auf dem Parteitag, daß ich faule Kompromisse in Programmfragen ablehne, zu verstehen.

Mit solidarischem Gruß,
Wolfgang, Kiel



Eine Liebeserklärung

Zum Artikel: „Die Rosa der Trotta" in RM Nr. 11/86, S. 4

Jürgens Kritik hat eine Feststellung von mir bestätigt: Männliche Zuschauer dieses Films — abgesehen von einigen rühmlichen Ausnahmen — verreißen ihn mehr oder weniger nach dem Motto „zu wenig historisch", „historisch falsch", „unpolitisch", „zu emotional", während der Film Frauen überwiegend sehr bewegt, begeistert und auch mit neuer Power die Kinos verlassen läßt.

Ich selbst habe, bevor ich den Film nun endlich auch sah, bewußt keine der Kritiken — mit Ausnahme der „Emma"-Kritik — durchgelesen. Und ich war begeistert von diesem Film: Eine schönere Liebeserklärung, ein besseres filmisches Porträt Rosa Luxemburgs hätte frau nicht machen können.

Sicherlich, es fehlt die Oktoberrevolution, die KPD-Gründung, der Streit mit Lenin, aber das tut für mich dem Porträt dieser Frau keinen Abbruch. Und da ich nun gerade schon bei der „politischen" Seite Rosas bin, wobei ich diese Trennung Jürgens in politisch und privat (= Bauch) nicht teile: Auch Nicht-Polit-Insider bekommen sehr wohl und ein bißchen auch als Lehre für das heutige Leben mit, wofür bzw. wogegen die Revolutionärin Rosa kämpfte: Gegen die satten und zufriedenen sozialdemokratischen Führer, gegen deren Verrat und deren Angst vor der Spontaneität der Massen, für den Frieden, für ein besseres Leben ohne Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, für den Sozialismus. Zur Frage der Novemberrevolution: Ich weiß nicht, was Rosa damals dazu sagte. Mich hat der Film inspiriert, mich nochmal damit zu befassen und diese Geschichte nicht nur mit einer „Auf-auf-zum-Kampf"-Sentimentalität zu betrachten.

Die Reden Rosas, insbesondere die Rede gegen den Krieg, die nach deiner Ansicht, Jürgen, nur in Szene gesetzt werden, umdie brillante Rednerin darzustellen, haben auch mich aufgerüttelt. Margarethe von Trotta ist es gelungen, auch durch die Darstellung dieser Reden die Politik Rosas als konsequente Fortsetzung ihrer sozusagen „privaten" Haltung, ihrer Liebe zum Menschen und ihrer Umwelt, aufzuzeigen. Neben dem Widerspruch für Rosa zwischen dem Engagement in der Politik, was ja zugegebenermaßen auch in der heutigen Linken noch mit sehr viel Kälte und Gefühllosigkeit verbunden ist, und ihren privaten Wünschen und Sehnsüchten, konnte sie gerade deshalb an der „Spitze des Klassenkampfes" stehen, alle Entbehrungen und alle Enttäuschungen wie z.B. über die Kriegseuphorie der Massen in Kauf nehmen, „weil sie Kinder, Blumen und Tiere liebte". Rosa Luxemburg ist ein Beispiel dafür, daß Humanismus und Sozialismus bzw. Kommunismus eigentlich sehr viel miteinander zu tun haben sollten. Und der Film zeigt dies hervorragend auf.

Den größten Witz fand ich ja noch, daß auf der Filmkritik nachfolgenden Seite, in einem Bericht über den Anti-NATO-Kongreß ein Foto abgedruckt ist, das ein liebes Kind neben zwei Gasmasken-Soldaten zeigt. Sind Sentimentalität und Emotionen nur in der Agitation erlaubt, bei politischen Menschen jedoch nicht? Wie sagte ein lieber Mensch über die den Film bekrittelnden Genossen: „Erst verreißen sie den Film, und wenn sie sich einen gesoffen haben, dann weinen sie."

Zur „Emma"-Kritik, wonach der Film Rosa Luxemburgs Versagen in der Frauenfrage so kritiklos präsentiert: Zumindest unreflektiert läßt der Film diese Frage nicht. Er zeigt schon den zusätzlichen Zwiespalt, Frau zu sein, in dem sich Rosa wohl auch befand, auf: Die Doppelbelastung, Kinder und Ideen in die Welt zu setzen. Der Versuch Bebels, die unbequeme Rosa mit der Beschränkung auf „Weibergeschichten" wie Frauenwahlrecht loszuwerden. (Wir haben heute den Mut, zu sagen: Das sind keine „Weibergeschichten", wir sind die Hälfte der Welt. Aber gerade weil wir uns deshalb auch um die ganze Politik kümmern wollen, stehen wir oft davor, an dieser Doppelbelastung und an diesem Doppelkonflikt zu zerbrechen.) Hat Rosa vielleicht diesen zusätzlichen Konflikt — wobei ihre „normalen" Konflikte ja schon herbe genug waren — gescheut? (Wobei „Emma" die Darstellung des „Frauseins" von Rosa, wie es sich auch in ihren Briefen zeigt, an Trottas Film sehr lobt.)

S., Bochum



„Ganz unten" auf Tournee



Ab 1. Mai ist der Wallraff-Film „Ganz unten" als Video auszuleihen. (Kosten: 1. Tag 180 DM, jeder weitere 80 DM).

Der Film kann auch im Rahmen einer größeren Veranstaltung gezeigt werden, für deren musikalische Gestaltung das „Morgenland"-Duo Nedim & Geo mit deutsch-türkischer Musik zur Verfügung stehen. (Kosten: 1200 Mark pro Tag, plus Reisekosten/Hotel ab 200 km Entfernung von Recklinghausen.



Dritte Möglichkeit: Großveranstaltung mit Film, Duo Morgenland und Günter Wallraff und/oder Regisseur Jörg Gfrörer. (Kosten: 1500 DM plus Reisekosten).

Diese Angebote wenden sich vor allem an Gewerkschaften und Jugendverbände. Interessenten wenden sich an: Günter Isemeyer, Haus der Ruhrfestspiele, Otto-Burmeister-Allee 1, 4350 Recklinghausen.

Kein Staat mit diesem Staat

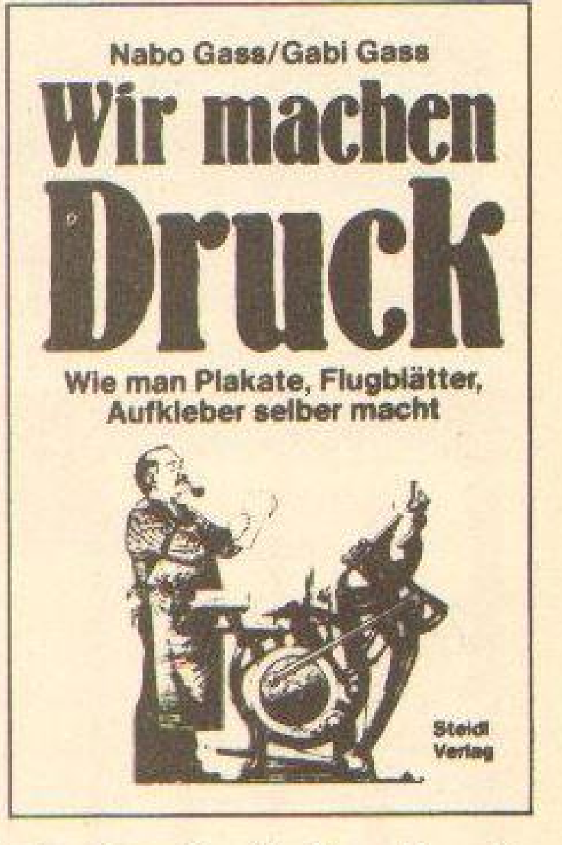
ist das Thema eines Kongresses, der vom 30.5. - 1.6. in Bielefeld stattfindet. Es geht u.a. um die songenannten Sicherheitsgesetze, Ausländer- und Asylrecht, politische Justiz, Zivilschutz.

Veranstaltet wird der Kongreß vom AStA der Uni Bielefeld. Zur Teilnahme aufgerufen haben u.a. die Grünen, Jungdemokraten, Humanistische Union, Vereinigung demokratischer Juristen.

Näheres beim Kongreßbüro „Kein Staat mit diesem Staat" c/o AStA der Universität, Postfahc 8640, 4800 Bielefeld, Tel.: (0251) 1063909

Infomaterial zum Libanon

Medico International bietet kostenlos Informationsmaterial und eine Veranstaltungsreihe über den Libanon an. Ein Mitarbeiter von medico international ist gerade aus Beirut zurückgekommen. Auskünfte erteilt: medico international, Hanauer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel.: (069) 490350.



Ein Handbuch für alle, die Informationen verbreiten wollen: Wie man Plakate gestaltet, Farben- und Formenlehre, wie man Buttons selber macht, Drucktechniken ohne teure Maschinen. Fotografie, Fotomontagetechniken, wie eine Ausstellung entsteht und Flugblätter wirksam gestaltet werden können.
Vorwort von Klaus Staeck, 160 Seiten, 15,— DM, Steidl Verlag, Düstere Straße 4, 3400 Göttingen

kontakte

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 **Dortmund** 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691

4630 **Bochum,** Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

4600 **Dortmund** (Brackel), Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: 0231/20931

4100 **Duisburg** 12, D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr

3000 **Hannover** 91, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: 0511/466529

7100 **Heilbronn**, F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr.), Tel.: 0431/642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: 02171/41318

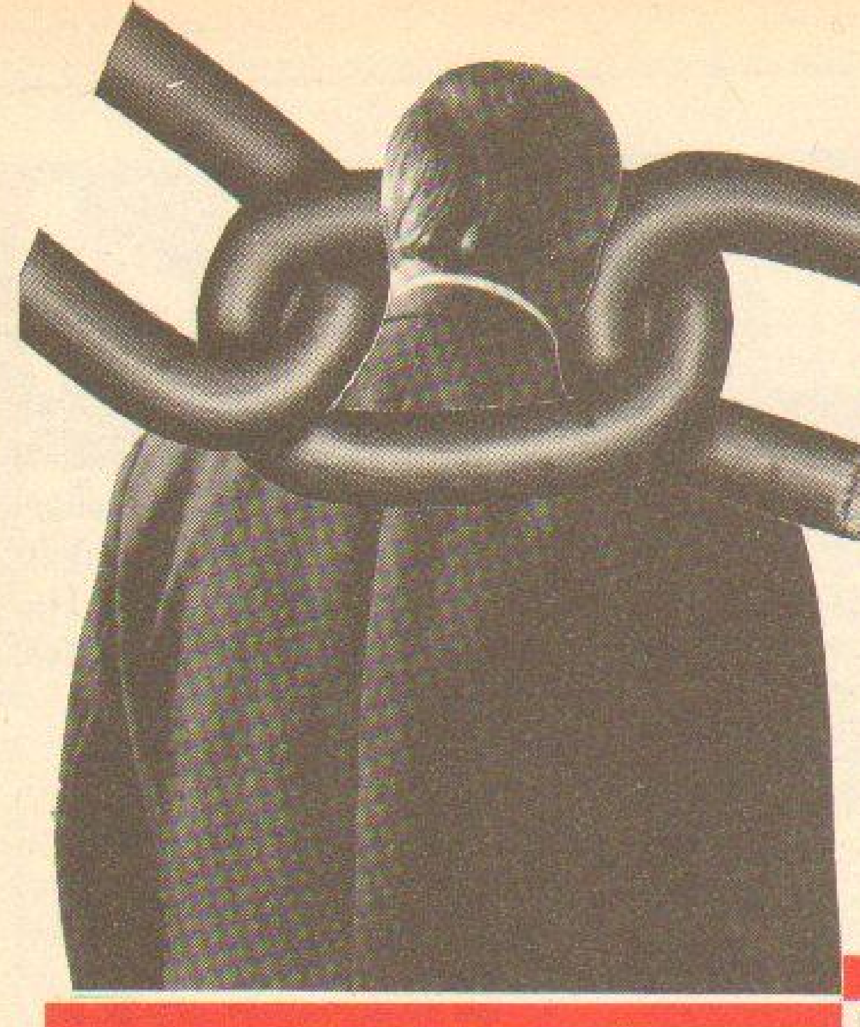
6700 **Ludwigshafen,** W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel. 0621/699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/2622388 geöffnet: Mo u. Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

6685 **Heiligenwald,** KPD Saar, E. Bittner, Waldwiesstr. 13

1000 **Berlin** 61, Karl Decruppe, Müllenhoffstr. 13.





Kohl kalt-ausgesperrt

von HERMANN FILZLAUS

DÜSSELDORF — Wie erst jetzt bekannt wurde, hat der Flick-Konzern Helmut Kohl von seiner Spenden-Praxis ausgesperrt. Weil der Kanzler immer alles ausplappert und Flick durch uneidliche Falschaussagen in Verruf bringt, soll er besser keine Schmiergelder mehr bekommen. Besonders schlimm in diesem Fall: Die CDU bekommt anstelle der Spenden aber auch kein Kurzarbeitergeld vom Arbeitsamt, obwohl Kohl kalt ausgesperrt ist. Denn nach dem neuen Paragraph 116 dürfen die Forderungen außerhalb des Kampfgebietes „nach Art und Umfang nicht annähernd gleich sein." Die CDU fordert aber in jedem Bundesland mehr Schmiergeld von Flick.



putzt mit Bibel Zähne

PETER DRECKSCHLEUDER

HAMBURG — Wie Deutschlands geilstes Männermagazin, der „playboy", enthüllt, ist der Landesvater und Kanzlerkanidat der SPD, Johannes Rau, keineswegs so christlich, wie er immer aussieht. Seine Bibel liest er nämlich während er Gymnastik macht und sich die Zähne putzt. Rau wörtlich im „playboy": „Ich lese jeden Morgen ein Bibelwort. Das mache ich schon, seit ich lesen kann, so wie man sich die Zähne putzt oder Gymnastik macht."

Nachrichten

Glück gehabt

Pechvögel haben heute Glück, in der BLIND-Zeitung fehlt der „Goldreagan".

Tempolimit

MÜNCHEN — Um den Grünen die Munition für den Wahlkampf zu nehmen, fordert Innenminister Zimmermann ein Tempolimit für rasende Kopfschmerzen.

Glühbirnen

BONN — Volkswirtschaftlich gesehen ist die Produktion von Glühbirnen reine Geldverschwendung. Finanzminister Stoltenberg: „Eine Glühbirne erhalten Sie auch preisgünstig, wenn Sie zwei Stunden in die Sauna gehen."

TV-Tip

Das Programm ist heute so ätzend, daß von ihrem Fernseher wenig übrig bleiben wird.

Donnerstag, 1. Mai 1986 — 50 PF.

Nr. 19/4 • Druck in Essen-Kettwig • 8756 • ★★ RO

Blind

WAHNSINNIG • ORDNUNGSLIEBEND

Bomben Freiheit

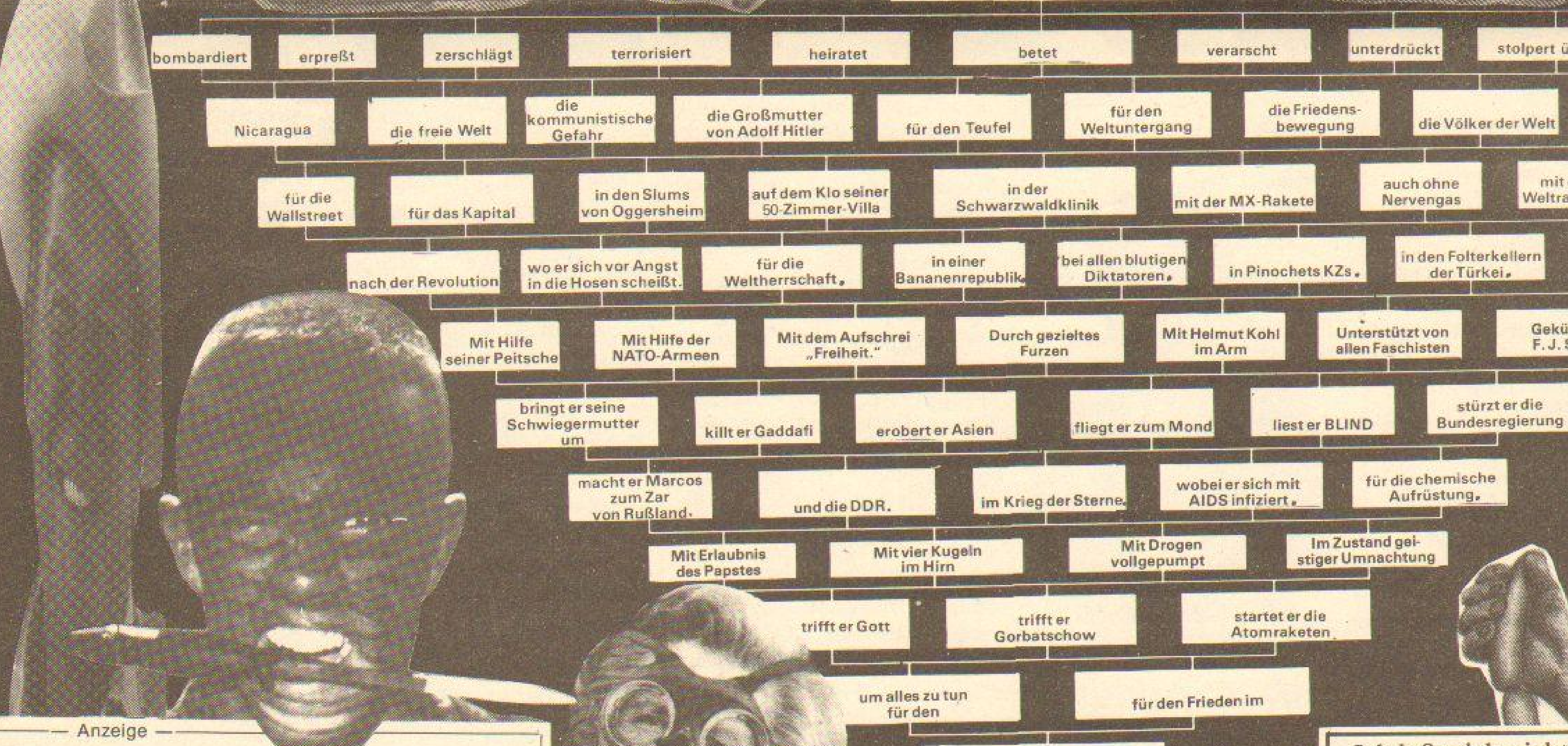
statt Friedens-Diktat • BLINDS großer NATO-Baukasten für mindestens 50 693 715 Ernstfälle • Terror-Strafe zum Selberbasteln.

von FELIX SELBSTSCHUTZ

BONN — BLIND-Leser sind immer der Zeit voraus. Wer BLIND liest, weiß, daß die Bomben auf Gaddafi erst der Anfang unserer Bomben-Freiheit waren. Jetzt müssen alle Deutschen fest zu Ronald Reagan und zur NATO stehen. Denn, wie Strauß uns lehrt, läßt sich ein Beinbruch nicht durch Kukident, wohl aber durch radargesteuerte Bomben heilen.

Zur geistig moralischen Erneuerung für den Ernstfall gibt BLIND jetzt in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft den NATO-Baukasten heraus. Damit kommt der Krieg der Sterne für jeden Deutschen direkt ins Wohnzimmer.

Und so wird es gemacht: Sie starten im Feld: NATO-Reagan und suchen sich ihre persönliche NATO-Strategie bis zum III. Weltkrieg. Einfach nur den Linien von Kasten zu Kasten folgen.



„Ich laß mich nicht in Ketten legen — ich bleib Hans Wurst in allen Gassen."

Horror Angst Panik im Königreich Draculas Erben

LONDON — Das Königreich Großbritannien steht vor seinem Untergang. Der amerikanische Ahnenforscher William Addams Reitweiser will Schauriges in der Ahnenreihe des englischen Königshauses entdeckt haben: Gemeinsamer Vorfahre von Prinz Charles und Gattin Diana soll ein Prinz Vlad sein, der im 15. Jahrhundert im heutigen Rumänien hauste und als überaus blutrünstig galt, Charles sei mit ihm über eine Urgroßmutter von Königin Elizabeth verwandt, und Lady Di's Linie lasse sich bis zu Vlads Großtanten zurückverfolgen. Wie Reitweisner weiter wissen will, diente Vlad als Vorbild für die Horrorgeschichten über den Blutsauger Dracula. Das besonders Schlimme ist, daß seit Veröffentlichung dieser Nachricht Prinzessin Diana Vampirzähne gewachsen sind.

Der Mann ist die Werbung:

Mit diesem Plakat will die CDU gegenüber der IG Metall in die Offensive gehen, in der sich die Ausschlußdrohungen gegen Norbert Blüm häufen. Gleichzeitig ein Zugeständnis an die CDU-Frauen, die mehr reizende Männer für die Werbung fordern.